



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht September 2017



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss

4. September 2017

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Susie Knoll (S. 2),
klenger – iStock (S. 5), venimo – iStock (S. 7), Prasit Rodphan –
iStock (S. 10), djedzura – iStock (S. 13), ivanastar – iStock (S. 14),
BMWi/Susanne Eriksson (S. 19)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	8
Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017	10
Transparenz im Rohstoffsektor	17
II. Wirtschaftliche Lage	21
Internationale Wirtschaftsentwicklung	22
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	24
III. Übersichten und Grafiken	35
1. Gesamtwirtschaft	36
2. Produzierendes Gewerbe	44
3. Privater Konsum	52
4. Außenwirtschaft	54
5. Arbeitsmarkt	56
6. Preise	58
7. Monetäre Entwicklung	62
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	64
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	66

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Schulgebäude verfallen, Wasserleitungen und Straßen sind marode, Sportstätten werden geschlossen: Über Jahre mussten wir erleben, was es heißt, wenn sich der Staat bei den Investitionen zurückzieht. Aber Deutschland darf nicht länger von der Substanz leben. Daher haben wir mit der Investitionsstrategie entschlossen gegengesteuert und eine Trendwende zu mehr Investitionen eingeleitet. So hat der Bund seine Investitionsausgaben in dieser Legislaturperiode um rund 45 Prozent erhöht. Und wir haben die Kommunen ganz erheblich finanziell entlastet und ihnen damit mehr Spielräume für Investitionen eröffnet. Denn die Städte und Gemeinden tragen den Löwenanteil der staatlichen Investitionen.

Mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die am 18. August in Kraft getreten sind, hat der Bund nun zusätzlich die Möglichkeit bekommen, finanzschwache Kommunen direkt dabei zu unterstützen, in die Bildungsinfrastruktur vor Ort zu investieren. Im Rahmen des Gesetzespakets stellen wir hierfür zusätzliche 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit fördern wir die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung von Schulgebäuden sowie Investitionen in die digitale Bildung. Das ist wichtig, um die Schulen länderübergreifend fit für die digitale Zukunft zu machen. Denn die Zukunftschancen der Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden dürfen nicht von der Finanzkraft des Landes oder der Kommune abhängen, in der sie leben.

Zu dem Reformpaket gehören auch die Regelungen zur Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft. Die bundeseigene Gesellschaft ist ab 2020 allein dafür zuständig, die Autobahnen und Bundesfernstraßen zu planen, zu bauen, zu erhalten und zu betreiben. Durch die Bündelung der Zuständigkeiten werden die Maßnahmen in Zukunft schneller, besser und insgesamt effizienter umgesetzt. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass es nicht zu einer Privatisierung von Straßen und Infrastruktur kommen kann.

Investitionen der öffentlichen Hand in eine bessere Infrastruktur müssen in der Regel durch öffentliche Aufträge vergeben werden. Die meisten öffentlichen Aufträge liegen unterhalb bestimmter Schwellenwerte der EU, ab denen strengere Anforderungen für EU-weite Vergaben gelten. Unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums ist es gelungen, auch für die Aufträge unterhalb dieser Schwellenwerte ein modernes und klares Regelwerk zu schaffen. Dabei ist mir besonders wichtig, dass wir durch die konsequente Einführung der E-Vergabe und der Digitalisierung einen deutlichen Schub geben konnten. Ich bin mir sicher, dass die elektronische Vergabe im Ergebnis gerade den kleineren und mittleren Unternehmen, allen voran den Start-ups, helfen wird, sich am Wettbewerb um öffentliche Aufträge zu beteiligen. Ein Artikel in der aktuellen Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ stellt die neue Unterschwellenvergabeordnung vor.

Zudem berichten wir über weitere aktuelle wirtschaftspolitische Themen wie den ersten deutschen Transparenzbericht über den Rohstoffsektor sowie die neue EU-Energieverbrauchskennzeichnung.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!



Brigitte Zypries

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

A bis G-Skala statt A+++: Klareres Energielabel zur Information der Verbraucher



Das Energielabel mit der Farbskala von grün (sehr effizient) bis rot (sehr ineffizient) gibt Verbrauchern seit 20 Jahren Orientierung bei der Bewertung der Energieeffizienz von mittlerweile über 16 Produkten – von klassischen Haushaltsgeräten über Fernseher bis hin zu Heizkesseln. Um die Aussagekraft des Labels zu erhöhen, werden die komplizierten A+++-Klassen nun abgeschafft. Mit dem Inkrafttreten der EU-Energielabel-Verordnung am 1. August 2017 wird das Label für die jeweiligen Produktgruppen schrittweise vom A+++-Label auf das neue A-G-Label umgestellt.

Die „Plusklassen“ verschwinden zukünftig und die Buchstaben A bis G decken künftig alle zulässigen Energieeffizienzklassen ab. Als Erstes werden die Verordnungen zu Waschmaschinen, Kühlschränken, Geschirrspülern, TV und Beleuchtung überarbeitet. Nach einer Umstellungszeit für die Hersteller werden die Energielabel mit der neuen Skala A-G für die Verbraucherinnen und Verbraucher ab Anfang 2020 in den Geschäften sichtbar. Die anderen Produktgruppen mit Energielabel werden später ebenfalls schrittweise umgestellt.

Ab 2019 wird es auf europäischer Ebene eine Datenbank über die Informationen zum Energielabel und zum Energieverbrauch der Produkte geben, auf die jeder zugreifen kann. Die Produktdatenbank soll den Verbrauchern den Vergleich zwischen den Produkten erleichtern und es den Marktüberwachungsbehörden erleichtern, die Einhaltung der Label-Anforderungen durch Hersteller und Händler zu überprüfen.

Staatssekretär Baake hat anlässlich des Inkrafttretens der neuen EU-Energielabel-Verordnung darauf hingewiesen, dass sie wichtige Voraussetzungen zur Stärkung der Wirksamkeit des Energielabels schafft. So ist das neue Label klarer und leichter verständlich, und Produkte mit Energielabel werden durch den Aufbau einer Produktdatenbank für die Verbraucher besser vergleichbar. Bei der Ausgestaltung der Energielabel für die einzelnen Produktklassen wird sich das BMWi dafür einsetzen, dass sich die Produktanforderungen stärker am tatsächlichen Verbraucherverhalten orientieren, um für die Verbraucherinnen und Verbraucher noch aussagekräftiger zu werden.

Das Inkrafttreten der EU-Energielabel-Verordnung führt für die Hersteller und Händler auch unmittelbar zu Änderungen. So muss zum Beispiel in der Werbung stärker auf die Energieeffizienzklasse der Produkte hingewiesen und jeweils das gesamte verfügbare Spektrum der Effizienzklassen angegeben werden, sodass für den Verbraucher nachvollziehbar ist, welche die jeweils beste und welche die jeweils schlechteste verfügbare Effizienzkategorie ist. Auch die Zusammenarbeit bei der Marktüberwachung auf europäischer Ebene wird weiter gestärkt.

Weitere Änderungen, die unmittelbar mit Inkrafttreten für die EU-Energielabel-Verordnung greifen, finden Sie hier: <http://bit.ly/2f3LxSf>.

Kontakt: Jan Groschoff
Referat: Energieeffizienz bei Produkten und Strom,
Sektorkopplung Effizienz

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2017

06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
12.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
15./16.09.	Eurogruppe/informeller ECOFIN
19./20./21.09.	Informeller Rat der Energie- und Transportminister (TTE)
29.09.	Digitalgipfel der EU-Staats- und -Regierungschefs (Tallinn)

Oktober 2017

06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
09.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
09./10.10.	Eurogruppe/ECOFIN
13.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19./20.10.	Europäischer Rat

November 2017

06.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
06./07.10.	Eurogruppe/ECOFIN
10.11.	Rat für Auswärtige Beziehungen/Handel
14.11.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
15.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten/Kohäsionspolitik
17.11.	ECOFIN/Haushalt
30.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat zu Binnenmarkt und Industrie

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Wohneigentum ...

... ist für einen durchschnittlichen Haushalt in Deutschland über viele Jahre hinweg immer erschwinglicher geworden. Zwischen 1980 und 2010 sind in Deutschland die verfügbaren Einkommen meist deutlich stärker gestiegen als die Immobilienpreise – im Gegensatz zur Eurozone oder den Vereinigten Staaten. Dort haben sich vor allem in den späten 2000er Jahren die Preise kurzzeitig stark von den Einkommen entkoppelt. In Deutschland hat sich der Trend 2010 aber umgekehrt. Die Einkommenssteigerungen konnten die Preisanstiege bei Immobilien nicht kompensieren. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht erscheint diese Entwicklung angesichts der über Jahrzehnte sehr moderaten Entwicklung der Preise auf den ersten Blick noch nicht alarmierend. Gleichwohl ist die Entwicklung regional sehr unterschiedlich. In einigen Ballungsgebieten ist die Lage auf dem Immobilienmarkt zunehmend angespannt.

Entwicklung der Erschwinglichkeit* von Wohneigentum



* Erschwinglichkeit ist hier definiert als das Verhältnis von nominalem verfügbarem Einkommen je Einwohner zu nominalen Immobilienpreisen. Eine steigende Kurve bedeutet, dass die Erschwinglichkeit zunimmt. Dargestellt ist ein Index 1980 = 100, um die Entwicklung im Ländervergleich darzustellen. Aus den Kurven können aber keine Aussagen zu Niveauunterschieden zwischen den Ländern abgeleitet werden.

Die Eurozone ist einschließlich Deutschland.

Quellen: OECD (2017), Housing (indicator), Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft hat ihr kräftiges Wachstumstempo im zweiten Quartal nahezu beibehalten. Die Impulse kamen von der binnenwirtschaftlichen Seite.
- ▶ Das Wachstum im Produzierenden Gewerbe bleibt in der Tendenz spürbar aufwärtsgerichtet, auch wenn die Erzeugung im Juni etwas zurückging. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft ist ausgezeichnet.
- ▶ Die Verbraucherpreise haben sich vor dem Hintergrund stabiler Energiepreise normalisiert. Die Kauflaune der Verbraucher bleibt dennoch ungebrochen.
- ▶ Der Beschäftigungsaufbau setzt sich weiter fort. Auch Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in der Tendenz rückläufig. Dennoch bleiben strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt zu bewältigen.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich im zweiten Vierteljahr 2017 mit fast unveränderter Dynamik kräftig fort.¹ Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 0,6% gegenüber dem Vorquartal nach einem leicht aufwärtsrevidierten Wachstum um 0,7% im ersten Quartal.² Wachstumstreiber war die Binnenwirtschaft. Vor allem die privaten und die staatlichen Konsumausgaben nahmen zu. Aber auch die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten wurden ausgeweitet. Die Stimmung in der Wirtschaft ist ausgezeichnet. Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft erreichte im Juli erneut ein Allzeithoch. Auch der IHS Markit Einkaufsmanagerindex strahlt Zuversicht aus. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist im Juni nach fünf Monaten mit Zuwächsen zwar leicht zurückgegangen, bleibt in der Tendenz aber deutlich aufwärtsgerichtet. Die ansteigenden Aufträge in der Industrie deuten auf ein Produktionswachstum auch im dritten Vierteljahr hin. Die Beschäftigung nahm im Juni weiter kräftig zu, auch wenn die Dynamik der Monate um den Jahreswechsel nicht beibehalten wurde. Die positive Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung stützt den Einzel-

handel und den privaten Konsum insgesamt. Die deutschen Ausfuhren profitieren von der leichten Belegung des Welt Handels. Allerdings wurde im zweiten Quartal die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund des gleichfalls starken Importwachstums per Saldo vom Außenhandel etwas gebremst.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich im ersten Halbjahr 2017 robust. Die globale Industrieproduktion ist seit Oktober 2016 aufwärtsgerichtet. Die Dynamik in den asiatischen Schwellenländern ist hoch, aber auch in den entwickelten Volkswirtschaften kam Fahrt auf. Die globalen Stimmungsindikatoren zeigen einen zunehmenden Optimismus. Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich weiter aufgehellt. In den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstum nach dem schwachen ersten Quartal normalisiert. Das Wirtschaftswachstum in Japan ist im zweiten Quartal überraschend hoch ausgefallen. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder ein stabileres Wachstum. Mit den anziehenden Rohstoffpreisen hat Russland die Rezessionsphase überwunden und Brasilien dürfte dies im laufenden Jahr ebenfalls gelingen. Insgesamt wird daher das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr höher ausfallen als im Vorjahr. Der IWF, wie andere Organisationen zuvor, erwartet in seinem Ausblick vom Juli weiterhin ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5%.

Die deutschen Ausfuhren bleiben in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Nach vorläufigen Ergebnissen aus der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank gingen die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im Juni 2017 in jeweiligen Preisen zwar um 1,7% gegenüber dem Vormonat zurück. Im aussagekräftigeren Quartalsvergleich legten sie jedoch um 0,9% zu. Die Einfuhren sanken im Juni mit 4,7% deutlicher als die Ausfuhren. Im Quartalsvergleich kam es zu einer Erhöhung der Importe um +1,8%, womit sie stärker stiegen als die Ausfuhren. Der seit Mitte 2016 andauernde Trend leicht sinkender Leistungsbilanzüberschüsse setzte sich damit fort. Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft sowie die weltwirtschaftliche Belegung lassen eine weitere moderate Expansion der deutschen Exporte erwarten.

Die deutsche Industrie zeigt sich in einer guten Verfassung. Die Produktion ist im Juni im Vergleich zum Vormonat zwar um 1,4% gesunken, zuvor war sie jedoch fünf Mal in Folge gestiegen. Daher ist in der Quartalsbetrachtung (+1,3%)

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 15. August 2017.

die Dynamik so hoch wie im ersten Quartal. Die Belegung erfasst nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Die positiven Umsatzzahlen bestätigen dieses Bild. Die Frühindikatoren lassen weiteres Wachstum erwarten, z.B. erreichte das ifo Geschäftsklima historische Höchststände. Auch die Auftrags-eingänge scheinen nicht mehr nur seitwärts zu verlaufen, sodass die Industriekonjunktur in den nächsten Monaten spürbar aufwärtsgerichtet bleiben dürfte. Die Bauproduktion bewegt sich am aktuellen Rand den statistischen Daten zufolge auf hohem Niveau eher seitwärts, hat aber wohl auch im zweiten Quartal insgesamt einen Wachstumsbeitrag geliefert. Angesichts des baufreundlichen wirtschaftlichen Umfelds bleibt die Stimmung in der Branche überdurchschnittlich gut, wobei auch die Geschäftserwartungen wieder zuversichtlicher werden.

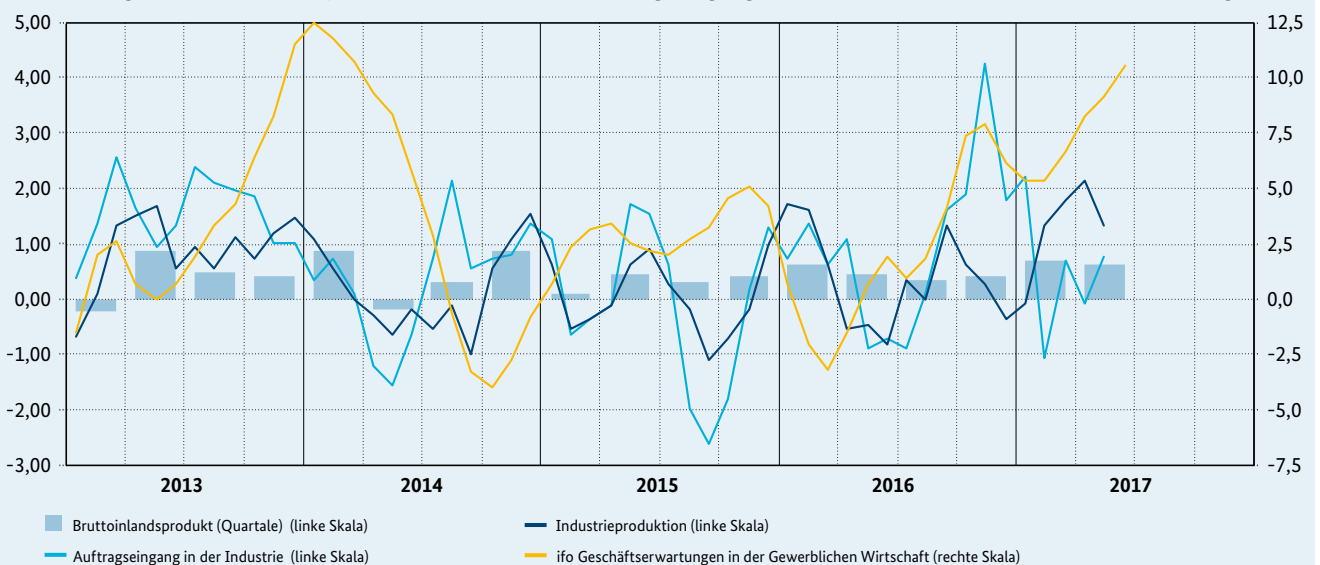
Angesichts der positiven Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung stellt der private Konsum auch im zweiten Quartal 2017 einen wesentlichen Pfeiler der Konjunktur dar. Die Umsätze im Einzelhandel sind im Juni um 1,1% gestiegen. Für das zweite Quartal ergibt sich damit ein deutliches Plus von 1,4%. Die Erlöse im Kfz-Handel nahmen im Mai um 3,1% zu und entwickeln sich in der Tendenz ebenfalls positiv. Die Entwicklung der Verbraucherpreise hat sich normalisiert. Die Inflationsrate von 1,7% im Juli scheint die Kauflaune der Verbraucher nicht zu bremsen. Das Konsumklima kletterte im August auf einen neuen Rekord-

stand und auch die Stimmung unter den Einzelhändlern ist überdurchschnittlich gut.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich insgesamt weiterhin positiv und auch der Ausblick stimmt zuversichtlich. Der monatliche Anstieg der Erwerbstätigkeit ist seit Februar etwas schwächer als in den drei Monaten zuvor. Im Juni erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland saisonbereinigt um 46.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren fast 44,4 Mio. und damit 1,5% mehr Personen als vor einem Jahr erwerbstätig. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Mai (+75.000 Personen) nach schwächeren Zuwächsen im März und April wieder stärker als die Erwerbstätigkeit. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen werden Mitarbeiter gesucht. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im Juli mit Beginn der Sommerferien leicht angestiegen, bereinigt um die Saisoneffekte waren sie jedoch etwas niedriger als im Juni. Nach den Ursprungszahlen waren knapp 2,52 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 143.000 weniger als vor einem Jahr. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes insgesamt darf aber nicht über die bestehenden Herausforderungen hinwegtäuschen. So sind die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit weiterhin sehr groß. Zudem bleiben der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, von der im Juli noch immer knapp 900.000 Personen betroffen waren, sowie die Integration der Flüchtlinge wichtige Aufgaben.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: STBA, BBk, ifo Institut

Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017

Neue UVgO sichert flexiblen und transparenten Einkauf der öffentlichen Hand unterhalb der EU-Schwellenwerte

Die öffentliche Hand vergibt pro Jahr Aufträge im Umfang zwischen 280 und 360 Milliarden Euro. Die weitaus meisten Vergaben finden dabei unterhalb der EU-Schwellenwerte statt, ab denen Vorhaben EU-weit auszuschreiben sind. Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge oberhalb dieser Schwellenwerte wurde bereits im vergangenen Jahr reformiert. Im Frühjahr 2017 wurde nun auch der Rechtsrahmen für die Auftragsvergabe von Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der EU-Schwelle neu gestaltet. Er ist mit der neuen Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) am 2. September für den Bund in Kraft getreten.



Von der VOL/A zur UVgO

Die umfassende Reform der öffentlichen Auftragsvergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist im April 2016 in Kraft getreten. Sie hat zu einer Reihe von Vereinfachungen, Klarstellungen und flexibleren Vorschriften geführt. Die drei EU-Vergaberichtlinien von 2014 wurden durch eine Neufassung von Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und eine Reihe von Rechtsverordnungen der Bundesregierung – vor allem durch die Vergabeverordnung (VgV) – umgesetzt. Von dem modernisierten Vergaberecht profitieren beide Seiten eines Vergabeverfahrens, sowohl die öffentlichen Auftraggeber als auch die Unternehmen.

Diese Verbesserungen wurden nun auch auf das Vergaberecht unterhalb der EU-Schwellenwerte (in der Regel 209.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungen, siehe Kästen) übertragen. Geschätzt über 90 Prozent der Vergabeverfahren und rund 75 Prozent des Vergabevolumens liegen unterhalb der Schwellenwerte.

Tabelle 1: Die wichtigsten EU-Schwellenwerte für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Auftragsart	Schwellenwerte
Liefer- und Dienstleistungsaufträge oberster und oberer Bundesbehörden sowie vergleichbarer Bundeseinrichtungen	135.000 Euro
Liefer- und Dienstleistungsaufträge anderer öffentlicher Auftraggeber	209.000 Euro
Aufträge über soziale u. andere besondere Dienstleistungen	750.000 Euro
Bauaufträge	5.225.000 Euro

Quelle: BMWi

Das Unterschwellenvergaberecht wird nach traditionellem Verständnis in Deutschland dem Haushaltsrecht zugeordnet. Das bedeutet, dass jede staatliche Einheit selbstständig, das heißt der Bund und die Länder jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich, Regeln erlassen können und müssen. Gleichwohl gibt es ein großes Interesse insbesondere auf Seiten der Unternehmen daran, dass auch im Unter-

schwelenbereich länderübergreifend möglichst einheitliche Regelungen gelten. Denn viele Unternehmen bewerben sich nicht nur in einem Bundesland um öffentliche Aufträge.

Daher hat das BMWi nach intensiven Beratungen mit Bundesressorts und Ländern einen neuen Rechtsrahmen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen entwickelt, die „Verfahrensordnung für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte“ oder kurz: Unterschwellenvergabeordnung (UVgO). Sie wird die bisher geltende „Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – VOL/A 1. Abschnitt“ ablösen.

Inkrafttreten für Bund, Länder und Kommunen

Aufgrund der besonderen Kompetenzen im Bereich des Haushaltsrechts gilt die UVgO (wie auch bisher schon die VOL/A) nicht aus sich heraus, sondern muss durch einen separaten Anwendungsbefehl jeweils von Bund, Ländern und Kommunen in Kraft gesetzt werden (siehe Abbildung 1).

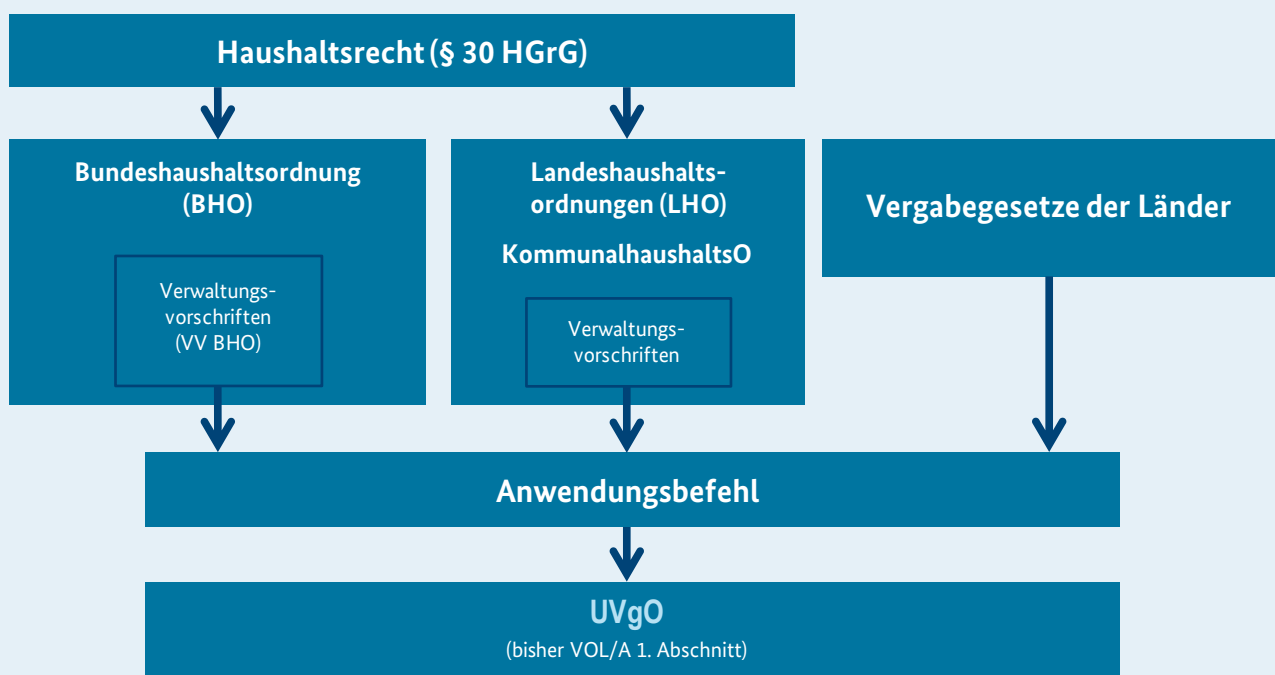
Für den Bund ist dieser Anwendungsbefehl in den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV BHO) enthalten. Nachdem der Text der UVgO

bereits im Februar 2017 im Bundesanzeiger bekanntgemacht wurde (Fundstelle: BAnz AT 07.02.2017 B1), wurde der Anwendungsbefehl in den Verwaltungsvorschriften zu § 55 BHO im September 2017 durch das Bundesfinanzministerium angepasst. Damit ist die UVgO für den Bund und seine Behörden am 2. September 2017 in Kraft getreten (BMF-Rundschreiben vom 01.09.2017 – II A 3 - H 1012-6/16/10003:003). Durch den zeitlichen Abstand zwischen Bekanntmachung und Inkraftsetzung konnte den öffentlichen Auftraggebern ausreichend Zeit eingeräumt werden, sich auf die neuen Vorschriften einzustellen.

Während der kommenden Monate werden viele Bundesländer ihre jeweiligen Landeshaushaltsordnungen, Verwaltungsvorschriften zur Beschaffung und gegebenenfalls sogar Landesvergabeetze ebenfalls anpassen. Insbesondere die Änderung der Landesvergabeetze dürfte aufgrund der notwendigen parlamentarischen Verfahren voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen.

Den Kommunen wird die Anwendung des Unterschwellenvergaberechts auf die Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungen durch das zuständige Land häufig nur empfohlen. Diese Empfehlung findet sich dann in den jeweiligen Kommunalhaushaltsordnungen. Allerdings gibt es auch

Abbildung 1: Inkrafttreten für Bund, Länder und Kommunen



eine Reihe von Kommunen, die sich zur verbindlichen Anwendung des Vergaberechts für die Unterschwelle per Gemeinderatsbeschluss verpflichtet haben.

Die Oberschwelle als Vorbild

Kern der Reform im Unterschwellenbereich ist die Angleichung der Vorschriften an Regelungen aus der Oberschwelle. Erstmals zeichnet die UVgO die Konzeption und den Ablauf eines Vergabeverfahrens von der Entscheidung über die Verfahrensart, der Konkretisierung der Leistung in der Leistungsbeschreibung, der Festlegung von Zuschlags- und Eignungskriterien bis zur Vorgabe von Ausführungsbedingungen nach. Die Regelungen zur strategischen, nachhaltigen Beschaffung werden nahezu identisch übernommen. Die UVgO fordert zudem die umfassende Digitalisierung des Vergabeverfahrens; das gilt insbesondere für die elektronische Angebotsabgabe.

Die Angleichung der UVgO an die Oberschwelle führt im Ergebnis zwar zu einer höheren Anzahl an Einzelvorschriften. Diese sind im Vergleich zur VOL/A jedoch besser strukturiert und leichter verständlich. Zudem bieten viele UVgO-Vorschriften lediglich die Möglichkeit für den Auftraggeber, bestimmte Vergabeinstrumente zu wählen oder bestimmte Vorgaben zu machen.

Grundsätze und Anwendungsbereich der UVgO

Auch im Unterschwellenbereich gelten die vergaberechtlichen Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Gleichbehandlung und des Verbots der Diskriminierung einzelner Bewerber und Bieter. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit sind bei jedem Beschaffungsvorgang ebenfalls zu wahren. Zu den vergaberechtlichen Grundsätzen zählt auch, dass Aspekte der Qualität, der Innovation sowie soziale und ökologische Aspekte nach Maßgabe der UVgO berücksichtigt werden. Die UVgO stärkt dadurch bereits auf der Ebene der Grundsätze die nachhaltige Beschaffung.

Allerdings lässt die UVgO dem öffentlichen Auftraggeber bei der konkreten Ausgestaltung dieser Grundsätze deutlich mehr Freiheiten und Flexibilität als es im Bereich der Oberschwelle der Fall ist.

Die UVgO gilt nur für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen. Die Vergabe von Bauleistungen richtet sich wie bisher nach den Vorschriften der VOB/A (1. Abschnitt). Diese werden durch den Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss (DVA) erarbeitet und verabschiedet. Es bleibt abzuwarten, ob zukünftig die Vergaben von Liefer- und Dienstleistungen auf der einen und Bauleistungen auf der anderen Seite in einem gemeinsamen Regelwerk stärker

Abbildung 2: Zum Aufbau der UVgO

Abschnitt 1 Allg. Bestimmungen und Kommunikation		Abschnitt 2 Vergabeverfahren		Abschnitt 3 Vergabe von besond. Leistungen	Abschnitt 4 Schlussbestimmungen
UA 1	Gegenstand u. Anwendungsbereich	UA 1	Verfahrensarten		Auslandsdienststellen
	Grundsätze	UA 2	Methoden und Instrumente	Besondere Leistungen	Fristen
	Vertraulichkeit	UA 3	Vorbereitung des Vergabeverfahrens	Freiberufliche Leistungen	
	Interessenkonflikte	UA 4	Veröffentlichung u. Transparenz	Planungswettbewerbe	
	Dokumentation Vergabevermerk	UA 5	Eignung		
UA 2	Kommunikation, Anforderungen an E-Vergabe	UA 6	Teilnahmeanträge u. Angebote		
		UA 7	Prüfung, Wertung, Zuschlag		

Quelle: BMWi

vereinheitlicht werden können. Eine solche Weiterentwicklung wäre wünschenswert.

Erstmals wird durch die UVgO klargestellt, dass die Ausnahmen vom Anwendungsbereich aus der Oberschwelle auch für Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte gelten. Diese Ausnahmen vom Anwendungsbereich regeln klar, unter welchen Voraussetzungen ein öffentlicher Auftraggeber das Vergaberecht nicht anwenden muss, wann also der Einkauf einer Leistung „vergaberechtsfrei“ erfolgen kann. Diese Ausnahmen stellen in der täglichen Praxis aufgrund des reduzierten Verwaltungsaufwands eine wichtige Erleichterung für die Beschaffer dar, zum Beispiel bei Inhouse-Vergaben, Anmietung von Grundstücken, „Vergabe“ von Arbeitsverträgen etc.

Auch in der Neufassung der VV BHO, die den Anwendungsbefehl für die UVgO auf Bundesebene enthalten, sind die Ausnahmen durch Verweis auf die entsprechenden Vorschriften des GWB nun ausdrücklich erwähnt. Hierdurch erhält der Auftraggeber mehr Klarheit und Rechtssicherheit.

Mehr Transparenz bei Ausschreibungen

Bei einer Öffentlichen Ausschreibung und Vergabearten, die mit einem Teilnahmewettbewerb beginnen, muss der Auftraggeber seine Absicht, eine bestimmte Leistung zu beschaffen, durch die Veröffentlichung einer Auftragsbekanntmachung kundtun. Die UVgO gibt nun erstmals vor, dass diese Auftragsbekanntmachung zwingend im Internet veröffentlicht werden muss. Die Bekanntmachung ausschließlich in Printmedien, etwa in der Regionalzeitung oder im Amtsblatt einer Gemeinde, reicht nicht mehr aus.

Darüber hinaus muss die Bekanntmachung über die zentrale Internetseite www.bund.de auffindbar sein. Dadurch verbessern sich die Möglichkeiten für Unternehmen, die sich auch überregional an Ausschreibungen beteiligen wollen, um ein Vielfaches.

Die Auftragsbekanntmachung muss den Link auf eine Internetadresse enthalten, unter dem die Vergabeunterlagen (insb. die Leistungsbeschreibung, Bewerbungsbedingungen und sonstige Vertragsunterlagen) unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt (d. h. ohne vorherige Registrierungsspflicht) abgerufen werden können. Diese Verpflichtung gilt bei zweistufigen Verfahrensarten mit Teilnahmewettbewerb bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung. Während es vorher für die Unternehmen zuweilen recht aufwändig



sein konnte, die konkreten Ausschreibungsunterlagen zu erhalten, kann ein potenzieller Bewerber oder Bieter nun umfassend einschätzen, ob der ausgeschriebene Auftrag ins eigene Leistungsportfolio passt und welche Kapazitäten für seine Erbringung erforderlich sind.

Neuerungen bei den Verfahrensarten

Die Reform des Oberschwellenvergaberechts von April 2016 hat dem Auftraggeber mehr Freiheiten bei der Wahl der jeweiligen Verfahrensart eingeräumt. So kann dieser zwischen dem Offenen Verfahren und dem Nichtoffenen Verfahren frei wählen, ohne dass bestimmte Voraussetzungen vorliegen müssen. Ähnliches gilt nun auch für die entsprechenden Verfahrensarten in der Unterschelle: Hier steht es dem Auftraggeber frei, die Leistung im Wege der Öffentlichen Ausschreibung oder der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb zu beschaffen. Letzteres Verfahren dauert zwar in der Regel etwas länger. Wenn allerdings viele Angebote von grundsätzlich geeigneten Unternehmen zu erwarten sind, können bei einer Beschränkten Ausschreibung durch den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb gezielt Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, die besonders leistungsfähig erscheinen.



In bestimmten Situationen ist es sinnvoll, dass der Auftraggeber mit allen oder einigen Bietern verhandelt, um eine effektive und effiziente Leistungserbringung sicherzustellen und im Ergebnis eine bestmögliche Leistung zu erhalten. Dies gilt vor allem dann, wenn die Leistung konzeptionelle oder innovative Lösungen umfasst oder der Auftragsgegenstand nach Art und Umfang nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, dass hinreichend vergleichbare Angebote zu erwarten sind. Hier kann der Auftraggeber die Verfahrensart der Verhandlungsvergabe wählen, die bislang in der VOL/A als „freihändige Vergabe“ bezeichnet wurde.

Grundsätzlich muss der Auftraggeber auch hier größtmöglichen Wettbewerb gewährleisten, indem er zum Beispiel mehrere Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auffordert und mit diesen Verhandlungen führt. Unter ganz besonderen Umständen kommt für die Leistungserbringung von vornherein nur ein einziges Unternehmen in Betracht, zum Beispiel wenn das Unternehmen über bestimmte gewerbliche Schutzrechte wie Patente verfügt oder wenn wegen besonderer Dringlichkeit auf ein bestimmtes Unternehmen zugegriffen werden muss. In diesen Fällen wären es eine bloße „Förmelei“ und unnötiger Zeitaufwand, mehrere Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern. Da hier faktisch kein Wettbewerb mehr stattfindet und das Unternehmen dem Auftraggeber den Preis diktieren kann, regelt die UVgO die Vergabevoraussetzungen für diese Fälle erstmals genau und restriktiv.

Viele Länder und auch Bundesressorts werden außerdem die bisher in der VOL/A angelegte und auch weiterhin in der UVgO enthaltene Möglichkeit nutzen, die Verhandlungsvergabe (mit oder ohne Teilnahmewettbewerb) bis zum Erreichen einer bestimmten Wertgrenze voraussetzungslos zuzulassen.

Behörden kaufen für den täglichen Ge- und Verbrauch unmittelbar in Geschäften und Märkten des Einzelhandels ein. Solche „Direktkäufe“, bei denen kein Vergabeverfahren durchgeführt werden muss, konnten bisher bis 500 Euro getätigt werden. Die UVgO erhöht die Schwelle dieser Direktaufträge auf 1.000 Euro und schafft so mehr Flexibilität für den Auftraggeber.

Tabelle 2: Übersicht über die Bezeichnung der Vergabeverfahrensarten im Vergleich zwischen Ober- und Unterschwellen

Unterschwellen:	Oberschwelle:
Öffentliche Ausschreibung	Offenes Verfahren
Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb	Nicht offenes Verfahren (immer mit Teilnahmewettbewerb)
Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb	[keine Entsprechung]
Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb	Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
[keine Entsprechung]	Wettbewerblicher Dialog
[keine Entsprechung]	Innovationspartnerschaft

Quelle: BMWi

Strategische, nachhaltige Vergabe

Angesichts eines Beschaffungsvolumens im dreistelligen Milliardenbereich kommt der öffentlichen Hand beim Einkauf eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Dieser kann sie gerecht werden, indem sie im Vergabeverfahren Vorgaben zur Beachtung strategischer, d. h. umweltbezogener, ökologischer oder innovativer Aspekte macht. Die UVgO bildet auch hier den Ansatz aus dem Oberschwellenbereich nach und regelt erstmals auf transparente Weise, in welchen Stufen des Verfahrens solche Aspekte vorgegeben werden können. Wichtigster Ansatzpunkt ist hier die Leistungsbeschreibung, in deren Rahmen ein Auftraggeber von vornherein festlegen kann, dass ein zu beschaffendes Produkt bestimmte ökologische oder soziale Merkmale (zum Beispiel eine hohe Energieeffizienz oder die Herkunft aus fairem Handel) erfüllen muss. Bei Dienstleistungen kann über die Festlegung von Ausführungsbedingungen Einfluss ausgeübt werden, zum Beispiel durch die Vorgabe, dass bei der Leistungserbringung eine bestimmte Anzahl an Auszubildenden einzusetzen ist.

Zwar müssen die Merkmale zur Beschreibung einer Leistung wie auch die Ausführungsbedingungen immer mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen und verhältnismäßig sein. Allerdings stellt die UVgO nun klar, dass sich diese Merkmale – anders als früher von Teilen der Rechtsprechung gefordert – nicht zwingend auch auf die materiellen Eigenschaften des Auftragsgegenstandes auswirken müssen. Das heißt: Vorgaben zur Herstellung (zum Beispiel Vermeidung gefährlicher Chemikalien) oder zum Handel mit der Leistung (zum Beispiel Fair Trade) sind auch dann möglich, wenn sie sich nicht auf die Qualität nicht auf die Qualität oder Gebrauchsfähigkeit des Endprodukts auswirken.

Grundsätzlich eignen sich auch die Zuschlagskriterien für die Vorgabe von Nachhaltigkeitsaspekten. Die Zuschlagskriterien legen den Maßstab fest, nach dem das wirtschaftlichste Angebot zu bestimmen ist, das letztlich den Zuschlag erhält. Hier muss das Kriterium messbar ausgestaltet sein, das heißt, der Auftraggeber muss von vornherein eine Skala festlegen, anhand derer der Grad der Erfüllung des Kriteriums gemessen und bewertet werden kann. Dies führt in der Praxis häufig zu zusätzlichem Aufwand. In Abhängigkeit von den anderen relevanten Zuschlagskriterien (niedrigster Preis, niedrigste Kosten) kann es im Einzelfall auch dazu kommen, dass ein Angebot den Zuschlag erhält, das die Nachhaltigkeitskriterien nur zu einem vergleichsweise

geringen Grad erfüllt. Möchte der Auftraggeber sicherstellen, dass die zu beschaffende Leistung auch wirklich nachhaltig ist, sollte er diese Vorgabe von vornherein in die Leistungsbeschreibung integrieren.

Die UVgO unterscheidet zwischen der Festlegung der materiellen Kriterien als solche und der Frage, wie das Vorliegen dieser Kriterien im Einzelfall nachgewiesen wird. Hierzu eignen sich insbesondere auch Gütezeichen („Siegel“), deren Vorlage der Auftraggeber künftig vorschreiben kann.

E-Vergabe

Die umfassende Digitalisierung macht die Vergabeverfahren nicht nur schneller und transparenter. Sie entlastet die Auftraggeber und Unternehmen auch mit Blick auf Verwaltungs- und Transaktionskosten in ganz erheblichem Umfang. Daher wird auch im Unterschwellenbereich die Pflicht zur E-Vergabe eingeführt, insbesondere in Bezug auf die Übermittlung der Teilnahmeanträge und Angebote auf elektronischem Weg. Für die einzusetzenden elektronischen Mittel gelten dabei die gleichen Maßstäbe wie im Oberschwellenbereich. So muss die vom Auftraggeber eingesetzte Vergabesoftware oder Vergabeplattform bestimmte Anforderungen an die Datensicherheit, die Verschlüsselung und das Fristenmanagement erfüllen.

Um den Vergabestellen ausreichend Zeit für die Umstellung zu geben, wurden im Wege einer Stufenregelung großzügigere Fristen zur Einführung der E-Vergabe festgelegt als im Oberschwellenbereich (vgl. Kasten). Auch sieht die UVgO eine Ausnahme von der Pflicht zur elektronischen Übermittlung von Teilnahmeanträgen und Angeboten vor, wenn der Auftragswert 25.000 Euro nicht übersteigt. Gleiches gilt für zweistufige Vergabeverfahren, die ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden (Beschränkte Ausschreibung oder Verhandlungsvergabe jeweils ohne Teilnahmewettbewerb).

Selbstverständlich können aber auch solche Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt werden, wenn der Auftraggeber dies möchte. In vielen Fällen wird es sinnvoll sein, das ohnehin verwendete Vergabemanagementsystem (VMS) oder die Vergabeplattform auch für solche Verfahren zu verwenden. Darüber hinaus empfiehlt es sich für Auftraggeber, die sowohl unterhalb wie oberhalb der EU-Schwellenwerte ausschreiben, ein System zu beschaffen, das alle Verfahrensarten von vornherein abdeckt.

Tabelle 3: Übermittlung der Angebote und Teilnahmeanträge in elektronischer Form (§ 38 UVgO);

(Gleiches gilt für die sonstige Bieterkommunikation, zum Beispiel Bieterfragen.)

→ Verpflichtende Einführung im Wege einer Stufenregelung:	
Stufe 1 (bis 31.12.2018)	Der Auftraggeber darf die Form bestimmen (Papierform, Fax, persönliche Abgabe, elektronisch oder eine Kombination hiervon); Bewerber und Bieter müssen sich anpassen.
Stufe 2 (01.01.2019 bis 31.12.2019)	Der Auftraggeber muss elektronische Angebote und Teilnahmeanträge akzeptieren, auch wenn er eine andere Form vorgeschrieben hat.
Stufe 3 (ab 01.01.2020)	Übermittlung der Angebote und Teilnahmeanträge grundsätzlich nur noch elektronisch.
Ausnahmen:	<ol style="list-style-type: none"> 1) Aufträge unter 25.000 Euro 2) zweistufige Vergabeverfahren ohne Teilnahmewettbewerb 3) bei Vorliegen bestimmter sicherheitsrelevanter Aspekte (schutzwürdiger Daten)

Quelle: BMWi

Vergabe von freiberuflichen Leistungen

Die bisher geltende VOL/A – 1. Abschnitt nahm die Vergabe von freiberuflichen Leistungen aus ihrem Geltungsbereich per se aus. Freiberufliche Leistungen sind Dienstleistungen, deren Erbringung häufig ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Auftraggeber und Leistungserbringer voraussetzt (zum Beispiel Planungsleistungen von Architekten und Ingenieuren, Beratung durch Rechtsanwälte, ärztliche Leistungen).

Die UVgO bezieht die freiberuflichen Dienstleistungen nun erstmals in den Geltungsbereich mit ein. Allerdings wäre es ein Missverständnis anzunehmen, dass freiberufliche Leistungen im Unterschwellenbereich bisher völlig frei beauftragt werden konnten. Denn auch bisher galten für Auftragsvergaben des Bundes die Bundeshaushaltsordnung und deren Verwaltungsvorschriften, die eine ausdrückliche Regelung zu freiberuflichen Dienstleistungen enthielten. Sie wurde nun unmittelbar in die UVgO übernommen: Die bisherige Sonderregelung wurde ersetzt durch die Vorgabe, dass freiberufliche Leistungen „im Wettbewerb“ zu vergeben sind. Dabei ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies nach der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist. Der Auftraggeber ist bei der Gestaltung des Verfahrens also grundsätzlich frei. Er kann sich dabei an den in der UVgO geregelten Verfahrensarten orientieren, muss dies jedoch nicht zwingend.

„Wettbewerb“ im Sinne dieser Regelung wird durch die Beachtung der grundlegenden vergaberechtlichen Prinzipien geschaffen: Transparenz, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Sie sind die Eckpfeiler, an denen sich die Auftraggeber auch bei der Vergabe freiberuflicher Leistungen auszurichten haben.

Fazit und Ausblick

Mit der Reform des Vergaberechts oberhalb der EU-Schwellenwerte vom April 2016 (vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe 06/2016), mit dem kürzlich verkündeten Gesetz zur Einführung eines Wettbewerbsregisters (vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe 08/2017) und nicht zuletzt durch die neue Unterschwellenvergabeordnung wurde der gesamte Rechtsrahmen für die öffentliche Auftragsvergabe in dieser Legislaturperiode auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Nun gilt es, die neuen Vorschriften mit Leben zu füllen und die Möglichkeiten zu nutzen, die das neue Recht für einen effizienten, effektiven, wirtschaftlichen, aber auch verantwortungsvollen Einkauf der öffentlichen Hand bietet.

Kontakt: Andreas Rüger
Referat: Öffentliche Aufträge; Vergabeprüfstelle;
Immobilienwirtschaft

Transparenz im Rohstoffsektor

Deutschland veröffentlicht seinen ersten EITI-Bericht

Am 23. August 2017 hat Deutschland seinen ersten EITI-Bericht (EITI = *Extractive Industries Transparency Initiative*) beim internationalen EITI-Sekretariat in Oslo eingereicht. Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung des deutschen Rohstoffsektors und macht die Finanzströme zwischen rohstofffördernden Unternehmen und öffentlichen Stellen transparent. Damit geht Deutschland einen wichtigen Schritt in Richtung EITI-Vollmitgliedschaft und setzt ein politisches Signal gegen Korruption im Rohstoffsektor.



© K+S AG 2016

Was ist die Extractive Industries Transparency Initiative?

Die im Jahr 2003 gegründete EITI ist eine freiwillige globale Initiative für Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor. Sie verfolgt das Ziel, verständliche Informationen und Daten über den Rohstoffsektor des jeweiligen Mitgliedslandes zu generieren. Diese sollen die Basis für einen öffentlichen Dialog über die Einnahmen und ihre Verwendung bilden. Im Rahmen der nationalen Umsetzung legen rohstofffördernde Unternehmen ihre Steuerzahlungen und Förderabgaben an staatliche Stellen offen, die ihrerseits ihre damit korrespondierenden Einnahmen veröffentlichen. Dieser so genannte Zahlungsabgleich sorgt nicht nur für Transparenz, er löst zugleich eine Rechenschaftspflicht der beteiligten Akteure des Rohstoffsektors aus und schiebt damit etwaiger Korruption einen Riegel vor.

Infobox: Zum Hintergrund

Grundlage des EITI-Berichts ist der internationale EITI-Standard. Diesen setzt in Deutschland eine eigens dafür gegründete nationale Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG) um. Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Damit leistet EITI in Deutschland (D-EITI) sowohl einen Beitrag dazu, gesellschaftspolitische Debatten stärker bei industriepolitischen Überlegungen zu berücksichtigen und in den Unternehmen zu verankern, als auch die Akzeptanz industrieller Belange in der Gesellschaft zu erhöhen. Der Initiative kommt zudem über den Rohstoffsektor hinaus eine Pilotfunktion für innovative Kooperations- und Partizipationsmodelle zu.



Die EITI hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Transparenzgrundsätze zum international anerkannten Standard sowohl im Öl-, Gas- als auch im Bergbausektor zu machen. Damit will sie einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft sowie zur Förderung der so genannten Good Governance leisten.

Aktuell wird EITI weltweit von 52 Ländern umgesetzt und von 17 Regierungen sowie der Europäischen Kommission unterstützt. Dazu kommen mehr als 90 Unternehmen aus den Bereichen Bergbau, Öl und Gas sowie über 90 institutionelle Investoren. Neben den ursprünglich im Fokus der Initiative stehenden Entwicklungs- und Schwellenländern setzen zunehmend auch G7- und OECD-Länder die EITI im eigenen Land um. Mithilfe der EITI wurden bislang über zwei Billionen US-Dollar an Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor offengelegt.

Warum tritt Deutschland der EITI bei?

Die Bundesregierung fördert die EITI seit dem Entstehen der Initiative im Jahr 2003 politisch und finanziell in über 20 Entwicklungs- und Schwellenländern. Derzeit ist Deutschland auf dem Weg, selbst Vollmitglied zu werden. Denn auch wenn in der Bundesrepublik Korruption im Rohstoffsektor kein Thema ist, soll mit dem Beitritt Deutschlands die politische Bedeutung der Initiative international gestärkt und Flagge gegen Korruption im internationalen Rohstoffgeschäft gezeigt werden. Zugleich erhöht der Beitritt die eigene Glaubwürdigkeit, wenn es darum geht, wichtige rohstoffreiche Entwicklungs- und Schwellenländer für die Teilnahme an EITI zu gewinnen.

Auf nationaler Ebene soll der Beitritt zur EITI vor allem dazu beitragen, den Dialog und die Transparenz im Rohstoffsektor zu stärken und auf diese Weise die Akzeptanz für die heimische Rohstoffförderung zu erhöhen. Gleichzeitig bereitet D-EITI die deutsche Industrie auf international gängige Transparenzanforderungen vor. Um die Berichtspflichten für Unternehmen so gering wie möglich zu halten, werden die Berichtsanforderungen der D-EITI weitgehend an die verpflichtenden Anforderungen der EU-Bilanz- und -Transparenzrichtlinien angelehnt. Mit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes sind rohstofffördernde Unternehmen in Deutschland im Jahr 2017 zum ersten Mal verpflichtet, ihre Zahlungen an Regierungen offenzulegen.

Wie wird EITI in Deutschland umgesetzt?

Im Juli 2014 wurde Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, zum Sonderbeauftragten für die Umsetzung der EITI in Deutschland ernannt. Im März 2015 konstituierte sich die so genannte nationale Multi-Stakeholder-Gruppe (MSG) der D-EITI. Sie ist das entscheidende Steuerungsorgan bei der Umsetzung der EITI und passt die international gültigen Regeln des EITI-Standards an die nationalen Gegebenheiten an.

Die MSG wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geleitet und besteht aktuell aus jeweils fünf Vertreterinnen und Vertretern von Regierung¹, Wirtschaft² und Zivilgesellschaft³. Sie wird in ihrer Arbeit durch das Sekretariat der D-EITI unterstützt, das bei der Deutschen

- 1 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium der Finanzen, Finanz- und Wirtschaftsministerien der Bundesländer und Bergbehörden der Bundesländer.
- 2 BDI, DIHK, Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V., Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V., Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V., Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V., K+S Aktiengesellschaft, Wintershall Holding GmbH.
- 3 Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie, Transparency International Deutschland e.V., Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Forum Umwelt und Entwicklung.



Präsentation des 1. Berichts der D-EITI im BMWi am 06.09.2017 durch Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Sonderbeauftragter für die Umsetzung der EITI in Deutschland

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH geführt wird (Link: <https://www.d-eiti.de/kontakt-sekretariat>).

Die MSG hat – nach einem gleichberechtigten Dialogprozess aller beteiligten Gruppen – zunächst im Konsens die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der EITI in Deutschland festgelegt und einen Kandidaturantrag erarbeitet, der im Dezember 2015 beim internationalen EITI-Sekretariat eingereicht wurde.

Diesen Antrag hat das internationale EITI-Board im Februar 2016 anlässlich der EITI-Weltkonferenz in Lima angenommen. Entsprechend den Vorgaben des internationalen Standards hat Deutschland 18 Monate nach Annahme der Kandidatur nunmehr den ersten D-EITI-Bericht vorgelegt. In voraussichtlich weiteren 18 Monaten, d. h. im Januar 2019, wird die Validierung der deutschen Umsetzung beginnen. Validiert wird dabei nicht nur der EITI-Bericht selbst, sondern auch der gesamte Prozess der Umsetzung einschließlich flankierender Maßnahmen, wie beispielsweise die Einbeziehung der Öffentlichkeit durch eine Kommunikationsstrategie.

Bei positivem Ausgang der Validierung wird Deutschland auf Entscheidung des internationalen EITI-Vorstands den Status der Vollmitgliedschaft erhalten.

Der MSG-Multi-Stakeholder-Prozess und die jährliche Berichterstattung sind dauerhafter Bestandteil der EITI-Umsetzung.

Was sind die wesentlichen Inhalte des ersten D-EITI-Berichts?

Die jährlich vorzulegenden EITI-Berichte enthalten den sogenannten Zahlungsabgleich sowie erläuternde Informationen zum nationalen Rohstoffsektor, den Kontextbericht.

Für den Zahlungsabgleich werden gemäß EITI-Standard eine Reihe von Zahlungen der rohstofffördernden Unternehmen und die korrespondierenden Einnahmen der staatlichen Stellen durch einen unabhängigen Prüfer erhoben und abgeglichen. Für diese Zwecke hat sich die deutsche MSG auf die Einbeziehung der Sektoren Erdöl, Erdgas, Kali und Salze sowie Braunkohle geeinigt. Der Bereich Steine und Erden wird aufgrund der Kleinteiligkeit des Sektors nur zum Teil einbezogen. Große Unternehmen, die in diesen Sektoren fördern, wurden für die Berichterstattung gebeten, Daten zu ihren Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuerzahlungen sowie Förder- bzw. Feldesabgaben zur Verfügung zu stellen. Diese Informationen werden von einer überwiegenden Zahl an Unternehmen bereits auf Grundlage des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes veröffentlicht. Um doppelte Berichtspflichten zu vermeiden, wird die Berichterstattung für die D-EITI so weit wie möglich an diese Offenlegungspflichten und -fristen angepasst. Ergänzend tritt im Rahmen der EITI der Abgleich mit den Zahlungseingängen auf staatlicher Seite hinzu. Insgesamt wurden Zahlungen von mehr als 408 Millionen Euro gemeldet, davon unterlagen mehr als 302 Millionen Euro einem in Deutschland erstmalig durchgeführten Zahlungs-

abgleich mit den entsprechenden staatlichen Stellen. Das aufwändige Prozedere setzt eine hohe Kooperationsbereitschaft sowohl der staatlichen Stellen als auch der Unternehmen voraus. Letztere mussten die betroffenen Verwaltungen fallbezogen vom Steuergeheimnis befreien, um den Abgleich durch den unabhängigen Prüfer zu ermöglichen. Der Anteil der Unternehmen, die sich freiwillig an der Berichterstattung beteiligt haben, ist erfreulich hoch: Auf sie entfallen rund 90 Prozent der Gesamtfördermenge in den Sektoren Erdöl, Erdgas, Braunkohle und Kali. Diese hohe freiwillige Teilnahme verdeutlicht den Beitrag der rohstofffördernden Industrie in Deutschland zur Stärkung der Transparenz. Für die Zukunft bleibt es trotz der bereits heute großen Beteiligung das Ziel der D-EITI, noch weitere Unternehmen für die Initiative zu gewinnen.

Ergänzt und erläutert wird der dargestellte Zahlungsabgleich durch verständlich aufbereitete Kontextinformationen über den deutschen Rohstoffsektor. Der Kontextbericht beinhaltet neben aktuellen Zahlen zu Produktion und wirtschaftlicher Bedeutung auch einen kurzen Hintergrund zur Geschichte sowie zur Gewinnung der Rohstoffe. Darüber hinaus wird der gesetzliche Rahmen für die rohstoffgewinnende Industrie erläutert. Entsprechend den Anforderungen des EITI-Standards wird dabei auch der Prozess der so genannten Lizenzvergabe erläutert und dargelegt, wo Informationen zu bestehenden Bergbauberechtigungen einsehbar sind. Der EITI-Standard fordert die Möglichkeit, Angaben u. a. zu den Inhabern der Bergbauberechtigungen und zur Art des gewonnenen Bodenschatzes einzusehen. Diese Einsichtnahme wurde durch eine Anpassung des Bergrechts erleichtert und ist nunmehr auch ohne Nachweis eines berechtigten Interesses möglich. Das bundesdeutsche Bergrecht folgt nun der bisherigen Praxis einer Reihe von Bundesländern, die betreffenden Informationen auch online verfügbar zu machen.

Ziel der MSG ist es, für Deutschland nicht nur einen informativen, sondern zugleich auch innovativen Kontextbericht zu erstellen, der richtungweisend auch für die Entwicklung des internationalen Standards sein kann. Deshalb haben sich die Mitglieder der MSG frühzeitig darauf verständigt, eine Reihe von freiwilligen Zusatzthemen in den Kontextbericht aufzunehmen. Dazu gehören u. a. Informationen zu Rückstellungen der bergbautreibenden Wirtschaft etwa für Umweltfolgekosten, zu naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen oder zum Themenkomplex Erneuerbare Energien.

Der D-EITI-Bericht steht unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: www.d-eiti.de.

Dabei ist wichtig, dass die im Bericht enthaltenen Informationen leicht zugänglich und verständlich aufbereitet sind und so den Dialog fördern können. Vor diesem Hintergrund hat die MSG der D-EITI beschlossen, bereits für den ersten Bericht alle Informationen auf dem interaktiven Webportal www.rohstofftransparenz.de und auch in Form von öffentlich zugänglichen Daten zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde die EITI in den ersten nationalen Aktionsplan Deutschlands im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) Initiative aufgenommen, der Deutschland im Dezember 2016 beigetreten ist. Die OGP ist eine internationale Initiative mit 74 Teilnehmerstaaten, die sich für die Förderung von offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) einsetzt.

Eine Initiative mit Pilotfunktion



Der Multi-Stakeholder-Prozess ist die Grundlage für die Umsetzung der EITI in allen Mitgliedsländern. Hinter diesem Ansatz steht die Überzeugung, dass eine langfristige Beteiligung der betroffenen gesellschaftlichen Akteure neue Lösungsmöglichkeiten für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen bietet. Diese auch als Multi-Akteurs-Partnerschaften bezeichneten Prozesse gehen über punktuelle Konsultationen oder informelle Austauschplattformen hinaus und zeichnen sich durch eine gleichberechtigte, langfristige und formalisierte Kooperation zwischen den Akteuren aus. Um gemeinschaftlich Lösungen zu erarbeiten, bringen die Gruppen neben ihren Interessen und Erwartungen auch ihre spezifischen Kompetenzen, ihr Fachwissen und ihre Ressourcen ein.

Im Rahmen der D-EITI haben alle Stakeholder daran mitgewirkt, die Erhebung von Informationen und Daten so zu gestalten, dass im Ergebnis ein informativer Bericht für die Bürgerinnen und Bürger entstanden ist und zugleich die zusätzliche Belastung von Unternehmen und Verwaltungen für die Datenerhebung minimiert wurde. Da die D-EITI eine der ersten Multi-Akteurs-Partnerschaften in Deutschland ist, werden die Erfahrungen bei der Umsetzung des Prozesses aufgearbeitet und stehen zukünftig für ähnlich aufgesetzte Prozesse zur Verfügung.

Kontakt: Andrea Jünemann
Referat: Internationale Rohstoffpolitik

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Aufschwung gewinnt an Fahrt.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich gefestigt. Der Welthandel und die Industrieproduktion sind in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet.¹

In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur nach einem vergleichsweise schwachen ersten Quartal beschleunigt. Der Euroraum verzeichnet weiter ein deutliches Wirtschaftswachstum. Auch die japanische Wirtschaft konnte im zweiten Quartal spürbar an Dynamik gewinnen. In den Schwellenländern hat sich das Expansionstempo gefestigt. Die Wachstumsdynamik in China hat sich zuletzt etwas erhöht, bleibt aber weiter hinter den Raten der Vorjahre zurück. Russland hat seine Rezession hinter sich gelassen und Brasilien ist dabei, sie zu überwinden.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten auf eine Fortsetzung der leicht beschleunigten Dynamik hin. Die weltweite Industrieproduktion stieg erneut, im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Mai um 3,6% zu. Der globale IHS Einkaufsmanagerindex von Markit blieb auch im Juli deutlich über der Wachstumsschwelle und der ifo-Index zum Weltwirtschaftsklima behält für das dritte Quartal sein erhöhtes Niveau bei.

Der IWF erwartet in seiner Prognose vom Juli ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5%, wobei die Prognose seit Jahresbeginn etwas angehoben wurde. Für die globale Wirtschaft bleiben aber weiterhin zahlreiche Risiken bestehen. Die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich stellen Neuland für die Europäische Union dar. Hinzu kommen diverse geopolitische Risiken.

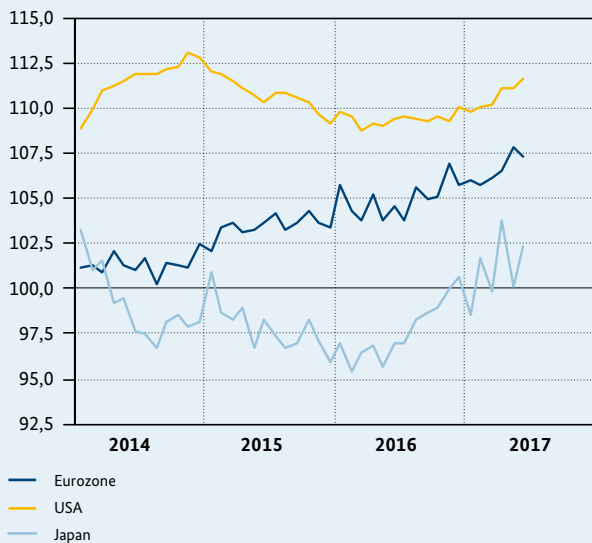
USA: Starkes Wachstum im zweiten Quartal.

Das BIP-Wachstum in den USA betrug im zweiten Quartal saison- und kalenderbereinigt 0,6%. Damit hat sich die Konjunktur nach 0,3% im ersten Quartal merklich beschleunigt. Hierzu trugen insbesondere höhere private und staatliche Konsumausgaben bei.

Darüber hinaus deuten aktuelle Indikatoren auf eine weiter gute Konjunktur in der Industrie hin. So stiegen die Industrieproduktion und die Auftragseingänge im Juni deutlich an. Der zusammengesetzte IHS Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen ist ausgehend von einem hohen Niveau im Juli erneut gestiegen. Hingegen ging der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) im Juli etwas zurück, nachdem im Juni der höchste Stand seit August 2014 erreicht wurde.

Der Arbeitsmarkt bleibt die zentrale Antriebskraft des Aufschwungs. Die Beschäftigung nahm im Juli mit 209.000 Personen wieder kräftig zu. Die Arbeitslosigkeit sank auf 4,3%. Der gute Arbeitsmarkt, die erstarkende Investitionstätigkeit der Unternehmen und die guten Stimmungswerte deuten insgesamt auf eine Fortsetzung des Wachstums hin. Dabei bleiben weiterhin erhebliche Unwägbarkeiten bezüglich der weiteren konjunkturellen Entwicklung bestehen. Dies betrifft insbesondere den Umfang und den Zeitrahmen der angekündigten fiskalischen Impulse. In seiner Projektion vom Juli geht der IWF von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,1% in diesem Jahr aus.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2017 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2016 Q2	2016 Q3	2016 Q4	2017 Q1	2017 Q2
Euroraum	0,3	0,4	0,6	0,5	0,6
USA	0,6	0,7	0,4	0,3	0,6
Japan	0,3	0,3	0,4	0,4	1,0

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	9,4	9,2	9,2	9,1	-
USA	4,5	4,4	4,3	4,4	4,3
Japan	2,8	2,8	3,1	2,8	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	1,5	1,9	1,4	1,3	1,3
USA	2,4	2,2	1,9	1,6	1,7
Japan	0,2	0,4	0,4	0,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Wachstumsaussichten aufgeheitert

Im zweiten Quartal 2017 ist das BIP in Japan überraschend stark um 1,0% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die privaten Konsumausgaben und die Investitionen haben sich deutlich erhöht. Der Außenhandel konnte hingegen rechnerisch nicht zum Wachstum beitragen.

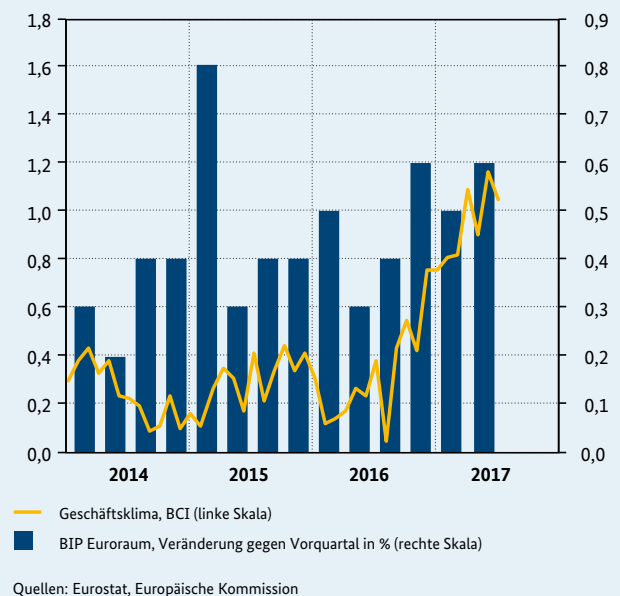
Die aktuellen Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Wachstums hin. Der Tankan-Index weist für das dritte Quartal eine weitere Verbesserung der Geschäftsbedingungen aus.

Angesichts der positiven konjunkturellen Entwicklung hat der IWF seine Prognose für das BIP-Wachstum auf 1,3% nach oben korrigiert.

Euroraum und EU: Aufschwung festigt sich.

Im Euroraum festigt sich der Erholungskurs weiter. Das Wachstum hat sich nach einem Anstieg von 0,5% im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal im zweiten Quartal 2017 preis- und saisonbereinigt auf 0,6% beschleunigt.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich stieg im zweiten Quartal mit einer Rate von 0,3%. Damit hat sich im ersten Halbjahr die konjunkturelle Dynamik im Vereinigten Königreich deutlich abgekühlt.

Die Industrieproduktion im Euroraum ist im Juni im Vergleich zum Vormonat um 0,9% gefallen. Allerdings wurde in den Vormonaten die Produktion stark ausgeweitet, sodass der jüngste Rückgang eher als Normalisierung zu betrachten ist. Die Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Wachstums hin, wenn auch mit verringertem Tempo. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission und der IHS Markit Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen und Industrie haben im Juli leicht nachgegeben. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum hat sich weiter verringert und lag im Juni bei 9,1%.

Der IWF hat seine Erwartungen für das Eurogebiet deutlich angehoben und rechnet in seiner aktuellen Prognose mit einem Wachstum von 1,9%. Es bleibt jedoch weiterhin abzuwarten, ab wann und wie stark der Brexit-Prozess die Wirtschaftsaktivität in Europa beeinträchtigen wird.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Der Aufschwung bleibt im zweiten Quartal kräftig.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich im zweiten Vierteljahr 2017 mit fast unveränderter Dynamik kräftig fort.² Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 0,6% gegenüber dem Vorquartal nach einem leicht aufwärtsrevidierten Wachstum um 0,7% im ersten Quartal.³ Wachstumstreiber war die Binnenwirtschaft. Vor allem die privaten und die staatlichen Konsumausgaben nahmen zu. Aber auch die Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten wurden ausgeweitet. Die Stimmung in der Wirtschaft ist ausgezeichnet. Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft erreichte im Juli ein Allzeithoch. Auch der IHS Markit Einkaufsmanagerindex strahlt Zuversicht aus. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist im Juni nach fünf Monaten mit Zuwächsen zwar leicht zurückgegangen, bleibt in der Tendenz aber deutlich aufwärtsgerichtet. Die ansteigenden Aufträge in der Industrie deuten auf ein Produktionswachstum auch im dritten Vierteljahr hin. Die Beschäftigung nahm im Juni weiter kräftig zu, auch wenn die Dynamik der Monate um den Jahreswechsel nicht erreicht wurde. Die positive Beschäftigungs- und Einkommens-

entwicklung stützt den Einzelhandel und den privaten Konsum insgesamt. Die deutschen Ausfuhren profitieren von der leichten Belebung des Welthandels. Allerdings wurde die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal aufgrund des gleichfalls starken Importwachstums per Saldo vom Außenhandel etwas gebremst.

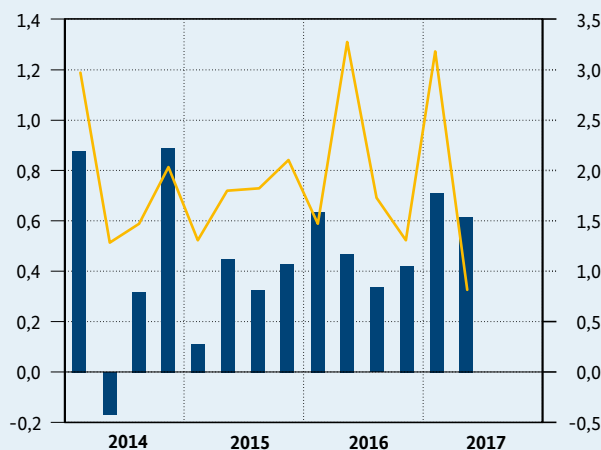
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industriekonjunktur hat sich im zweiten Quartal weiter belebt.

Die Baukonjunktur bleibt rege und das Geschäftsklima hellte sich dort weiter auf.

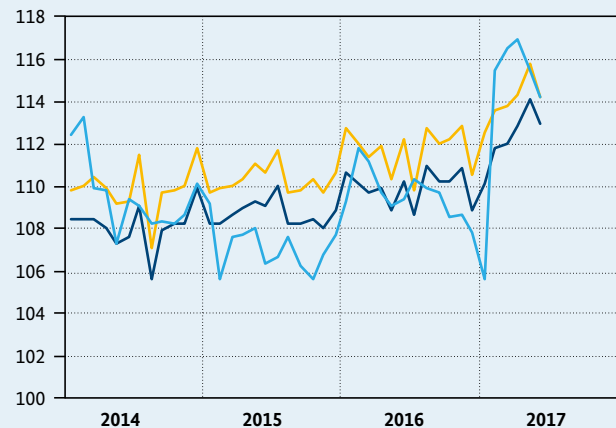
Die Konjunktur im Produzierenden Gewerbe hat sich im zweiten Quartal deutlich belebt. Im Vergleich zum ersten Quartal kam es preis- und saisonbereinigt zu einem Anstieg um 1,8%. Zwar ging die Produktion im Juni nach einem fünfmonatigen Anstieg um 1,1% zurück. Dies dürfte allerdings zum Teil auf einen Brückentageeffekt zurückzuführen sein.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

- In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.
- Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 15. August 2017.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Produktion					
Insgesamt	1,3	1,3	0,4	1,3	-1,4
Vorleistungsgüter	1,2	1,5	1,6	-0,3	-1,2
Investitionsgüter	1,3	1,2	-0,2	2,6	-1,9
Konsumgüter	1,3	1,2	-0,4	1,5	-0,7
Umsätze					
Insgesamt	1,1	1,7	1,3	0,3	0,3
Inland	0,8	1,6	1,4	0,4	0,8
Ausland	1,4	1,8	1,2	0,2	-0,2
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,0	0,8	-2,1	1,1	1,0
Inland	-1,7	0,5	0,1	-1,9	5,1
Ausland	-0,5	1,1	-3,6	3,4	-2,0
Vorleistungsgüter	1,2	1,2	0,4	-0,7	3,7
Investitionsgüter	-2,8	0,3	-3,8	2,9	-0,8
Konsumgüter	2,1	2,7	-0,6	-2,8	2,3

Quellen: StBA, BBk

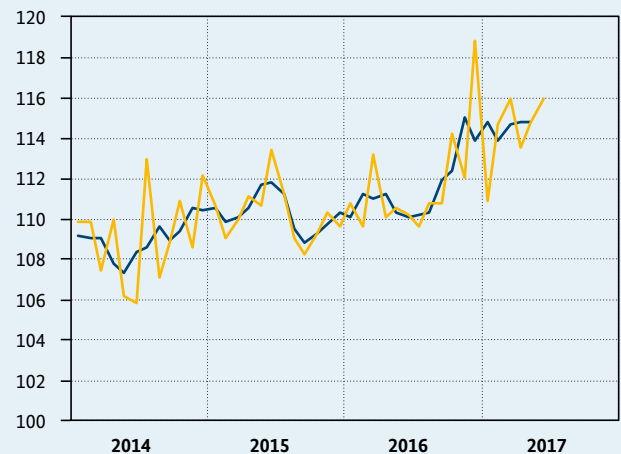
Die Industrieproduktion ist nach fünf Zuwächsen in Folge im Juni etwas eingeschränkt worden (-1,4%). Im aussagekräftigeren Quartalsvergleich ergab sich aber ein spürbarer Zuwachs von +1,3%. Die aufwärtsgerichtete Tendenz hält somit weiter an. Sie erstreckt sich auf viele Wirtschaftsbereiche.

Die dynamische Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe spiegelt die gute Industriekonjunktur ebenfalls wider. Im Juni sind die Umsätze saisonbereinigt um 0,3% gestiegen. Im zweiten Quartal insgesamt ergab sich ein merkliches Plus von 1,7%, nach +1,1% im ersten Quartal. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft legten im zweiten Quartal zu (+1,6% bzw. +1,8%). Die deutschen Unternehmen haben ihre Investitionen in Ausrüstungen im zweiten Quartal weiter erhöht. Dies signalisieren die Inlandumsätze der Investitionsgüterproduzenten. Im Quartalsvergleich nahmen diese nach 1,1% im ersten Quartal um 0,9% zu.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind in der Tendenz leicht aufwärtsgerichtet. Im Juni stiegen sie um 1,0%. Dies lag an einer stärkeren Nachfrage nach Vorleistungsgütern und Konsumgütern. Im zweiten Quartal insgesamt ergab sich gegenüber dem ersten Quartal ein Auftragsplus von 0,8%. Rechnet man Großaufträge heraus,

Auftragseingang in der Industrie

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

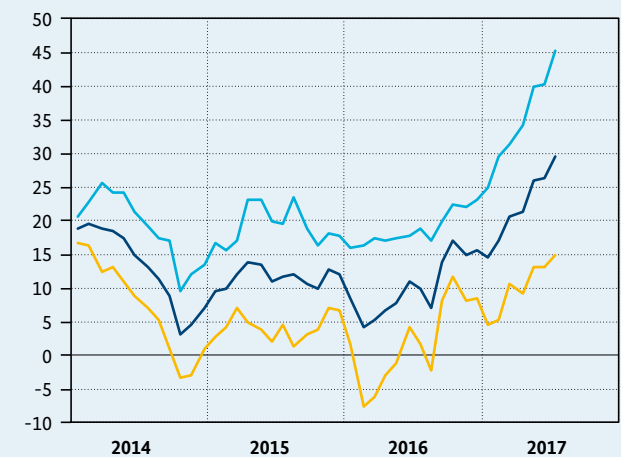


— Monate
— gleitender 3-Monats-Durchschnitt

Quellen: StBA, BBk

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe

(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut

die kurzfristig in der Regel nicht produktionswirksam sind, war im Juni ein Auftragsplus von 2,0% und im zweiten Quartal insgesamt von 1,5% zu verzeichnen.

Die Stimmung in der Industrie ist ausgezeichnet. Der ifo Geschäftsklimaindex verbesserte sich im Juli erneut, wobei sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen für die nächsten Monate positiver beurteilt wurden. Dabei ist zu

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	3,9	2,7	0,3	-1,3	-1,0
Bauhauptgewerbe	4,6	5,2	-0,5	-1,1	-1,1
Ausbaugewerbe	2,9	-0,4	1,5	-1,7	-0,9

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	8,1	0,4	-0,4	0,4	-6,6
Hochbau	4,2	3,0	-0,6	-1,5	-6,6
Wohnungsbau*	2,5	2,7	0,7	-7,1	-1,9
Gewerblicher*	5,1	4,4	-3,2	5,4	-15,7
Öffentlicher*	7,2	-2,1	5,3	-8,6	18,1
Tiefbau	12,8	-2,5	-0,2	2,6	-6,5
Straßenbau*	11,6	3,0	-0,9	1,4	-9,7
Gewerblicher*	15,4	-5,4	1,3	-1,5	-2,5
Öffentlicher*	11,7	-6,7	-1,1	9,1	-6,3
Öffentlicher Bau insg.	10,9	-1,3	0,2	2,2	-4,1

Quellen: StBA, BBk

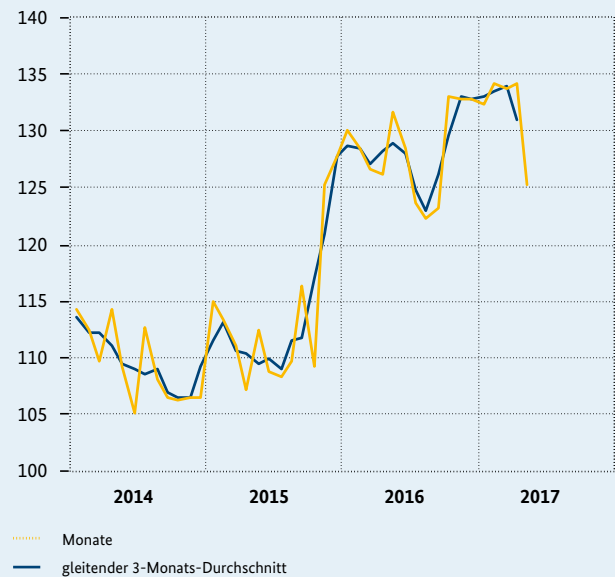
* Angaben in jeweiligen Preisen

berücksichtigen, dass die Lageeinschätzung weitaus besser ist als die gleichwohl zuversichtlichen Erwartungen. Alles in allem ist aufgrund der soliden Ordertätigkeit und der herausragenden Stimmung von einer Fortsetzung der Belegung im Verarbeitenden Gewerbe auszugehen.

Die Produktion im Baugewerbe verringerte sich im Juni saisonbereinigt um 1,0%, wobei es sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe Rückgänge gab (-1,1% bzw. -0,9%). Obwohl es bereits im Mai zu einem Minus von 1,3% kam, ergab sich im gesamten zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal eine Produktionssteigerung von 2,7%.

Die stark schwankenden Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe entwickelten sich im bisherigen Jahresverlauf tendenziell seitwärts, im Mai ist es jedoch zu einem merklichen Rückgang von 6,6% gekommen. Dieser geht vor allem auf die gesunkenen gewerblichen Aufträge zurück (-11,0%). Im Wohnungsbau gingen die Orders um 1,9% zurück. Insgesamt liegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe aber immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Sie übertrafen im Dreimonatsvergleich Stand Mai ihr Vorjahresniveau arbeitstäglich bereinigt um 2,5%.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



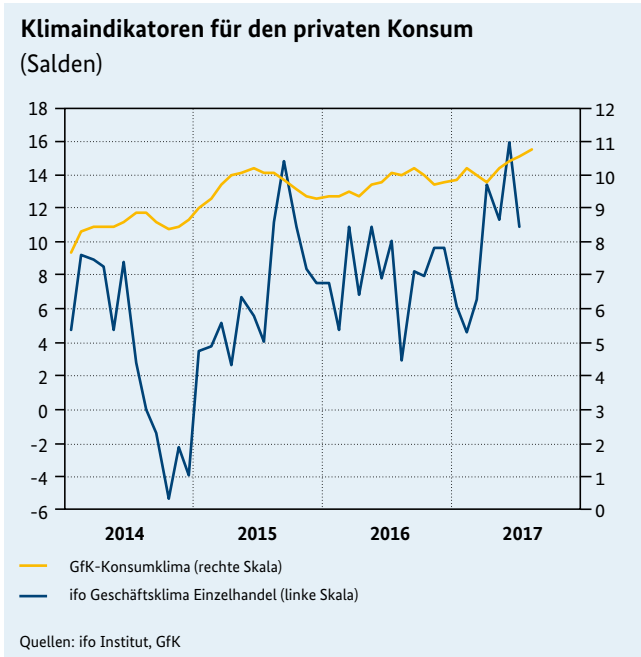
Quellen: StBA, BBk

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist weiterhin ausgezeichnet. Das ifo Geschäftsklima erreichte ein neues Rekordhoch, nachdem es zuvor leicht gesunken war. Alles in allem sprechen die Konjunkturindikatoren und die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für eine weiterhin gute Baukonjunktur.

3. Privater Konsum

Die Kauflaune ist gut und die Einzelhandelsumsätze legen zu.

Die privaten Konsumausgaben haben sich im zweiten Quartal kräftig erhöht. Dies hat sich auch in den Umsätzen im Einzelhandel niedergeschlagen. Bei einem Anstieg im Juni um 1,1% im Vergleich zum Vormonat nahmen sie im gesamten zweiten Quartal um 1,4% deutlich zu. Die Umsätze im Kfz-Handel lagen im Zweimonatszeitraum April/Mai zwar leicht unter ihrem Vorquartalsniveau, im Vergleich zum Vorjahr fielen sie aber rund 5% höher aus. Die Zahl der Kfz-Neuzulassungen nimmt tendenziell zu. Im ersten Halbjahr 2017 gab es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gut 3% mehr Neuzulassungen. Im Juli waren sie allerdings saisonbereinigt leicht rückläufig (-0,8%).



Das Konsumklima unter den Verbrauchern hat sich im Juli weiter verbessert. Bereits seit zwei Jahren bewegt sich der GfK Konsumklima Indikator um die Zehn-Punkte-Marke herum und ist damit auch in der längerfristigen Betrachtung recht hoch. Laut ifo Konjunkturtest hat sich die Stimmung unter den Einzelhändlern im Juli etwas eingetrübt, verbleibt aber auf sehr hohem Niveau. Insgesamt dürften damit die privaten Konsumausgaben trotz der wieder höheren Preissteigerungsraten eine zuverlässige Stütze des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs bleiben.

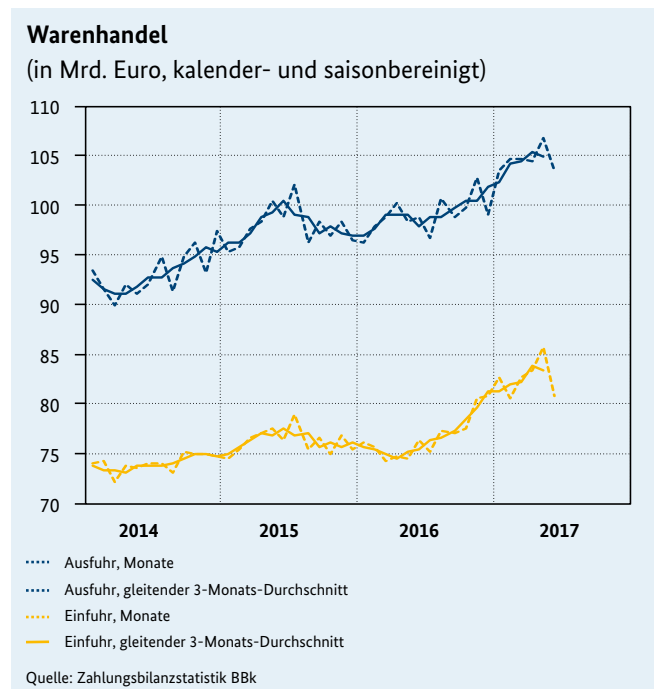
Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen im Juni bei 107 Mrd. Euro. Dies bedeutete einen saisonbereinigten Rückgang von 4,7% gegenüber dem Vormonat. Die Einfuhren zeigten sich im zweiten Quartal mit einem Anstieg von 1,8% etwas dynamischer als die Ausfuhren. Die Einfuhrpreise für Waren sind im zweiten Quartal um 1,2% gegenüber dem Vorquartal gesunken, sodass die preisbereinigten Importe noch stärker ausgeweitet worden sein dürften.

4. Außenwirtschaft

Die Exporte haben sich nach starken Vormonaten leicht abgeschwächt.

Die globalen Rahmenbedingungen deuten auf ein weiter solides Exportwachstum hin.

Im Juni 2017 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im Wert von 129,6 Mrd. Euro ausgeführt. Saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren damit zum Vormonat um 1,7% ab. Im zweiten Quartal ergab sich dennoch ein Plus von 0,9%. Die Ausfuhrpreise für Waren sind im zweiten Quartal leicht gestiegen (+0,6%), weshalb die Warenausfuhren preisbereinigt etwas weniger zugenommen haben dürften.



Außenhandel*

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	3,1	0,9	-0,1	1,9	-1,7
Einfuhr	2,6	1,8	0,8	2,2	-4,7
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	8,5	3,7	-2,9	14,1	0,7
Eurozone	7,0	5,2	0,0	13,4	2,7
EU Nicht-Eurozone	5,7	3,1	-1,3	9,2	1,8
Drittländer	11,5	2,8	-6,2	17,5	-1,7
Einfuhr	10,1	8,3	5,4	16,3	3,6
Eurozone	8,0	5,3	4,0	12,6	-0,1
EU Nicht-Eurozone	11,1	7,8	3,6	14,6	5,5
Drittländer	12,1	12,7	8,6	22,3	7,5

Quellen: StBA, BBK

* Angaben in jeweiligen Preisen

Der Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im ersten Halbjahr bei 127,0 Mrd. Euro und damit 5,7 Mrd. Euro unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank mit Stand Juni im laufenden Jahr auf 120,4 Mrd. Euro und lag damit um 10,4 Mrd. Euro unter dem Wert des Vorjahres.

Die nationalen Konjunkturindikatoren für den Außenhandel deuten zusammen mit der aufwärts korrigierten Einschätzung der Weltkonjunktur auf eine stetige Expansion der Exporte hin. Die Bestellungen für das Verarbeitende Gewerbe aus dem Ausland sind in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe stiegen im Juli auf den höchsten Stand seit Mitte 2011. Die Risiken für die globale Wirtschaft bleiben allerdings beachtlich.

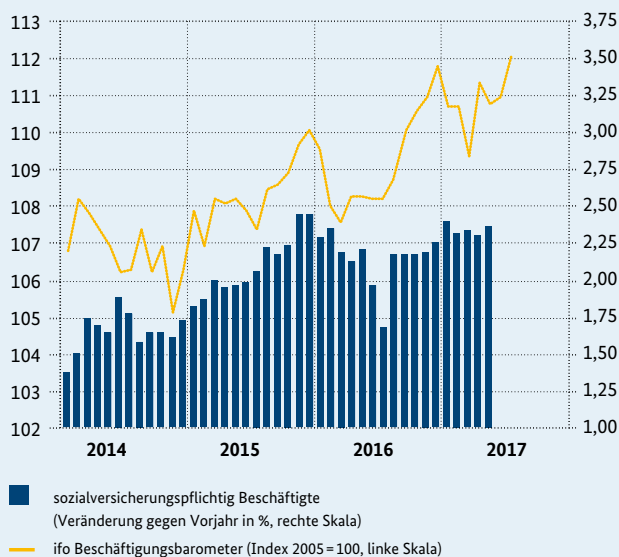
5. Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung nimmt seit Februar etwas schwächer, aber weiterhin sehr solide zu.

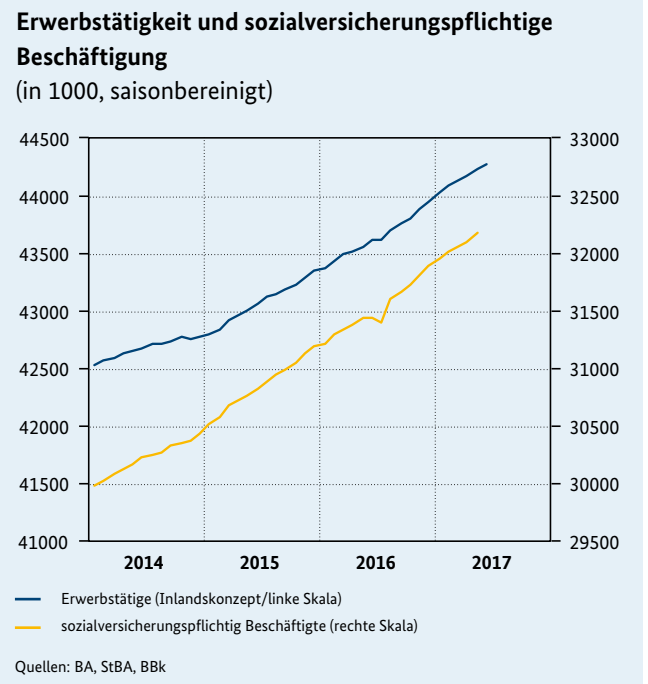
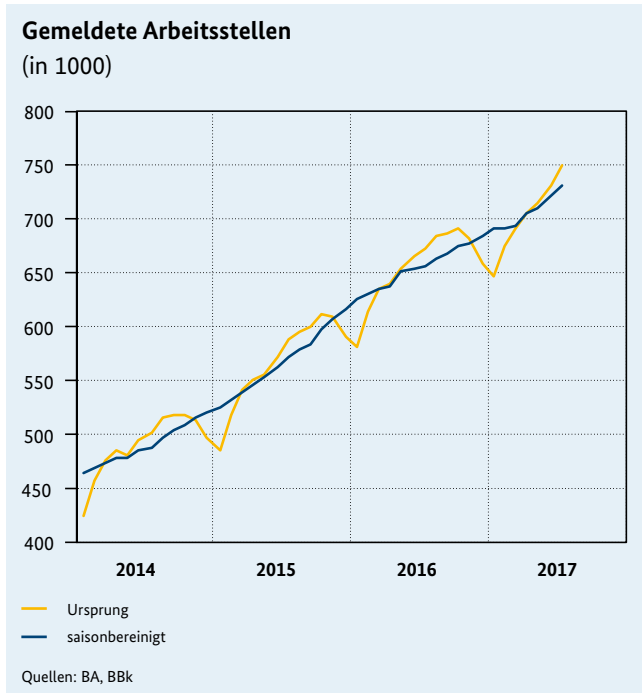
Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung sind im Juli saisonbereinigt wieder leicht zurückgegangen. Regionale Unterschiede sind aber weiterhin groß.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich insgesamt weiterhin gut. Der monatliche Anstieg der Erwerbstätigkeit ist seit Februar allerdings etwas schwächer als in den drei Monaten zuvor. Die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter stieg im Mai, nach schwächeren Zuwächsen im März und April, deutlich stärker als die der Erwerbstätigen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im Juli saisonbereinigt wieder gefallen, der erste Anstieg im Juni nach 15 Monaten war wohl nur eine Episode. Neben der allgemein guten gesamtwirtschaftlichen Situation deuten auch die einschlägigen Frühindikatoren von ifo, IAB und der BA eine Fortsetzung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt an.

Allerdings bleiben einige Dauerbaustellen bestehen: Zwar ist die Anzahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter seit der Einführung des Mindestlohns rückläufig, mit über 4,7 Mio. Personen waren im Mai aber nach wie vor sehr viele Menschen in diesem Arbeitsmarktsegment beschäftigt.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quellen: BA, ifo Institut



Außerdem ist z. B. die Zahl der Personen mit einem geringfügig entlohnten Nebenjob gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 2,7 Mio. angestiegen. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist im Vergleich zum Vorjahr zwar rückläufig, ein weiterer Abbau ist aber geboten. Für Langzeitarbeitslose, die teilweise durch mehrere so genannte Vermittlungshemmnisse gehandikapt sind, wird es trotz der guten allgemeinen Arbeitsmarktlage schwierig bleiben, eine Beschäftigung zu finden.

Die Frühindikatoren signalisieren im Juli weiterhin gute Aussichten für den Arbeitsmarkt insgesamt. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, erreichte einen weiteren Höchstwert. In fast allen Branchen besteht weiterhin ein hoher Bedarf an neuem Personal. Zuletzt nahm die Einstellungsbereitschaft in der Industrie, im Handel, bei den Unternehmensdienstleistern und im Baugewerbe am stärksten zu.

Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot für den ersten Arbeitsmarkt lag laut IAB-Befragung im zweiten Quartal 2017 bei 1,10 Mio. Stellen, 114.000 mehr als vor einem Jahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 46.000 Personen. In Ursprungszahlen stieg sie etwas stärker als monatsüblich auf fast 44,4 Mio. Erwerbstätige. Gegenüber dem Vorjahr wurde damit ein Zuwachs von 670.000 Personen ausgewiesen.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit basiert auf der tendenziell steigenden Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Zuwachs im Mai (+75.000) war der höchste in diesem Jahr und größer als der Anstieg der Erwerbstätigen. Nach den Ursprungszahlen lag die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Mai bei 32,14 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 744.000 Personen bzw. 2,4 %.

Die meisten Branchen verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Den absolut stärksten Anstieg gab es bei den qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+97.000 Personen), im Bereich Pflege und Soziales (+86.000) und im Handel (+66.000). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-15.000) geht weiter zurück.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Juli saisonbereinigt um 9.000 Personen (+6.000 im Juni). Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war weiter vom Umfang entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Zugenommen haben im Vorjahresvergleich insbesondere Maßnahmen für geflüchtete Menschen und hier vor allem im Bereich der so genannten Fremdförderung (+99.000), die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit mit dem Beginn der Sommerferien auf 2,52 Mio. Personen (+45.000 zum Vormonat). Der Jahresstand wurde aber um 143.000 Personen unter-

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,734	2,513	2,498	2,473	2,518
gg. Vorjahr in 1.000	-158	-161	-166	-142	-143
gg. Vorperiode in 1.000*	-60	-41	-8	6	-9
Arbeitslosenquote	6,2	5,6	5,6	5,5	5,6

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	43,7	44,2	44,0	44,2	44,4
gg. Vorjahr in 1.000	650	664	659	662	670
gg. Vorperiode in 1.000*	213	138	42	47	46

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	32,0	31,8	31,9	32,0	32,1
gg. Vorjahr in 1.000	347	-185	729	723	744
gg. Vorperiode in 1.000*	251	202	46	38	75

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

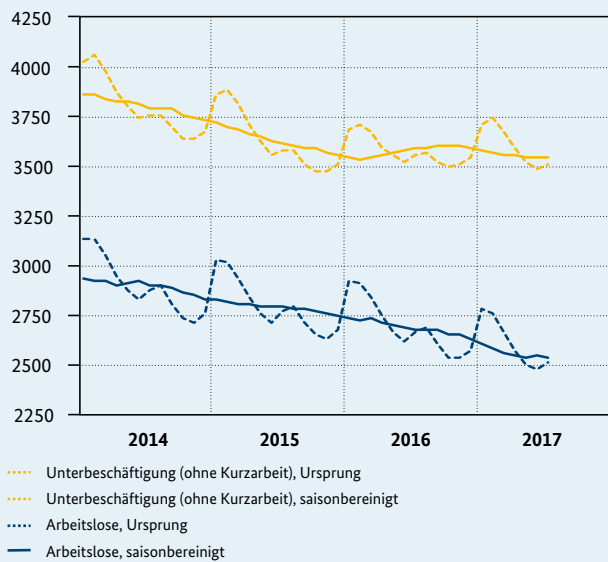
schritten⁴. Die Arbeitslosenquote stieg auf 5,6%, das Niveau vom Mai.

Die regionale Arbeitslosigkeit auf Ebene der Kreise ist sehr heterogen. Die Arbeitslosenquoten liegen in einer Spanne zwischen knapp 2% und mehr als 14%. Die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen nimmt zwar schrittweise ab und betraf im Juli 899.000 Personen (-87.000 zum Vorjahr). Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Arbeitslose vor Ablauf eines Jahres nach dem Verlust des Arbeitsplatzes bereits wieder eine neue Stelle finden und somit nicht langzeitarbeitslos werden. Andererseits kommt hinzu, dass Langzeitarbeitslose z. B. auch durch Fördermaßnahmen bzw. Stellen im zweiten Arbeitsmarkt wieder Beschäftigung finden. Die Herausforderungen bleiben aber dennoch groß.

Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) sank im Juni auf 3,8%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

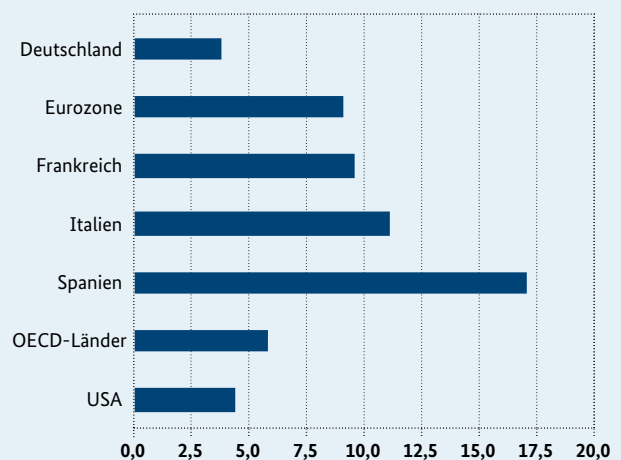
Die Unterbeschäftigung, die Personen ausweist, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, belief sich im Juli auf 3,51 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Sie ist damit um rund eine Million Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juni 2017)



Quelle: Eurostat

4 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Vorjahresvergleich um 169.000 Personen bzw. 8,3%, während sie bei ausländischen Staatsbürgern (+25.000 Personen bzw. 3,9%), insbesondere aus den Asylherkunftsländern, anstieg.

Vorjahr sank sie um 53.000 Personen. Saisonbereinigt verringerte sie sich gegenüber dem Vormonat um 8.000 Personen.

Die Arbeitslosigkeit sinkt im Vergleich zum Vorjahr weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung⁵ sowie eine steigende Erwerbsneigung. Arbeitslose und Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich ihrer Berufe und ihrer Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

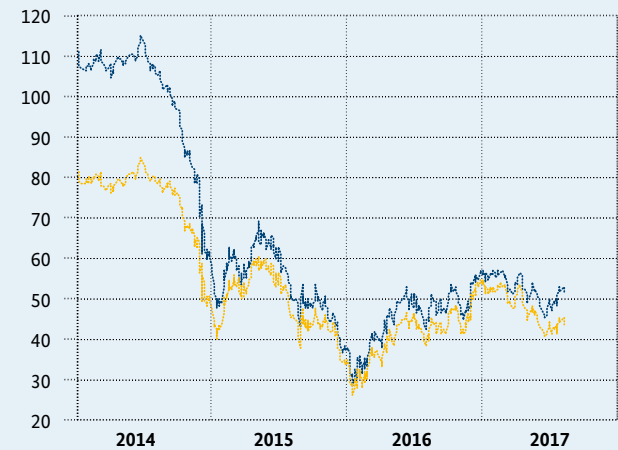
Der Rohölpreis beendet seinen Abwärtstrend zur Jahresmitte und steigt wieder über die 50-Dollar-Marke.

Vor allem höhere Preise für Nettokaltmieten und Nahrungsmittel lassen die Inflationsrate im Juli auf +1,7% steigen.

Die abgeschwächte Preisentwicklung im zweiten Quartal 2017 setzte sich zur Jahresmitte nicht fort. Vor allem die Rohstoffpreise für Rohöl und Industriemetalle erholten sich mit den verbesserten Aussichten für die Weltkonjunktur mit Beginn der zweiten Jahreshälfte wieder etwas. Der Rohölpreis der europäischen Leitsorte Brent, der Ende Juni einen Jahrestiefstand erreicht hatte, notierte Mitte August 2017 mit knapp 51 US-Dollar/Barrel ca. 4% über Vormonats- und ca. 6% über Vorjahresniveau. Die Inflationsrate (Anstieg Verbraucherpreise auf Jahresfrist) erhöhte sich im Juli leicht auf 1,7%.

Die Einfuhrpreise, für die nur Daten bis Juni vorliegen, fielen zuletzt im Vergleich zum Vormonat das vierte Mal in Folge. Ursächlich hierfür war in erster Linie der niedrige Rohölpreis, der Ende Juni seinen vorläufigen Jahrestiefstand erreicht hatte. Die Jahresrate fiel im Juni auf +2,5%,

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



Quelle: Macrobond

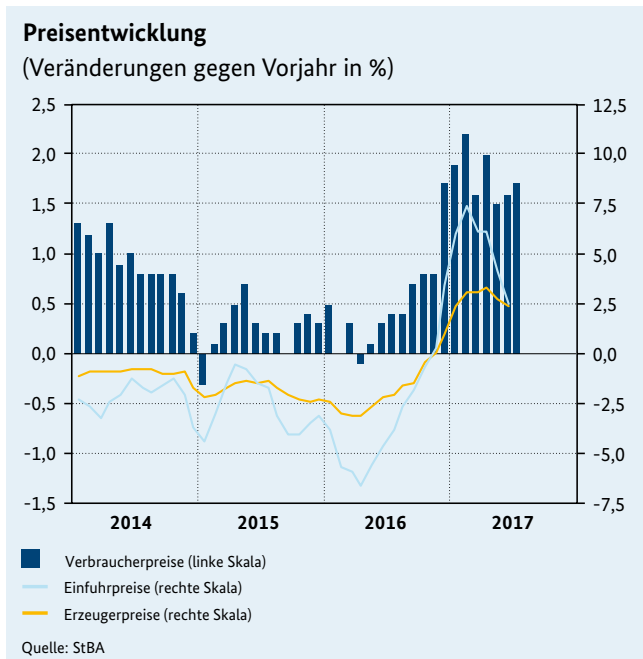
den geringsten Anstieg in diesem Jahr. Preistreibend, allerdings mit abnehmender Tendenz, blieb auf Jahresfrist weiterhin die Energiekomponente. Auch für Erze war spürbar mehr zu zahlen. Dies bewirkte deutlich höhere Preise bei importierten Vorleistungsgütern. Im Vergleich dazu verteuerten sich Konsumgüterimporte moderater, Investitionsgüter konnten auf Jahressicht sogar günstiger importiert werden.

Die Preise für deutsche Exportwaren gingen im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,2% zurück. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit einer Rate von +1,8% etwas schwächer zu als in den Vormonaten. Die Preiserhöhungen bei Investitionsgütern waren vergleichsweise gering, wohingegen sich Energie sowie Vorleistungs- und Verbrauchsgüter überdurchschnittlich verteuerten.

Die Verschlechterung der Terms of Trade hat sich im Juni weiter abgeschwächt (-0,6% im Vergleich zum Vorjahr).

Im Inlandsabsatz blieben die Erzeugerpreise im Juni im Vormonatsvergleich stabil, nach einem Rückgang um 0,2% im Mai. Im Vergleich zum Vorjahr fiel die Jahresrate auf den tiefsten Stand in diesem Jahr (2,4%). Dabei wirkte sich

5 Die Zuwanderung aus den aktuellen Zuwanderungsländern (Länder der EU-Osterweiterung; Griechenland, Italien, Portugal und Spanien; Asylzugangsländer) hat das Arbeitskräfteangebot erhöht und zu mehr Beschäftigung (im Mai Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 263.000 Personen bzw. 14%), aber auch zu mehr Arbeitslosen (im Juli +34.000 Personen bzw. 9% gegenüber dem Vorjahr) aus diesen Ländern geführt. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern stieg im Juli zum Vorjahr um 38.000 Personen (+24%) und trägt somit primär zum Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Ausländern bei.



der Preisanstieg bei Vorleistungsgütern aufgrund des größten Wägungsanteils am stärksten auf die Entwicklung des Gesamtindex aus. Konsumgüter verteuerten sich, getrieben durch höhere Nahrungsmittelpreise, ebenfalls merklich. Die Preise für Investitionsgüter nahmen dagegen unterdurchschnittlich zu.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Juli saisonbedingt um 0,4%, vor allem weil sich Pauschalreisen und Beherbergungsdienstleistungen in der Haupturlaubszeit verteuerten. Preiswerter wurden im Gegenzug mit Beginn der Schlussverkäufe im Einzelhandel Bekleidung und Schuhe, aber auch Kraftstoffe verbilligten sich. Die Inflationsrate – der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist – erhöhte sich im Juli leicht von +1,6% auf 1,7%. Die Kerninflationsrate, bei der die volatilen Nahrungsmittel- und Energiepreise nicht berücksichtigt werden, lag im Juli ebenfalls bei +1,7%. Dabei gibt es gegenläufige Preisentwicklungen bei den einzelnen Komponenten: Während die Energiepreise im Vorjahresvergleich dämpften, stiegen die Preise für Nahrungsmittel überdurchschnittlich. Weiterhin preistreibend wirkte die Preisentwicklung von Dienstleistungen und hier insbesondere der Nettokaltmieten.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	0,2	0,4	1,6	1,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,5	1,6	1,7
Nahrungsmittel	-0,1	0,3	2,8	2,7
Bekleidung und Schuhe	-3,3	-3,7	1,7	1,4
Wohnung, Betriebskosten	-0,1	0,2	1,3	1,5
Möbel, Geräte für den Haushalt	0,2	0,0	0,4	0,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,7	3,6	2,5	2,2
Pauschalreisen	13,0	14,7	5,6	4,3
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,3	0,3	2,0	2,3
Energie	-0,8	-0,3	0,0	0,9
Kraftstoffe	-1,4	-0,9	0,2	1,3
Dienstleistungen	0,7	0,9	1,7	1,7
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,3	-	-

Quellen: StBA, Bbk

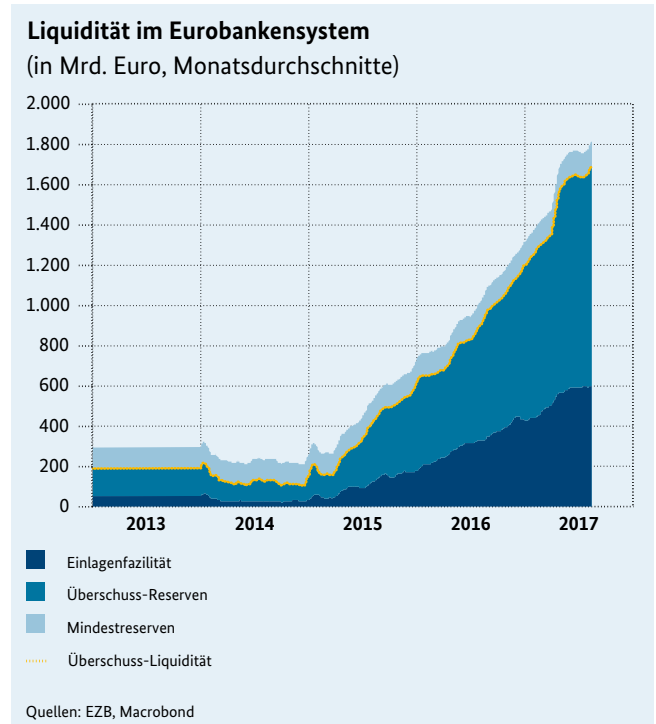
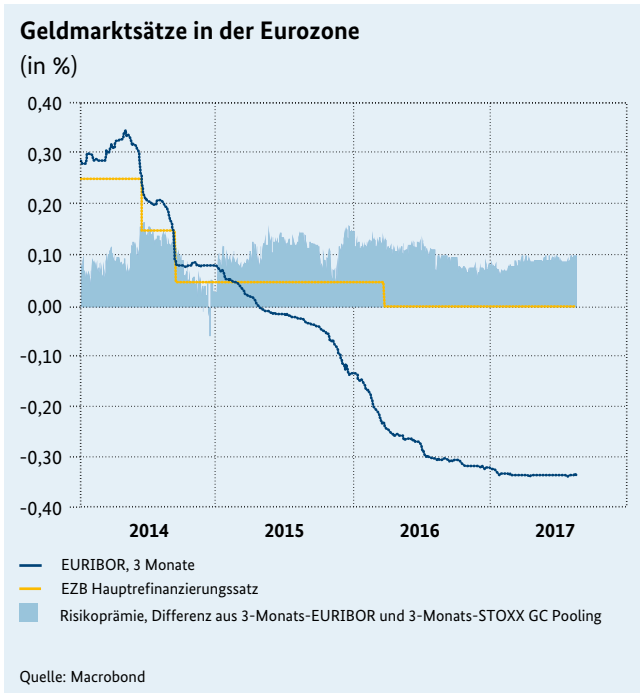
7. Monetäre Entwicklung

Der Euro wird stärker.

Die Geldpolitik von EZB und Fed bleiben unverändert.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Solange Inflation und Kerninflation weiter unter der Zielmarke der EZB liegen, ist davon auszugehen, dass das niedrige Zinsniveau bestehen bleibt. Die beschleunigte wirtschaftliche Erholung im Euroraum scheint bisher kaum Auswirkungen auf die Preise zu haben.

Gegenwärtig stellt die EZB den Banken vor allem im Rahmen ihrer Anleihekäufe Liquidität zur Verfügung. Die Käufe sollen mindestens bis zum Ende des laufenden Jahres fortgesetzt werden; darüber hinaus so lange, bis eine nachhaltige Annäherung an die Zielinflation von unter, aber nahe 2% erfolgt ist. Dabei sind die monatlichen Ankäufe seit April 2017 um 20 Mrd. auf durchschnittlich 60 Mrd. Euro pro Monat verringert worden. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit über 4,2 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Auf ihrer letzten Sitzung am 20. Juli sah die EZB wie auch schon zuvor Anzeichen für



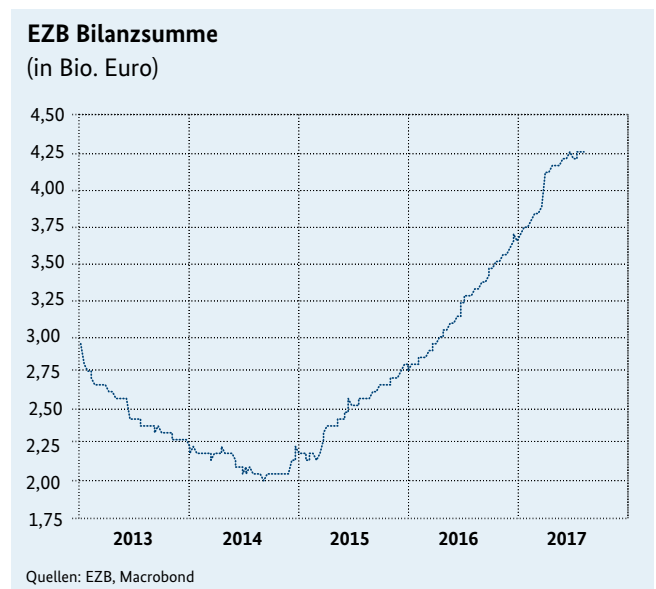
eine sich beschleunigende wirtschaftliche Erholung im Euro-raum bei gleichzeitig aber weiterhin niedriger Kerninflation.

Insbesondere durch die Anleihekäufe ist die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter angestiegen. Während sie derzeit bei 1.658 Mrd. Euro liegt, bezifferte sie sich im Juli vergangenen Jahres noch auf 900 Mrd. Euro. Die Folge dieses Überschussangebots auf dem Interbankenmarkt ist, dass der Interbankenzins nahe dem Einlagezinssatz liegt. Der besicherte Interbankenzins (Eurepo) beläuft sich derzeit auf -0,4%, der unbesicherte (EURIBOR) auf -0,3%.

Im Gegensatz zur expansiven Geldpolitik der EZB begann die US-amerikanische Notenbank mit der Normalisierung der Geldpolitik. Im Juni hat sie den US-Leitzins zum zweiten Mal in diesem Jahr angehoben. Auf ihrer letzten Sitzung am 26. Juli beschloss die FED allerdings keine weitere Zinserhöhung. Der US-Leitzins bewegt sich seit Juni in einer Bandbreite von 1,00 bis 1,25%. Weitere Anhebungsschritte werden erst im nächsten Jahr erwartet. Gleichzeitig hat die FED angekündigt, in naher Zukunft zu beginnen, die Wertpapierkäufe zu reduzieren. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen bei etwa 2,2%.

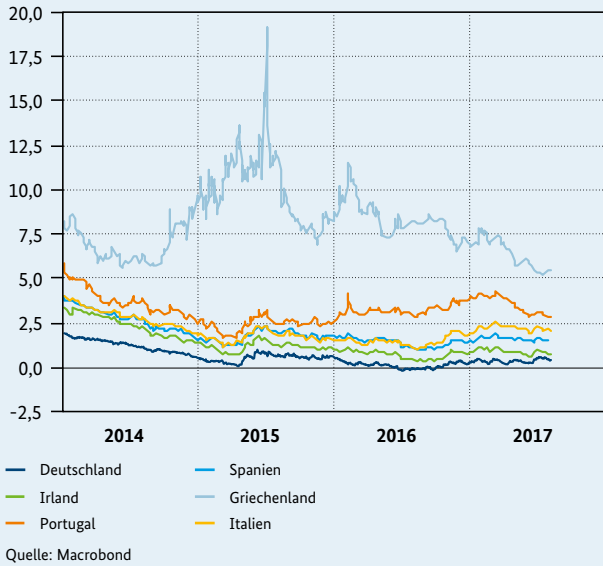
Trotz der unterschiedlich ausgerichteten Geldpolitik von EZB und FED ist der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar jüngst weiter gestiegen; er notiert derzeit bei 1,18 und erreicht damit den höchsten Stand seit Januar 2015. Ein Teil der Erklärung dürfte die schwache Entwicklung der Kerninfla-

tion in den USA sein. Dies macht weitere Zinserhöhungen in naher Zukunft unwahrscheinlicher. Außerdem dürfte die politische Unsicherheit in den USA den Dollar belasten. Gegenüber dem japanischen Yen blieb der Eurokurs im Vergleich zum Vormonat nahezu unverändert; gegenüber dem Pfund gewann der Euro mit +3,4% deutlich an Wert. Der reale effektive Wechselkurs Deutschlands gegenüber 56 Handelspartnern wertete im Juli um 1,0% auf.



Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



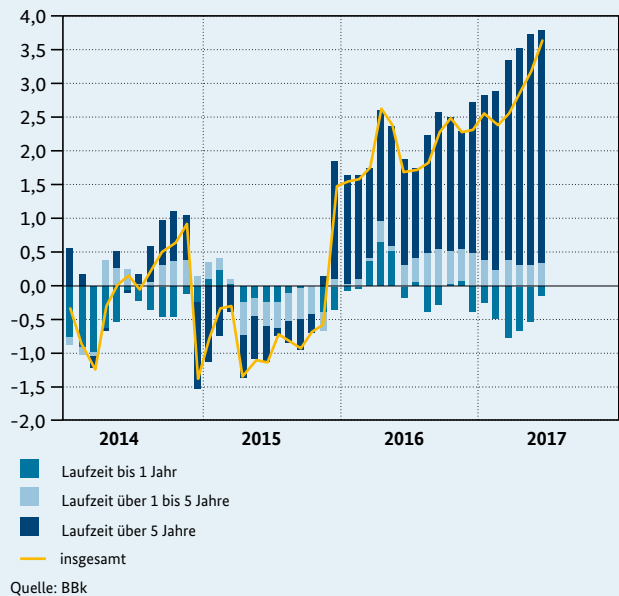
Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit beträgt gegenwärtig 0,42% und liegt damit leicht unter dem Wert aus dem Vormonat. Nach wie vor gibt es Zinsniveaunterschiede zwischen den Eurostaaten: während die Umlaufrendite für französische Staatsanleihen derzeit bei nur 0,7% liegt, beträgt diese für spanische Anleihen gleicher Laufzeit 1,5%, für italienische Anleihen 2,1% und für portugiesische 2,8%.

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht seit Ende 2015 wieder an. Im Juni 2017 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 3,6% über dem Vorjahresniveau. Die Juli-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) zeigen, dass die Nachfrage nach Krediten von Seiten der Unternehmen weiter anstieg, während die Vergabestandards weitgehend konstant blieben. Für die nächsten drei Monate erwarten die Banken einen weiteren Anstieg der Nachfragen von Unternehmen nach Krediten.

Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Juni um 3,2% über Vorjahreswert und expandierte wenig schwächer als die Kreditvergabe an Unternehmen. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieben die Wohnungsbaukredite (+4,2%), die durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls an. Im Juni stieg das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften um 2,1% im Vergleich zum Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 2,6%.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums nahm im Juni leicht zu, jedoch zeigt eine längerfristige Betrachtung einen fallenden Trend seit 2013. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum mussten durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag diese Differenz noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Die Expansion der Geldmenge M3 des Euroraums setzt sich fort. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Juni 2017 um 5,0% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr – auch im Zuge des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB – um 9,7% gestiegen ist. Das Geldmengenwachstum blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7%.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung^{1, *}

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2014		2015		2016				2017		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	0,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,4	+ 1,7	-
Ausrüstungen	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,9	- 2,3	- 0,5	- 0,1	+ 1,2	-
Bauten	+ 0,7	+ 0,3	- 1,0	0,0	+ 2,0	+ 2,1	- 1,4	0,0	+ 0,8	+ 2,3	-
Sonstige Anlagen	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,8	-
Exporte	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,5	0,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,1	- 0,3	+ 1,7	+ 1,3	-
Importe	+ 2,7	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,5	+ 0,4	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,9	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	0,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	0,0	+ 0,1	+ 0,3	-
Ausrüstungen	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	0,0	+ 0,1	-
Bauten	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,4	-
Außenbeitrag	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2016						2017				
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,2	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,2	-
Private Konsumausgaben ³	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,9	+ 2,7	+ 1,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 2,2	+ 4,7	+ 1,4	- 0,4	+ 3,4	-
Ausrüstungen	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,1	+ 4,4	- 0,5	- 2,6	+ 2,0	-
Bauten	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,8	+ 5,5	+ 2,1	+ 0,4	+ 4,7	-
Sonstige Anlagen	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	-
Exporte	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,7	+ 4,6	+ 1,4	+ 3,3	+ 6,6	-
Importe	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 3,8	+ 5,0	+ 2,7	+ 4,3	+ 5,6	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;

* BIP Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. August 2017;
Komponenten Stand vor der Schnellmeldung (Veröffentlichung nach Redaktionsschluss am 25. August 2017);

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

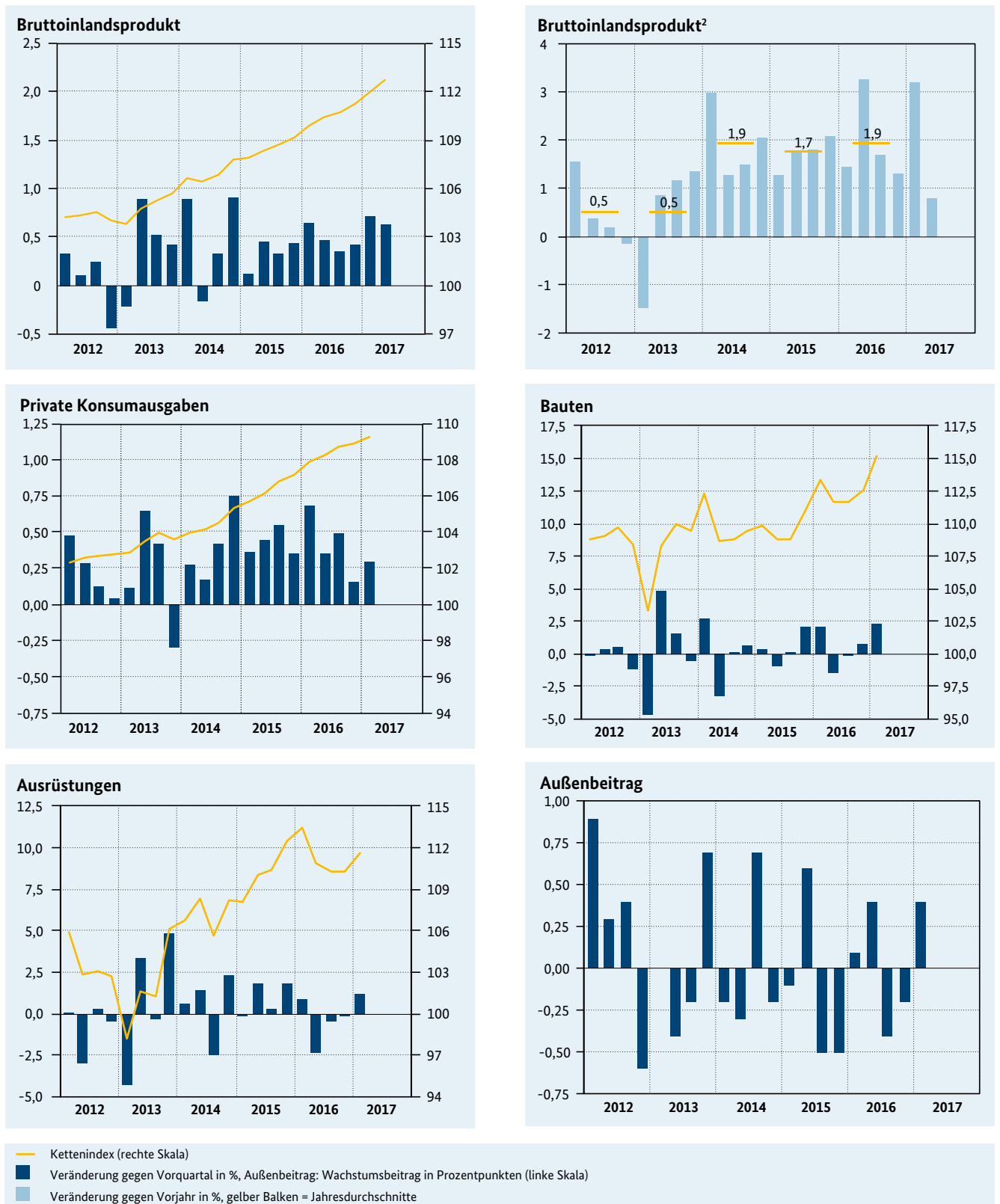
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2014		2015		2016				2017		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,2	- 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,4	-
Baugewerbe	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 1,8	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,6	- 0,4	+ 1,1	+ 0,2	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 1,3	+ 3,8	- 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,9	-
Unternehmensdienstleister	- 0,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,6	0,0	+ 0,5	+ 1,2	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	-

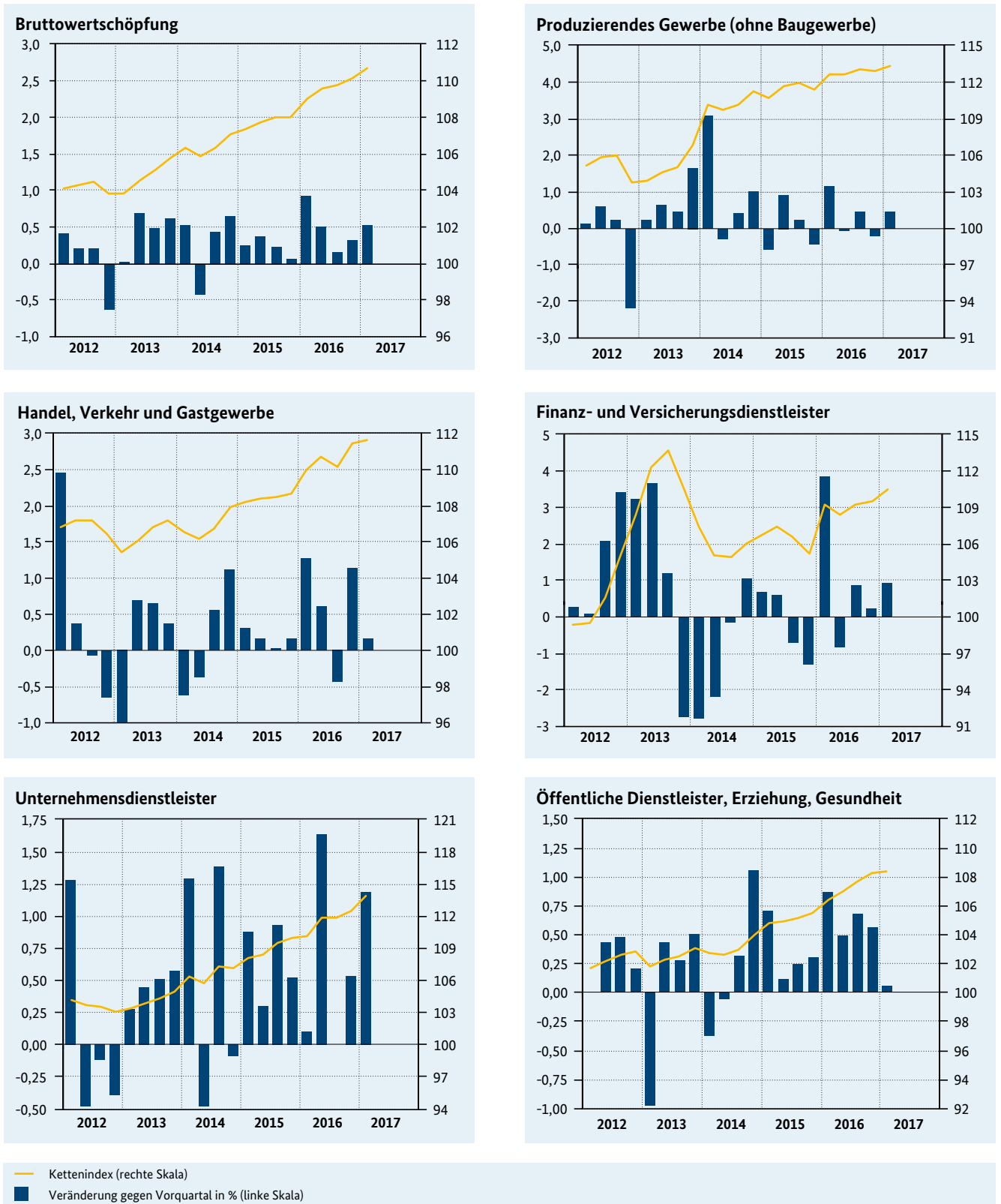
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2016						2017				
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,7	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 3,2	-
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	- 0,1	+ 1,4	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	-
Lohnstückkosten ⁷	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	0,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,9	-
verfügbares Einkommen ⁸	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,7	-
Terms of Trade	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 0,1	- 2,3	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2017	2018
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2017	(+ 1,8) ^a	(+ 1,6) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2017	+ 1,5	+ 1,7
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/2017	+ 1,3	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2017	+ 1,8	+ 2,0
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2017	+ 1,7	+ 2,0
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2017	+ 1,6	+ 1,8
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2017	(+ 2,0) ^a	(+ 2,0) ^a
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2017	+ 1,6	+ 1,8
EU	Europäische Kommission	05/2017	+ 1,6	+ 1,9
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2017	+ 1,5	+ 1,6
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2017	+ 1,5	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

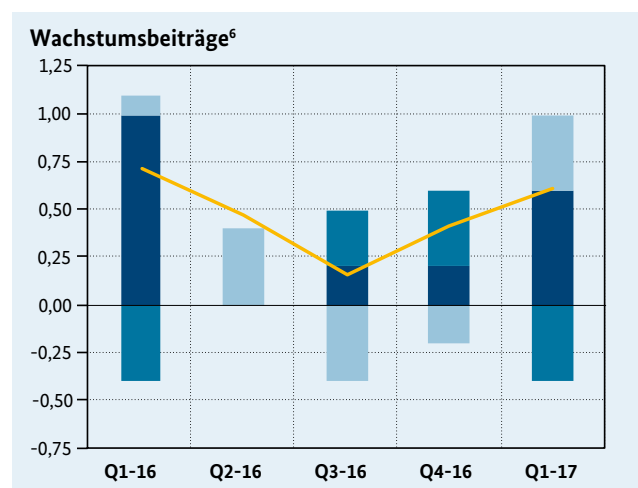
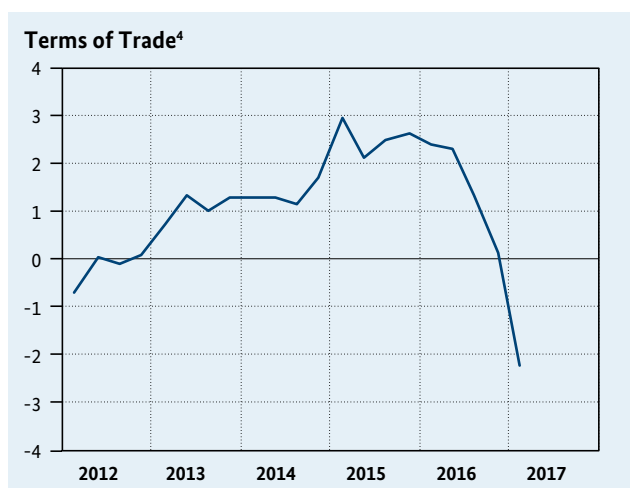
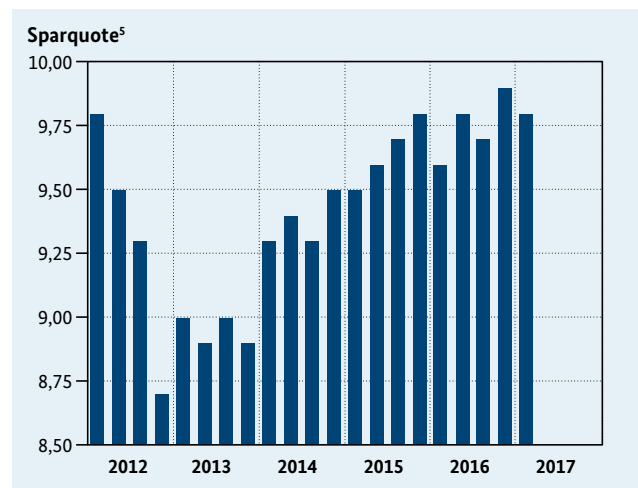
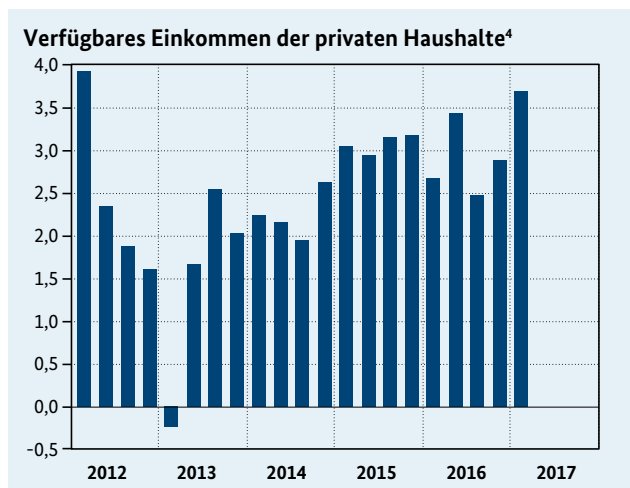
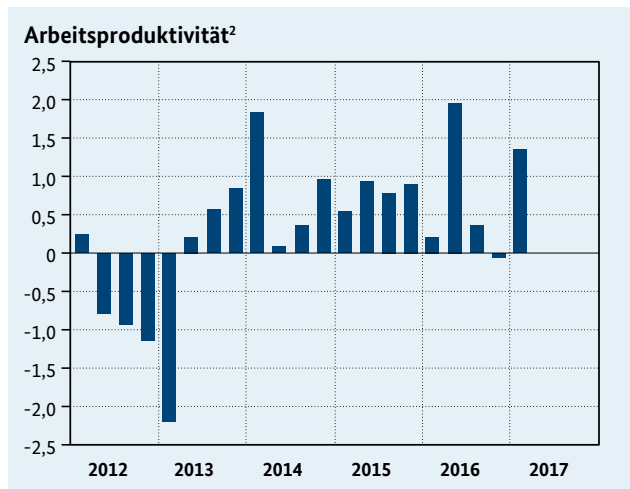
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2014		2015			2016				2017		
	2013	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,2	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6
Japan	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,8	+ 1,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,0
USA	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,6
China	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,7

	in % des BIP⁴															
	2013	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 6,8	+ 7,5	+ 8,6	+ 8,3	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,2	+ 8,4	+ 9,2	+ 8,6	+ 8,7	+ 8,9	+ 7,9	+ 7,8	+ 8,1	+ 7,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	-
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
USA	- 2,1	- 2,1	- 2,4	- 2,4	- 2,1	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,5	-
China	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3

	2017															
	2014	2015	2016	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,0	4,6	4,2	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,6	10,9	10,0	10,0	9,9	9,9	9,8	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,2	9,2	9,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,2	9,4	8,6	8,5	8,5	8,4	8,3	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9	7,8	7,7	7,7	-
Japan	3,6	3,4	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8	3,1	2,8	-
USA	6,2	5,3	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,6	4,7	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,4	4,3
China	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2013	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Eurozone (EZ 19) ²	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	-
Japan	+ 2,8	+ 0,8	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	-
USA	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7
China	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

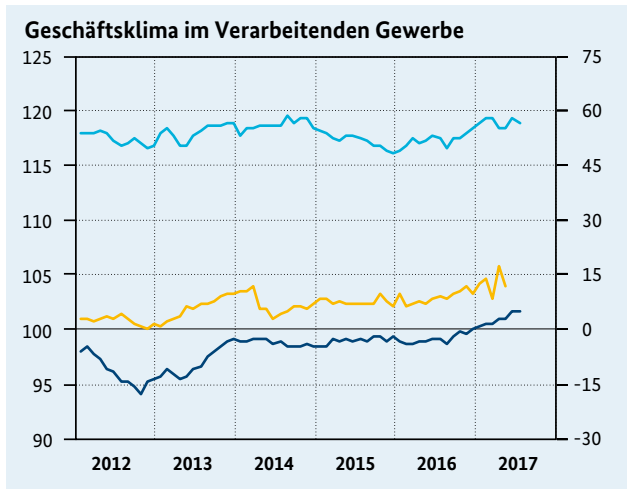
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2016		2017		2017					
	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,3	99,8	99,5	99,5	99,7	99,9	100,1	99,9	99,9	100,0	100,1	100,2	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	113,1	115,1	117,3	117,4	118,8	119,5	-	119,5	119,8	120,3	120,5	-	-
CPB Welthandel ²	111,4	113,5	115,0	114,8	116,9	119,1	-	118,0	120,5	117,9	120,3	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4642	2852	2225	2235	2308	2353	2215	2389	2295	2247	2212	2170	2269
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 3,8	- 3,1	- 2,7	- 2,9	- 0,6	1,1	3,3	1,3	1,3	2,6	2,8	4,5	4,5
Industrieproduktion ⁴	101,3	103,5	105,0	104,8	105,9	106,0	107,3	105,8	106,2	106,6	107,9	107,3	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,0	1,2	0,9	0,6	0,9	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2	1,1	1,0	1,2
Konsumentenvertrauen ⁵	-10,2	- 6,3	- 7,8	- 8,3	- 6,5	- 5,5	- 2,7	- 6,4	- 5,1	- 3,6	- 3,3	- 1,3	- 1,7
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	55,6	51,4	51,5	51,1	53,3	57,0	55,8	57,7	57,2	54,8	54,9	57,8	56,3
Industrieproduktion ⁷	105,1	104,4	103,1	103,1	103,3	103,7	104,9	103,7	103,8	104,7	104,8	105,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,5	2,1	1,8	1,6	2,1	2,4	2,3	2,4	2,5	2,3	2,3	2,2	-
Konsumentenvertrauen ⁸	86,9	98,0	99,8	100,7	107,8	117,5	118,1	116,1	124,9	119,4	117,6	117,3	121,1
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,2	102,5	102,9	102,9	103,6	103,8	-	104,6	102,8	105,7	103,9	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	99,1	97,9	97,6	97,9	99,8	100,0	102,0	101,6	99,8	103,8	100,1	102,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,5	0,3	- 0,1	- 0,1	0,0	0,1	-	0,1	0,1	0,0	0,0	-	-
Konsumentenvertrauen ¹¹	39,3	41,3	41,7	42,1	42,2	43,4	43,4	43,2	43,9	43,2	43,6	43,3	43,8
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,7	49,9	50,3	50,2	51,4	51,6	51,4	51,6	51,8	51,2	51,2	51,7	51,4
Industrieproduktion ¹³	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,3	+ 7,6	+ 6,5	+ 6,5	+ 7,6	+ 6,4
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,2	3,4	2,9	2,8	2,9	3,3	3,5	3,3	3,3	3,4	3,6	3,5	3,6
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,7	105,9	104,4	105,7	108,1	110,9	112,9	112,6	111,0	113,4	112,0	113,3	-

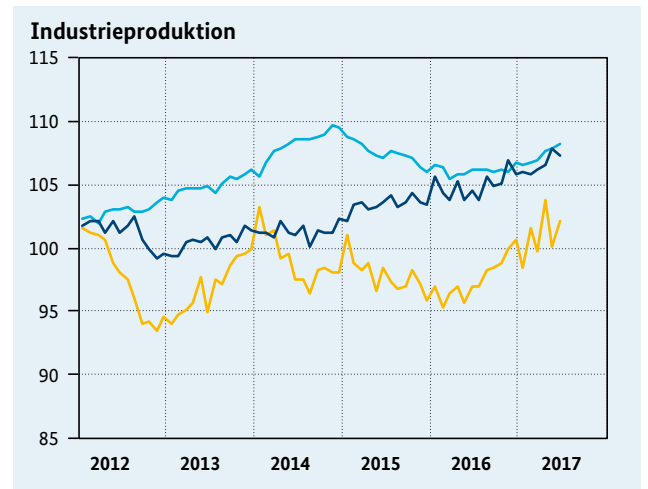
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

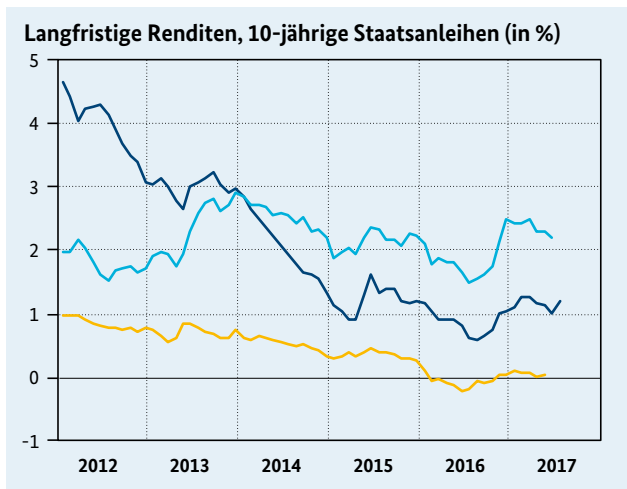
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



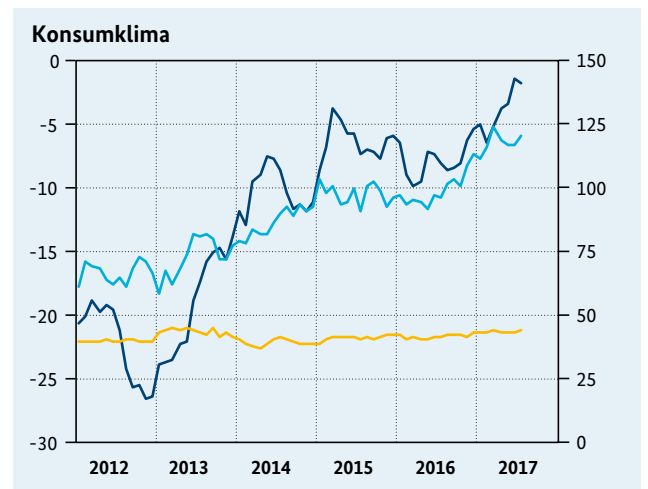
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

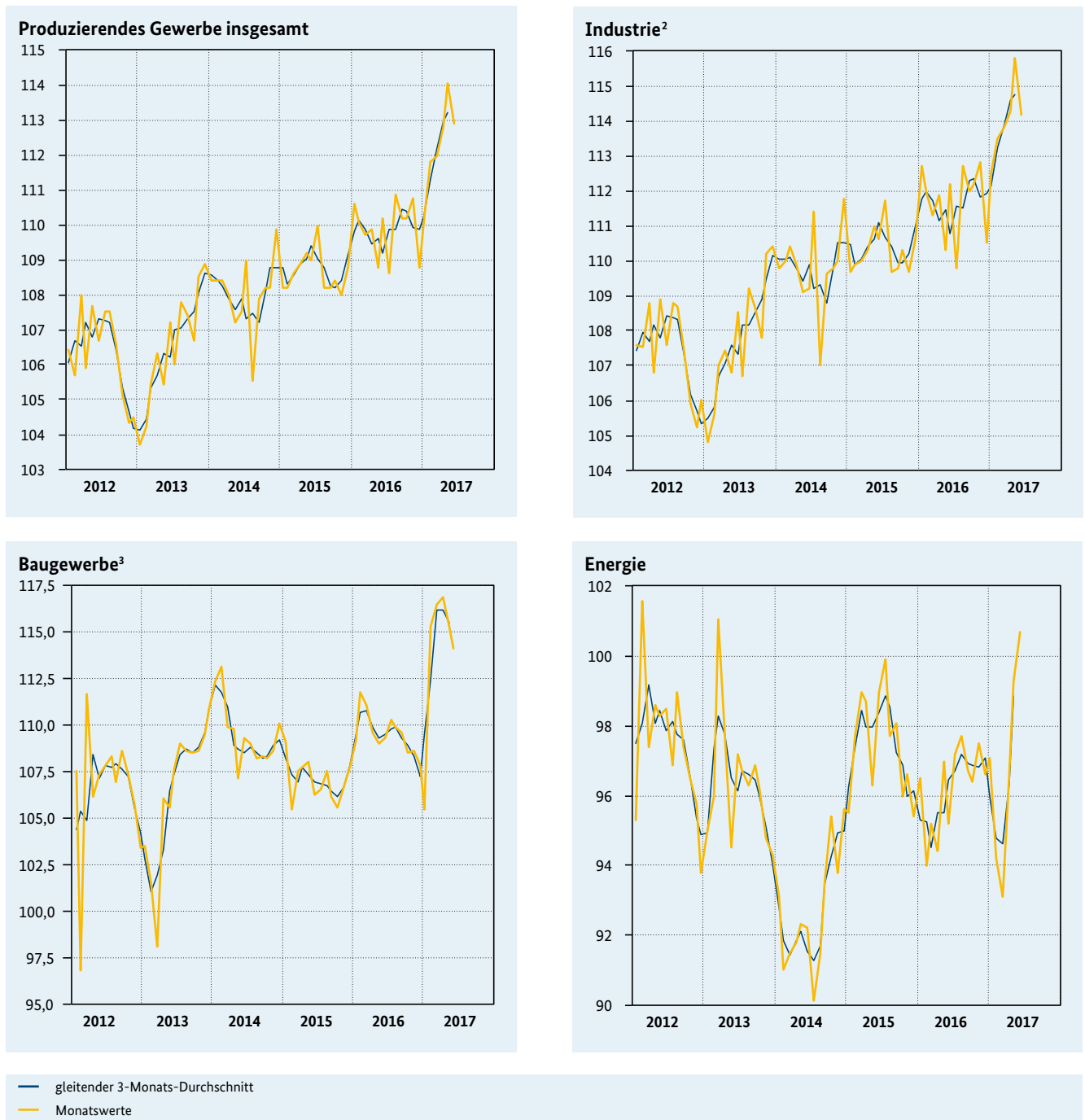
Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017			2017							
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	108,1	108,6	109,9	109,9	109,9	111,3	113,3	110,1	111,8	112,0	112,8	114,1	112,9
	gg. Vp. in %	1,5	0,5	1,2	0,3	0,0	1,3	1,8	1,2	1,5	0,2	0,7	1,2	-1,1	
	gg. Vj. in %	1,6	0,5	1,1	0,8	1,4	1,1	3,3	-0,4	1,4	2,1	2,8	4,8	2,4	
Industrie²		Index	109,8	110,3	111,7	111,5	111,8	113,3	114,8	112,5	113,5	113,8	114,3	115,8	114,2
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,3	0,0	0,3	1,3	1,3	1,8	0,9	0,3	0,4	1,3	-1,4	
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,3	0,9	1,4	1,2	3,0	-0,1	1,4	2,3	2,2	5,0	1,8	
Vorleistungsgüter		Index	106,3	106,2	107,3	107,0	107,7	109,0	110,6	108,7	109,0	109,4	111,2	110,9	109,6
	gg. Vp. in %	1,7	-0,1	1,0	0,1	0,7	1,2	1,5	1,1	0,3	0,4	1,6	-0,3	-1,2	
	gg. Vj. in %	1,7	-0,1	1,1	0,8	1,5	1,5	3,5	1,3	0,7	2,4	3,7	3,8	2,8	
Investitionsgüter		Index	116,6	117,6	119,3	119,1	119,2	120,8	122,3	119,8	121,3	121,3	121,0	124,2	121,8
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,4	0,0	0,1	1,3	1,2	2,7	1,3	0,0	-0,2	2,6	-1,9	
	gg. Vj. in %	2,3	0,9	1,4	0,9	1,2	0,9	2,7	-1,1	1,7	2,0	0,9	6,6	1,0	
Konsumgüter		Index	101,9	102,0	103,5	103,6	103,5	104,8	106,1	103,6	105,1	105,7	105,3	106,9	106,2
	gg. Vp. in %	1,4	0,1	1,5	0,0	-0,1	1,3	1,2	1,3	1,4	0,6	-0,4	1,5	-0,7	
	gg. Vj. in %	1,4	0,1	1,5	1,2	2,1	1,6	2,5	-0,3	2,1	2,7	2,2	3,3	1,9	
Baugewerbe		Index	109,5	107,1	109,6	109,9	108,3	112,5	115,5	105,5	115,4	116,5	116,9	115,4	114,2
	gg. Vp. in %	2,8	-2,2	2,3	0,5	-1,5	3,9	2,7	-2,1	9,4	1,0	0,3	-1,3	-1,0	
	gg. Vj. in %	2,9	-2,3	2,4	2,7	1,3	2,0	5,6	-5,2	4,3	5,1	6,9	5,9	4,2	
Bauhauptgewerbe ³		Index	121,9	121,0	125,9	127,2	125,2	130,9	137,7	116,6	136,3	139,9	139,2	137,7	136,2
	gg. Vp. in %	5,5	-0,7	4,0	1,7	-1,6	4,6	5,2	-6,6	16,9	2,6	-0,5	-1,1	-1,1	
	gg. Vj. in %	5,5	-0,7	4,0	4,6	3,3	4,7	9,5	-7,7	8,0	10,3	11,2	10,0	7,5	
Ausbaugewerbe		Index	98,2	94,3	94,7	94,2	93,0	95,7	95,3	95,4	96,5	95,3	96,7	95,1	94,2
	gg. Vp. in %	0,0	-4,0	0,4	-0,7	-1,3	2,9	-0,4	3,4	1,2	-1,2	1,5	-1,7	-0,9	
	gg. Vj. in %	0,0	-3,9	0,4	0,3	-0,7	-1,3	0,4	-2,4	0,0	-1,4	1,1	0,4	-0,2	
Energie⁴		Index	92,7	97,5	96,2	97,2	96,8	94,8	98,9	97,1	94,2	93,1	96,6	99,3	100,7
	gg. Vp. in %	-3,8	5,2	-1,3	1,8	-0,4	-2,1	4,3	0,5	-3,0	-1,2	3,8	2,8	1,4	
	gg. Vj. in %	-3,8	5,2	-1,3	-1,4	0,9	-0,6	3,5	0,7	0,0	-2,3	2,3	2,4	5,7	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	108,6	110,3	110,9	110,7	111,3	112,5	114,4	112,0	112,8	112,6	114,1	114,4	114,7
	gg. Vp. in %	2,7	1,6	0,5	0,3	0,5	1,1	1,7	1,7	0,7	-0,2	1,3	0,3	0,3	
	gg. Vj. in %	2,6	1,5	0,6	0,3	0,6	1,2	3,6	0,7	1,4	1,5	3,3	3,7	3,9	
Inland		Index	104,5	105,0	105,1	104,5	105,1	105,9	107,6	105,4	106,9	105,5	107,0	107,4	108,3
	gg. Vp. in %	1,3	0,5	0,1	-0,2	0,6	0,8	1,6	0,7	1,4	-1,3	1,4	0,4	0,8	
	gg. Vj. in %	1,3	0,5	0,0	-0,7	-0,2	0,0	2,9	-1,0	0,9	0,0	2,0	2,9	3,5	
darunter: Investitionsgüter		Index	111,0	113,7	114,3	113,2	114,1	115,3	116,3	116,1	116,2	113,6	114,8	115,9	118,3
	gg. Vp. in %	3,2	2,4	0,5	-1,2	0,8	1,1	0,9	2,2	0,1	-2,2	1,1	1,0	2,1	
	gg. Vj. in %	3,1	2,4	0,5	-0,4	-0,6	-0,1	1,6	0,3	0,7	-1,0	-1,7	2,5	3,8	
Ausland		Index	113,0	115,8	117,1	117,4	117,9	119,5	121,6	119,1	119,2	120,1	121,6	121,8	121,5
	gg. Vp. in %	4,1	2,5	1,1	0,7	0,4	1,4	1,8	2,8	0,1	0,8	1,2	0,2	-0,2	
	gg. Vj. in %	4,1	2,5	1,1	1,0	1,5	2,4	4,3	2,5	1,8	3,1	4,4	4,3	4,4	
darunter: Eurozone		Index	102,0	106,4	110,2	111,0	111,2	113,6	115,5	113,3	112,7	114,9	114,5	116,0	115,9
	gg. Vp. in %	5,0	4,3	3,6	1,4	0,2	2,2	1,7	4,2	-0,5	2,0	-0,3	1,3	-0,1	
	gg. Vj. in %	5,0	4,3	3,6	3,7	3,0	4,2	5,6	4,1	2,7	5,5	4,6	5,8	6,1	
			2014	2015	2016	2017									
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵			3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe		in %	84,0	84,1	84,3	84,4	84,4	84,4	84,9	84,5	84,8	85,7	85,9	86,0	86,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	109,1	110,2	111,7	110,3	115,0	113,8	114,7	110,9	114,7	115,9	113,5	114,8	115,9
	gg. Vp. in %	2,9	1,0	1,4	0,1	4,3	-1,0	0,8	-6,6	3,4	1,0	-2,1	1,1	1,0
	gg. Vj. in %	2,8	1,0	1,4	0,7	4,9	2,5	4,1	0,0	4,7	2,5	3,3	3,8	5,1
Inland	Index	103,4	105,2	105,9	103,5	109,5	107,6	108,1	103,6	111,6	107,5	107,6	105,6	111,0
	gg. Vp. in %	1,6	1,7	0,7	-2,2	5,8	-1,7	0,5	-9,5	7,7	-3,7	0,1	-1,9	5,1
	gg. Vj. in %	1,6	1,8	0,6	-1,6	3,8	2,5	2,2	-1,1	6,2	2,5	0,8	0,5	5,1
Ausland	Index	113,7	114,2	116,4	115,8	119,5	118,9	120,2	116,8	117,3	122,7	118,3	122,3	119,9
	gg. Vp. in %	3,9	0,4	1,9	1,8	3,2	-0,5	1,1	-4,5	0,4	4,6	-3,6	3,4	-2,0
	gg. Vj. in %	3,7	0,4	1,9	2,5	5,8	2,4	5,6	0,9	3,6	2,5	5,2	6,3	5,1
Eurozone	Index	101,7	105,7	110,8	111,4	115,3	113,9	116,8	113,1	110,6	117,9	116,1	118,6	115,7
	gg. Vp. in %	2,8	3,9	4,8	2,0	3,5	-1,2	2,5	-6,1	-2,2	6,6	-1,5	2,2	-2,4
	gg. Vj. in %	2,6	3,8	4,9	2,5	9,5	6,0	7,1	3,2	4,0	10,7	6,6	4,6	10,1
Nicht-Eurozone	Index	122,1	120,1	120,3	119,0	122,4	122,4	122,5	119,3	121,9	126,1	119,9	124,8	122,9
	gg. Vp. in %	4,5	-1,6	0,2	1,6	2,9	0,0	0,1	-3,6	2,2	3,4	-4,9	4,1	-1,5
	gg. Vj. in %	4,4	-1,6	0,1	2,4	3,4	-0,1	4,6	-0,7	3,2	-2,3	4,4	7,4	2,2
Vorleistungsgüter	Index	102,1	101,5	102,8	101,9	105,0	106,3	107,6	102,1	110,5	106,4	106,8	106,0	109,9
	gg. Vp. in %	2,0	-0,6	1,3	-0,9	3,0	1,2	1,2	-3,4	8,2	-3,7	0,4	-0,7	3,7
	gg. Vj. in %	2,0	-0,5	1,3	1,2	2,7	4,8	4,8	0,6	7,8	6,1	2,1	3,7	8,5
Inland	Index	99,8	99,1	98,9	97,5	100,6	102,9	102,0	97,3	109,5	101,8	101,7	100,7	103,6
	gg. Vp. in %	0,5	-0,7	-0,2	-2,1	3,2	2,3	-0,9	-3,5	12,5	-7,0	-0,1	-1,0	2,9
	gg. Vj. in %	0,5	-0,7	-0,2	-1,0	1,2	4,8	2,4	-0,8	11,2	4,5	-1,3	2,8	5,8
Ausland	Index	104,7	104,4	107,4	107,1	110,2	110,5	114,1	107,8	111,7	111,9	112,7	112,3	117,4
	gg. Vp. in %	3,7	-0,3	2,9	0,6	2,9	0,3	3,3	-3,2	3,6	0,2	0,7	-0,4	4,5
	gg. Vj. in %	3,8	-0,3	2,8	3,9	4,4	4,8	7,3	1,9	4,3	7,8	6,0	4,6	11,4
Investitionsgüter	Index	114,3	116,4	118,2	116,4	122,6	119,2	119,6	117,2	118,1	122,3	117,7	121,1	120,1
	gg. Vp. in %	3,3	1,8	1,5	0,8	5,3	-2,8	0,3	-9,3	0,8	3,6	-3,8	2,9	-0,8
	gg. Vj. in %	3,3	1,8	1,5	0,3	7,0	1,0	3,5	0,4	2,8	-0,2	3,6	3,8	3,1
Inland	Index	107,7	112,1	114,1	110,6	120,0	113,7	115,3	110,7	115,8	114,5	114,8	111,3	119,7
	gg. Vp. in %	2,7	4,1	1,8	-2,0	8,5	-5,3	1,4	-15,1	4,6	-1,1	0,3	-3,0	7,5
	gg. Vj. in %	2,8	4,1	1,6	-1,6	6,8	0,8	2,2	-1,6	2,7	1,1	3,0	-1,3	4,8
Ausland	Index	118,4	119,0	120,7	120,0	124,3	122,6	122,3	121,2	119,5	127,1	119,5	127,1	120,3
	gg. Vp. in %	3,9	0,5	1,4	2,4	3,6	-1,4	-0,2	-5,7	-1,4	6,4	-6,0	6,4	-5,4
	gg. Vj. in %	3,7	0,5	1,5	1,4	7,2	1,1	4,2	1,6	3,0	-0,9	4,0	6,9	2,0
Konsumgüter	Index	107,3	109,7	110,3	109,1	110,9	113,2	116,2	109,4	111,9	118,2	117,5	114,2	116,8
	gg. Vp. in %	3,7	2,2	0,5	-1,1	1,6	2,1	2,7	-1,4	2,3	5,6	-0,6	-2,8	2,3
	gg. Vj. in %	3,6	2,2	0,6	1,2	-0,8	2,1	5,5	-4,7	3,3	7,7	7,1	3,6	5,9
Inland	Index	99,3	101,4	99,1	97,1	99,7	99,3	101,4	98,6	99,3	100,0	99,6	101,0	103,7
	gg. Vp. in %	1,5	2,1	-2,3	-3,8	2,7	-0,4	2,1	-2,6	0,7	0,7	-0,4	1,4	2,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,1	-2,3	-4,6	-1,1	0,6	0,5	-0,6	1,4	1,1	-0,2	-1,9	3,7
Ausland	Index	114,0	116,8	119,9	119,3	120,5	125,0	128,8	118,6	122,6	133,8	132,9	125,4	128,0
	gg. Vp. in %	5,2	2,5	2,7	0,8	1,0	3,7	3,0	-0,5	3,4	9,1	-0,7	-5,6	2,1
	gg. Vj. in %	5,3	2,4	2,7	5,7	-0,5	3,1	9,0	-7,4	4,9	12,4	12,3	7,6	7,2
Industrie ohne Großaufträge²	Index	108,5	109,9	111,1	110,2	114,1	113,7	115,4	111,9	114,3	115,0	114,7	114,6	116,9
	gg. Vp. in %	3,3	1,3	1,1	0,5	3,5	-0,4	1,5	-2,4	2,1	0,6	-0,3	-0,1	2,0
	gg. Vj. in %	3,2	1,4	1,1	1,0	3,9	3,1	5,2	1,3	3,3	4,4	5,2	4,4	5,8

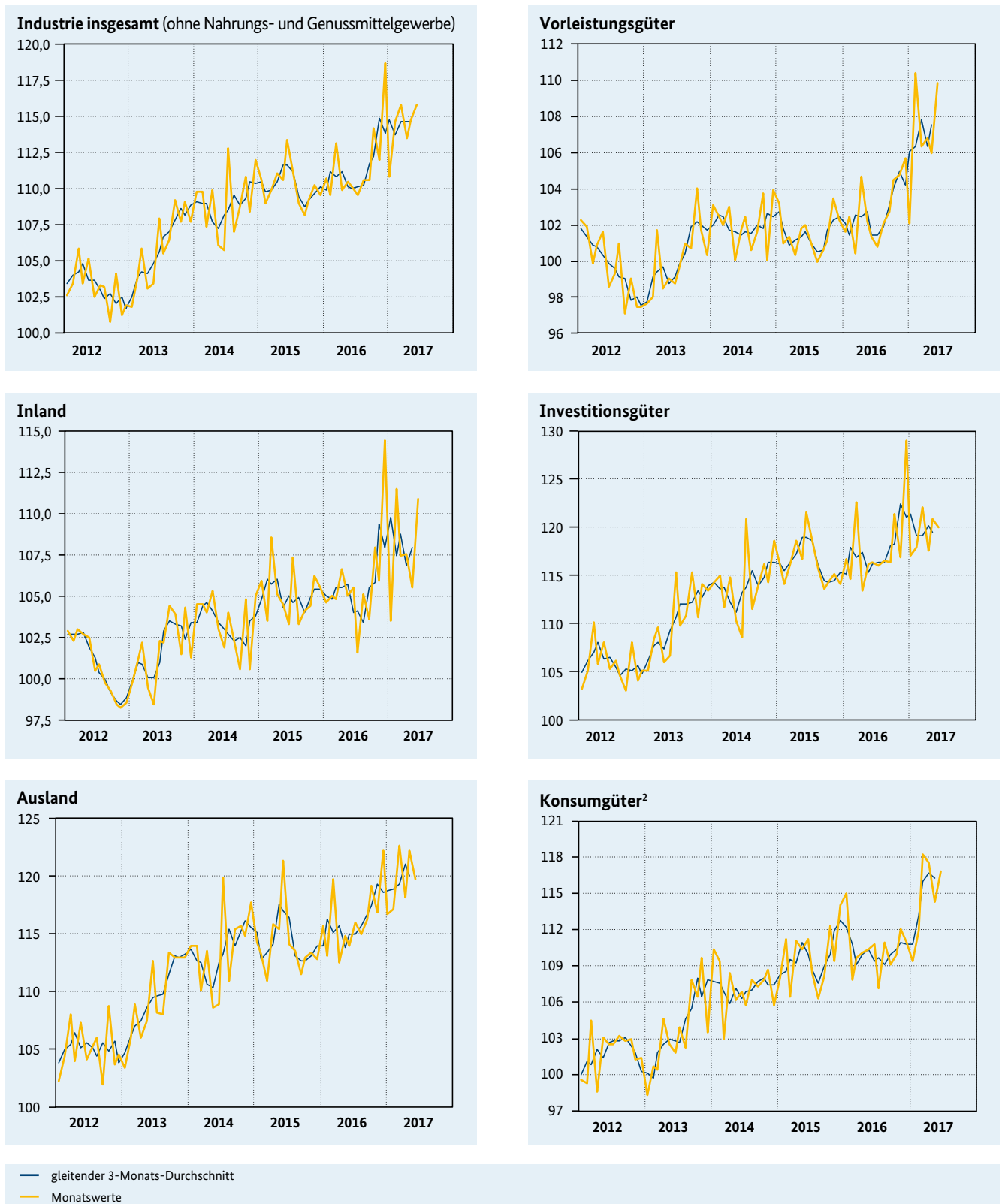
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

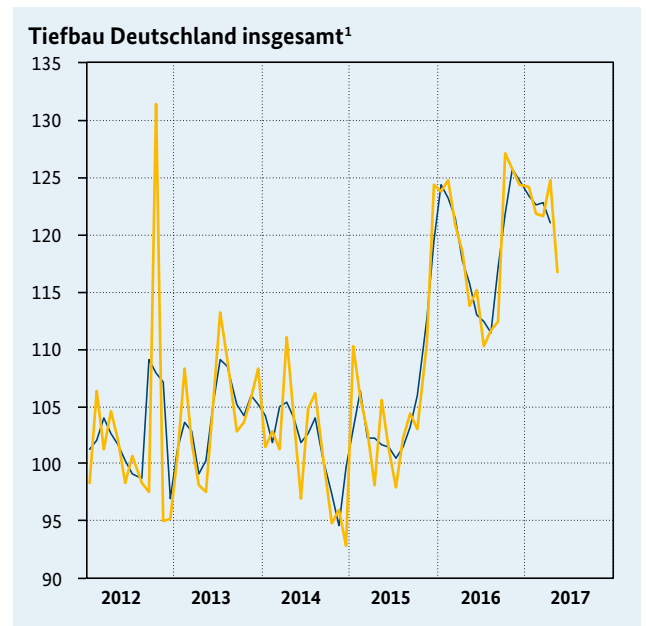
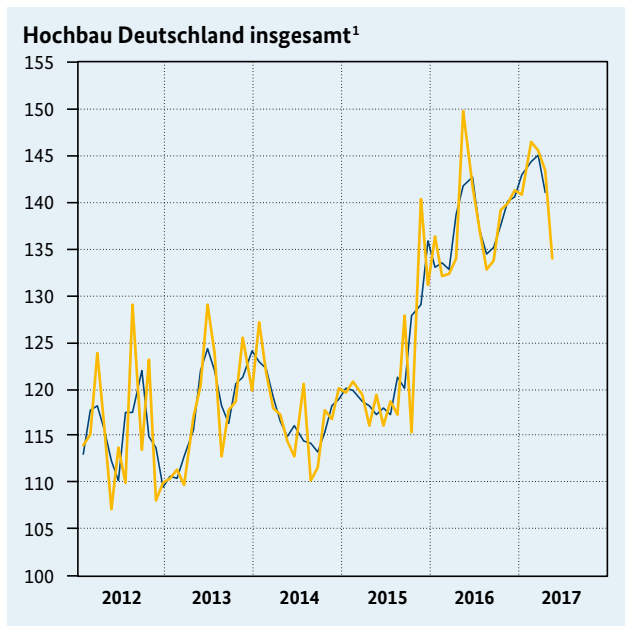
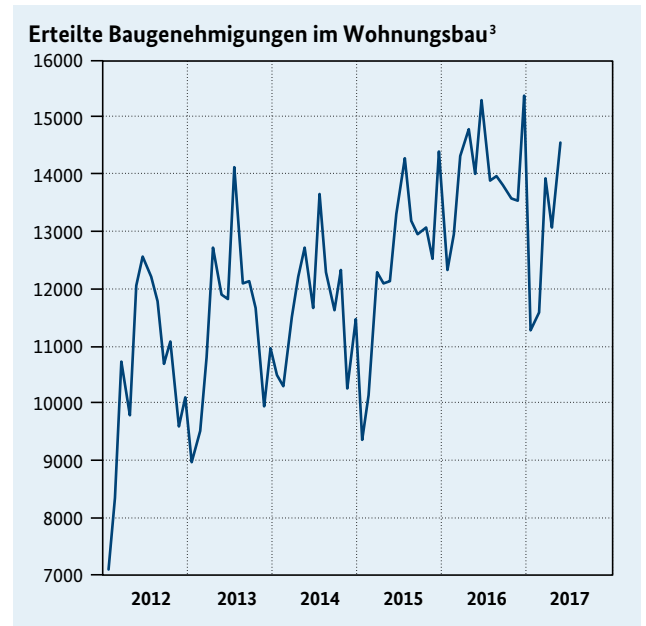
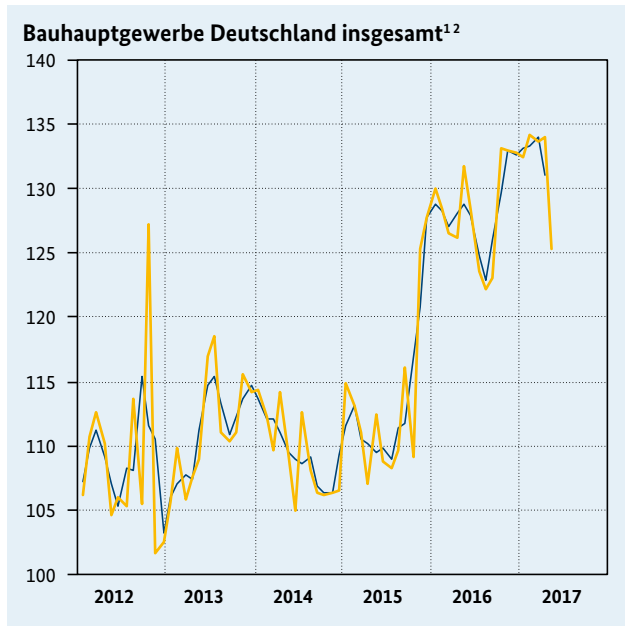
		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Auftragseingang¹														
Bauhauptgewerbe														
	Index	109,2	113,7	128,3	128,9	123,0	133,0	133,5	132,9	132,5	134,3	133,7	134,2	125,4
	gg. Vp. in %	-1,9	4,1	12,8	0,4	-4,6	8,1	0,4	-0,1	-0,3	1,4	-0,4	0,4	-6,6
	gg. Vj. in %	-1,9	3,8	13,1	17,8	10,1	10,2	4,6	4,3	2,8	4,8	5,6	6,3	-4,4
Hochbau														
	Index	117,4	121,9	137,6	141,9	134,6	140,2	144,4	141,4	140,9	146,6	145,7	143,5	134,1
	gg. Vp. in %	-0,5	3,8	12,9	6,2	-5,1	4,2	3,0	0,9	-0,4	4,0	-0,6	-1,5	-6,6
	gg. Vj. in %	-0,8	3,8	13,3	21,2	10,5	9,3	8,7	8,8	4,2	11,3	10,0	6,6	-10,4
Wohnungsbau														
	Index	134,9	149,9	172,2	172,3	170,4	174,6	179,3	164,3	177,9	179,4	180,6	167,7	164,5
	gg. Vp. in %	3,0	11,1	14,9	0,4	-1,1	2,5	2,7	-12,3	8,3	0,8	0,7	-7,1	-1,9
	gg. Vj. in %	2,5	11,4	15,0	20,1	9,0	13,9	4,9	0,6	2,3	8,6	4,1	1,8	-6,4
Hochbau ohne Wohnungsbau														
	Index	108,7	107,9	120,4	126,9	116,8	123,2	127,1	130,1	122,6	130,3	128,4	131,5	119,0
	gg. Vp. in %	-2,6	-0,7	11,6	10,5	-8,0	5,5	3,2	11,5	-5,8	6,3	-1,5	2,4	-9,5
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,8	12,1	21,9	11,8	6,4	11,5	14,5	5,5	13,2	14,8	10,1	-13,0
Tiefbau														
	Index	101,1	105,5	119,1	115,9	111,5	125,8	122,6	124,5	124,2	121,9	121,7	124,9	116,8
	gg. Vp. in %	-3,3	4,4	12,9	-5,9	-3,8	12,8	-2,5	-1,0	-0,2	-1,9	-0,2	2,6	-6,5
	gg. Vj. in %	-3,0	3,7	12,8	14,1	9,5	11,1	0,2	-1,1	1,3	-2,2	1,0	5,9	3,1
Straßenbau														
	Index	98,8	100,9	120,1	113,9	113,4	126,5	130,3	123,9	135,3	128,3	127,2	129,0	116,5
	gg. Vp. in %	-4,4	2,1	19,0	-10,0	-0,4	11,6	3,0	-8,3	9,2	-5,2	-0,9	1,4	-9,7
	gg. Vj. in %	-3,5	1,4	17,5	14,7	10,3	27,2	5,4	9,3	2,9	-2,7	13,0	10,9	5,6
Tiefbau ohne Straßenbau														
	Index	102,5	108,3	118,5	117,0	110,3	125,4	118,0	124,8	117,4	118,1	118,4	122,4	117,0
	gg. Vp. in %	-2,7	5,7	9,4	-3,5	-5,7	13,7	-5,9	3,8	-5,9	0,6	0,3	3,4	-4,4
	gg. Vj. in %	-2,7	5,0	10,1	13,7	9,0	4,3	-2,8	-5,1	0,6	-1,9	-5,4	2,4	1,5
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	112,8	112,7	123,8	129,3	118,5	129,1	129,8	135,0	130,7	130,4	128,3	132,0	117,5
	gg. Vp. in %	-1,2	-0,1	9,8	9,1	-8,4	8,9	0,5	9,5	-3,2	-0,2	-1,6	2,9	-11,0
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,3	10,4	18,3	8,5	7,3	9,4	20,6	9,7	12,8	6,8	6,2	-13,9
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	95,3	100,1	115,3	111,1	108,6	120,4	118,8	118,2	116,1	120,1	120,3	122,9	117,9
	gg. Vp. in %	-5,1	5,0	15,2	-8,4	-2,3	10,9	-1,3	-2,3	-1,8	3,4	0,2	2,2	-4,1
	gg. Vj. in %	-4,7	4,1	15,0	16,0	12,5	11,5	-0,7	-10,3	-5,5	-4,8	5,1	8,7	7,8
Baugenehmigungen (Neubau)²														
Hochbau (veranschlagte Kosten)														
	Mio. €	78378	83667	98125	25466	24933	25625	21462	9262	6513	7077	7872	7794	8453
	gg. Vj. in %	2,5	6,7	17,3	24,4	11,6	12,0	-2,9	11,7	2,8	-6,0	-4,4	-8,5	4,7
Wohngebäude														
	Mio. €	46466	51206	58976	15393	14854	15093	13177	5429	4021	4206	4950	4747	5354
	gg. Vj. in %	6,4	10,2	15,2	21,5	7,4	7,8	-3,4	11,4	-3,9	-6,2	-0,3	-6,5	9,4
Nichtwohngebäude														
	Mio. €	31913	32461	39149	10073	10080	10532	8286	3833	2492	2871	2922	3047	3099
	gg. Vj. in %	-2,7	1,7	20,6	29,1	18,3	18,7	-2,1	12,2	15,8	-5,7	-10,5	-11,4	-2,5
gewerbliche Auftraggeber														
	Mio. €	24145	24355	29235	7558	7368	7988	6194	2810	1924	2077	2193	2222	2359
	gg. Vj. in %	2,2	0,9	20,0	25,0	13,3	18,9	-2,0	10,9	23,3	-12,6	-8,0	-13,9	-3,2
öffentliche Auftraggeber														
	Mio. €	7768	8106	9915	2515	2712	2544	2092	1022	568	795	729	825	740
	gg. Vj. in %	-15,4	4,3	22,3	43,3	34,6	17,9	-2,4	15,9	-4,0	18,6	-17,3	-3,7	-0,4
Wohngebäude (Rauminhalt)³														
	Mio. m ³	141	150	168	44,3	41,8	42,7	36,9	15,4	11,3	11,6	14,0	13,1	14,6
	gg. Vj. in %	2,8	6,7	12,2	17,7	3,0	6,4	-7,0	6,9	-8,3	-10,6	-2,5	-11,7	4,0
	gg. Vp. in %	3,1	5,9	12,4	-6,7	-4,2	8,8	-7,3	-1,4	-8,5	1,5	-0,9	1,0	-0,7
ifo Konjunkturtest⁴														
Kapazitäts- und Geräteauslastung														
	Salden	74,3	74,0	76,2	81,9	81,1	65,4	79,9	60,1	66,5	77,3	80,1	82,3	83,4
witterungsbedingte Baubehinderungen														
	Salden	8,6	13,8	15,0	5,0	6,0	47,3	13,0	62,0	51,0	23,0	13,0	3,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2016		2017		2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,1	9,2	9,6	9,4	14,2	15,1	21,2	15,1	17,2	18,9	21,8	22,9	24,6
Geschäftslage	Salden	13,5	15,5	17,5	17,3	20,8	25,3	33,9	25,7	27,3	31,1	34,4	36,1	38,5
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	3,2	2,1	1,8	7,9	5,3	9,2	5,1	7,6	7,3	9,8	10,4	11,4
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	12,9	11,4	10,1	10,3	15,8	17,3	24,4	17,0	20,6	21,1	26,0	26,2	29,5
Geschäftslage	Salden	18,9	19,0	18,7	18,5	22,5	28,5	38,0	29,6	31,1	34,0	39,9	40,1	45,2
Geschäftserwartungen	Salden	7,1	4,2	1,9	2,4	9,4	6,7	11,6	5,1	10,6	9,0	12,9	13,0	14,7
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	13,5	12,4	11,0	12,0	17,7	18,7	24,8	19,0	20,4	24,9	23,9	25,7	28,7
Geschäftslage	Salden	20,2	18,1	19,2	18,3	24,3	31,2	39,2	33,4	34,3	39,4	37,6	40,6	44,0
Geschäftserwartungen	Salden	7,0	6,9	3,2	5,7	11,3	7,0	11,3	5,6	7,4	11,3	10,9	11,8	14,4
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	15,1	10,6	8,8	8,0	14,8	17,9	25,7	16,5	22,7	17,5	30,2	29,5	33,7
Geschäftslage	Salden	20,4	18,6	18,3	17,8	22,2	28,8	39,8	29,2	31,3	30,7	44,9	43,8	51,4
Geschäftserwartungen	Salden	9,9	2,9	-0,3	-1,2	7,8	7,6	12,5	4,5	14,4	5,1	16,4	16,1	17,3
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,6	9,7	9,6	9,3	12,9	12,2	16,9	12,0	17,0	17,9	17,0	15,7	20,5
Geschäftslage	Salden	14,4	19,4	17,6	17,1	19,2	21,8	27,2	22,7	24,9	28,7	25,8	27,1	31,8
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	0,4	2,0	1,8	6,8	3,1	7,0	1,8	9,4	7,6	8,5	4,8	9,7
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-3,1	-2,9	5,4	6,7	11,2	9,3	12,4	7,8	9,5	11,6	12,9	12,6	14,2
Geschäftslage	Salden	-3,2	-4,3	9,4	11,4	14,5	17,1	23,7	15,7	17,9	22,2	24,7	24,1	24,1
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,4	1,5	2,2	7,9	1,7	1,7	0,1	1,4	1,6	1,8	1,7	4,8
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	22,6	28,6	29,7	30,6	33,8	28,2	26,2	27,9	26,9	26,3	26,2	26,0	29,6
Geschäftslage	Salden	32,4	38,9	40,8	39,6	44,6	42,2	41,0	41,2	44,5	43,8	40,4	38,9	46,0
Geschäftserwartungen	Salden	13,3	18,8	19,2	21,8	23,4	15,1	12,3	15,4	10,7	10,1	12,9	13,9	14,3
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	40,0	57,0	55,2	54,2	60,6	77,0	84,0	76,4	77,3	80,1	83,9	88,0	86,4
Konjunkturerwartungen	Salden	29,6	31,5	6,7	-1,9	11,3	13,3	19,6	10,4	12,8	19,5	20,6	18,6	17,5

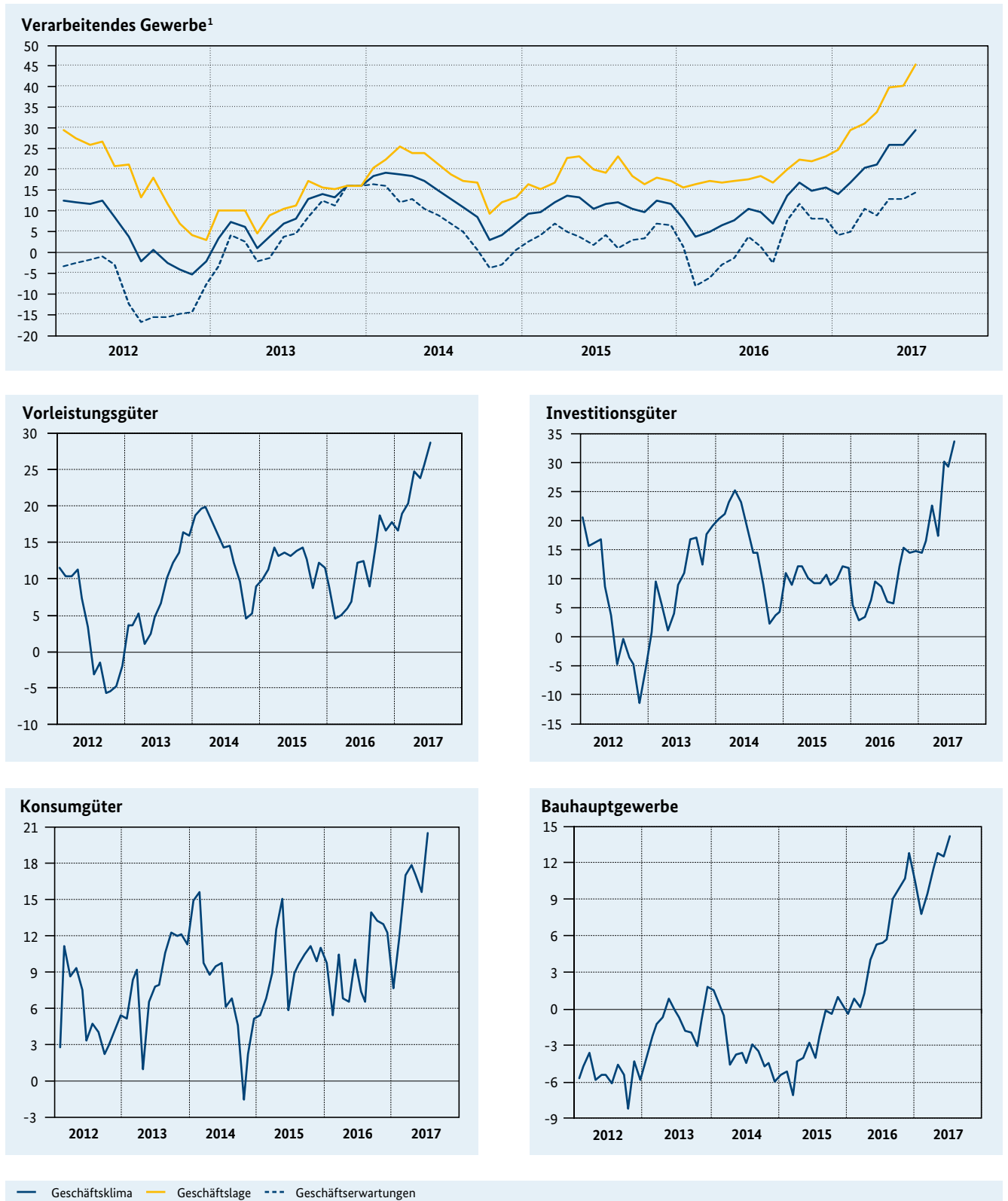
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

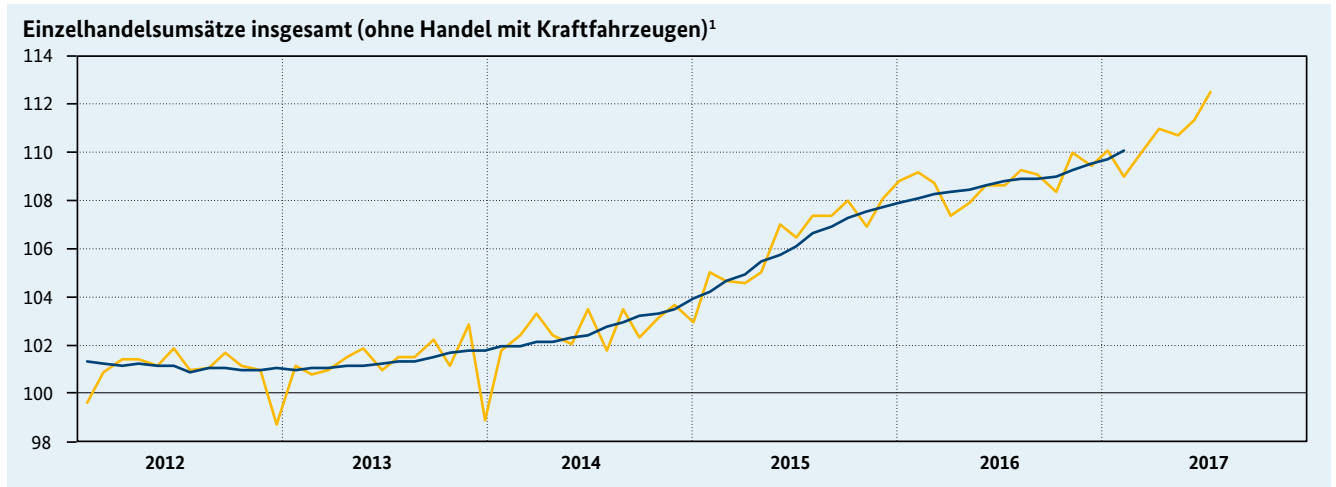
					2014				2015				2016				2017	
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹																		
Private Konsumausgaben ¹	Index	104,4	106,5	108,7	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	108,0	108,3	108,9	109,0	109,4				
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,9	2,0	2,1	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,7	0,4	0,5	0,2	0,3				
	gg. Vj. in %	0,9	2,0	2,1	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	2,1	2,9	1,9	1,6	1,6				
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1710	1763	1814	433	435	440	443	446	447	451	454	459	462				
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	3,1	2,9	1,0	0,5	1,0	0,7	0,7	0,3	0,9	0,7	1,2	0,7				
	gg. Vj. in %	2,3	3,1	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,7	3,5	2,5	2,9	3,7				
Einzelhandelsumsätze¹																		
		2016			2017				2017									
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.				
Einzelhandel	Index	102,7	106,6	108,9	108,9	109,8	110,0	111,5	111,0	110,7	111,3	112,5	-	-				
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	1,4	3,8	2,2	0,5	0,8	0,2	1,4	0,8	-0,3	0,5	1,1	-	-				
	gg. Vj. in %	1,4	3,9	2,1	1,1	1,8	1,6	2,9	3,4	2,6	2,5	3,6	-	-				
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	102,5	104,9	106,3	106,9	106,4	106,1	108,7	106,5	109,1	108,4	108,5	-	-				
	gg. Vp. in %	1,2	2,3	1,3	1,1	-0,5	-0,3	2,5	-0,2	2,4	-0,6	0,1	-	-				
	gg. Vj. in %	1,4	2,3	1,2	1,2	1,3	0,1	2,7	1,8	4,0	2,0	2,2	-	-				
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,8	99,1	98,1	95,7	99,9	97,2	97,4	99,5	94,0	96,1	102,0	-	-				
	gg. Vp. in %	1,0	-0,7	-1,0	-3,8	4,4	-2,7	0,2	1,5	-5,5	2,2	6,1	-	-				
	gg. Vj. in %	0,9	-0,5	-0,9	-3,3	1,9	0,5	-2,3	7,8	-6,8	-3,1	3,2	-	-				
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	121,8	126,7	126,8	125,5	131,8	142,4	143,9	144,2	145,0	141,5	145,1	-	-				
	gg. Vp. in %	3,6	4,0	0,1	0,3	5,0	8,0	1,1	3,1	0,6	-2,4	2,5	-	-				
	gg. Vj. in %	3,9	3,9	0,3	-2,7	3,3	14,7	15,1	15,2	17,4	14,8	12,9	-	-				
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	98,9	100,8	101,4	101,2	101,4	101,4	102,3	103,3	101,8	101,9	103,2	-	-				
	gg. Vp. in %	-0,8	1,9	0,6	0,0	0,2	0,0	0,9	2,4	-1,5	0,1	1,3	-	-				
	gg. Vj. in %	-0,7	1,9	0,6	0,8	0,1	-0,1	0,9	3,1	0,4	0,2	2,2	-	-				
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	104,6	111,4	117,6	118,2	118,9	121,3	-	122,3	118,5	122,2	-	-	-				
	gg. Vp. in %	2,4	6,5	5,6	1,8	0,6	2,0	-	-0,2	-3,1	3,1	-	-	-				
	gg. Vj. in %	2,3	6,7	5,4	5,5	5,0	4,1	-	6,2	1,9	5,8	-	-	-				
Umsätze im Gastgewerbe¹																		
Insgesamt	Index	101,7	102,3	102,6	103,3	101,9	103,5	-	105,2	102,9	103,4	-	-	-				
	gg. Vp. in %	0,9	0,6	0,3	0,4	-1,4	1,6	-	2,4	-2,2	0,5	-	-	-				
	gg. Vj. in %	0,9	0,7	0,5	0,8	-0,9	0,2	-	3,4	-1,9	1,4	-	-	-				
Pkw-Neuzulassungen²																		
Insgesamt	in Tsd.	3037	3206	3352	822	796	845	942	360	291	324	328	283	-				
	gg. Vj. in %	2,9	5,6	4,5	4,2	-0,3	6,7	0,0	11,4	-8,0	12,9	-3,5	1,5	-				
private Neuzulassungen	in Tsd.	1099	1098	1173	295	275	282	336	127	101	117	118	101	-				
	gg. Vj. in %	-1,9	-0,1	6,8	11,0	3,6	9,0	-2,3	13,3	-8,1	8,5	-6,5	1,9	-				
Verbraucherpreise³																		
Insgesamt	Index	106,6	106,9	107,4	107,6	108,2	108,6	108,9	109,0	109,0	108,8	109,0	109,4	-				
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	0,5	0,5	1,1	1,9	1,7	1,6	2,0	1,5	1,6	1,7	-				
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	1,0	0,8	0,8	0,8	1,2	3,3	2,3	2,3	1,8	2,4	2,8	2,7	-				
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,5	1,2	1,2	1,2	1,4	1,6	1,7	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	-				
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-0,9	-5,5	-4,5	-4,2	-1,5	2,7	1,0	2,0	2,4	0,8	-0,1	0,7	-				
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,8	-2,6	-1,3	-1,6	1,5	5,1	2,8	4,7	4,5	2,7	1,4	1,8	-				
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum																		
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	2,9	7,0	8,1	7,1	9,1	5,8	13,6	6,6	13,5	11,4	16,0	11,0	-				
Geschäftslage	Salden	8,9	15,7	17,9	18,0	20,1	15,6	24,1	17,1	22,5	20,9	28,9	24,7	-				
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,2	-1,2	-3,3	-1,4	-3,6	3,7	-3,4	4,9	2,3	3,9	-1,9	-				
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	8,5	9,7	9,8	10,1	9,8	10,0	10,1	10,0	9,8	10,2	10,4	10,6	10,8				
Anschaffungsneigung	Punkte	48,7	54,7	52,8	55,6	52,0	52,1	55,9	53,5	54,8	56,1	56,7	56,5	-				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

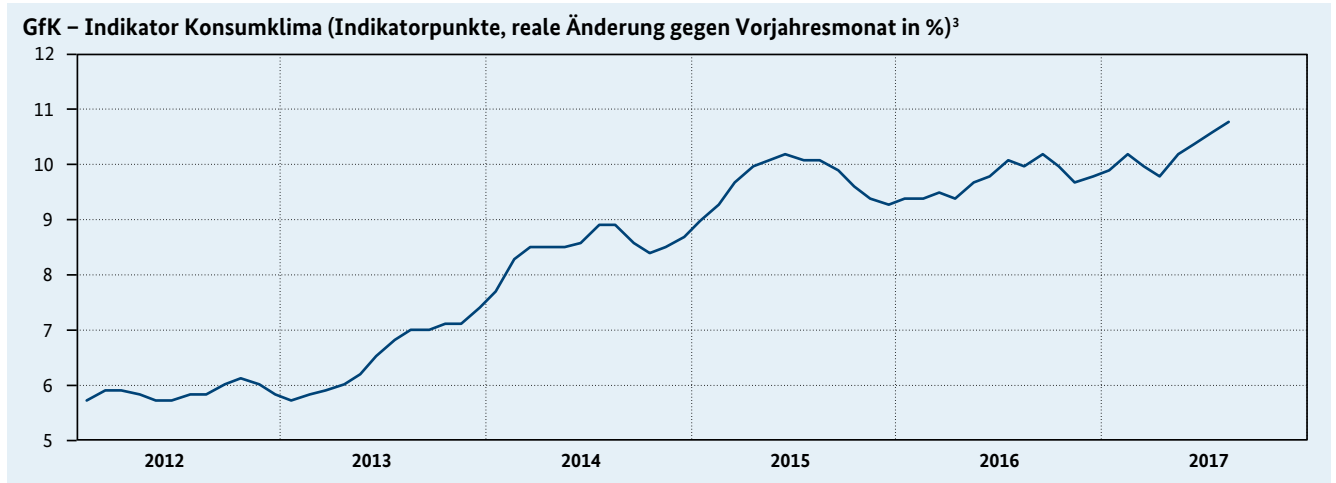
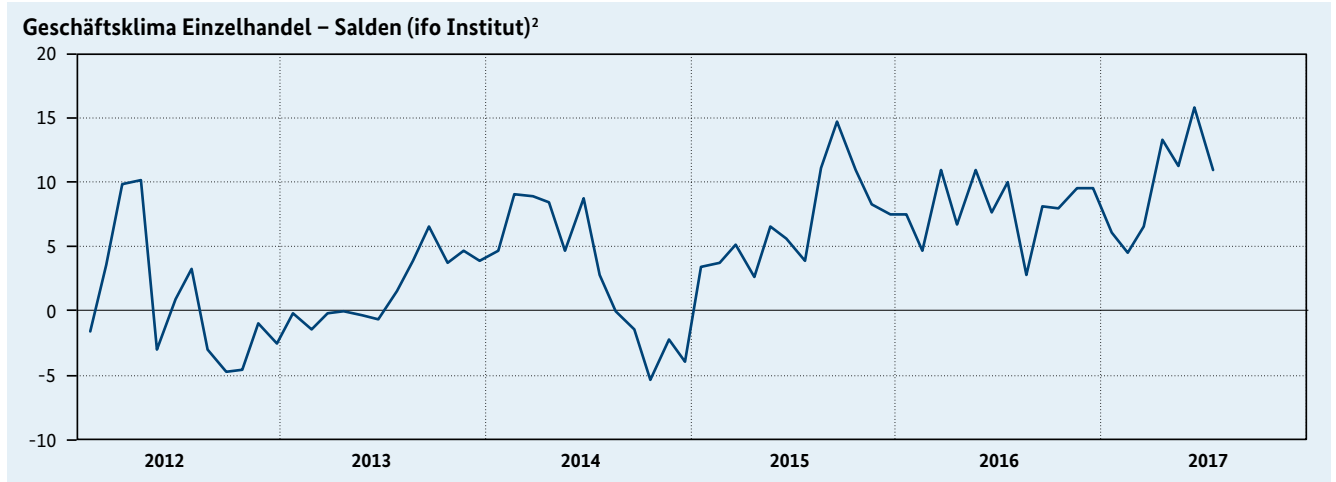
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	221	261	261	62	62	64	58	19,6	22,3	22,6	16,0	19,6	22,3
	gg. Vp. in %	15,4	18,1	-0,1	-10,7	0,3	3,9	-10,1	2,9	14,2	1,1	-28,9	22,1	14,0
Warenhandel	in Mrd. €	230	259	268	67	63	67	65	20,8	24,1	21,9	21,2	21,1	22,7
	gg. Vp. in %	7,2	12,6	3,6	-7,1	-6,1	6,4	-2,7	13,1	15,9	-9,3	-3,1	-0,6	7,8
Ausfuhr	in Mrd. €	1120	1176	1190	297	302	313	315	103,6	104,7	104,7	104,6	106,9	103,6
	gg. Vp. in %	3,2	5,0	1,1	-0,3	1,8	3,6	0,7	4,4	1,1	0,0	-0,1	2,2	-3,1
Einfuhr	in Mrd. €	889	917	921	230	239	246	250	82,8	80,6	82,8	83,4	85,9	80,9
	gg. Vp. in %	2,2	3,1	0,5	1,8	4,1	2,9	1,6	2,5	-2,7	2,7	0,7	3,0	-5,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-25	-19	-20	-5	-4	-5	-5	-1,6	-1,4	-2,1	-2,3	-2,1	-0,9
	gg. Vp. in %	-38,1	-26,2	7,6	-4,4	-19,6	16,1	5,0	18,2	-16,0	52,2	11,1	-7,8	-58,5
Einnahmen	in Mrd. €	224	245	254	63	64	65	66	21,3	21,8	21,6	21,6	21,7	22,8
	gg. Vp. in %	9,1	9,2	3,5	0,9	1,3	0,5	2,1	2,0	2,5	-1,1	0,0	0,4	5,0
Ausgaben	in Mrd. €	250	264	274	69	69	70	71	22,9	23,2	23,6	23,9	23,8	23,6
	gg. Vp. in %	1,3	5,6	3,8	0,4	-0,3	1,5	2,3	3,0	1,2	2,1	1,0	-0,4	-0,6
Primäreinkommen	in Mrd. €	56	60	52	12	14	13	16	6,2	1,8	5,3	6,0	4,3	5,3
	gg. Vp. in %	-5,8	5,3	-11,8	7,8	11,6	-4,0	16,9	27,5	-70,4	188,0	13,6	-27,9	21,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-39	-40	-12	-10	-11	-17	-5,8	-2,2	-2,5	-8,9	-3,7	-4,7
	gg. Vp. in %	-4,2	-3,3	2,4	40,3	-14,5	3,4	63,6	102,4	-61,4	12,5	251,6	-58,4	28,5

Außenhandel nach Ländern²

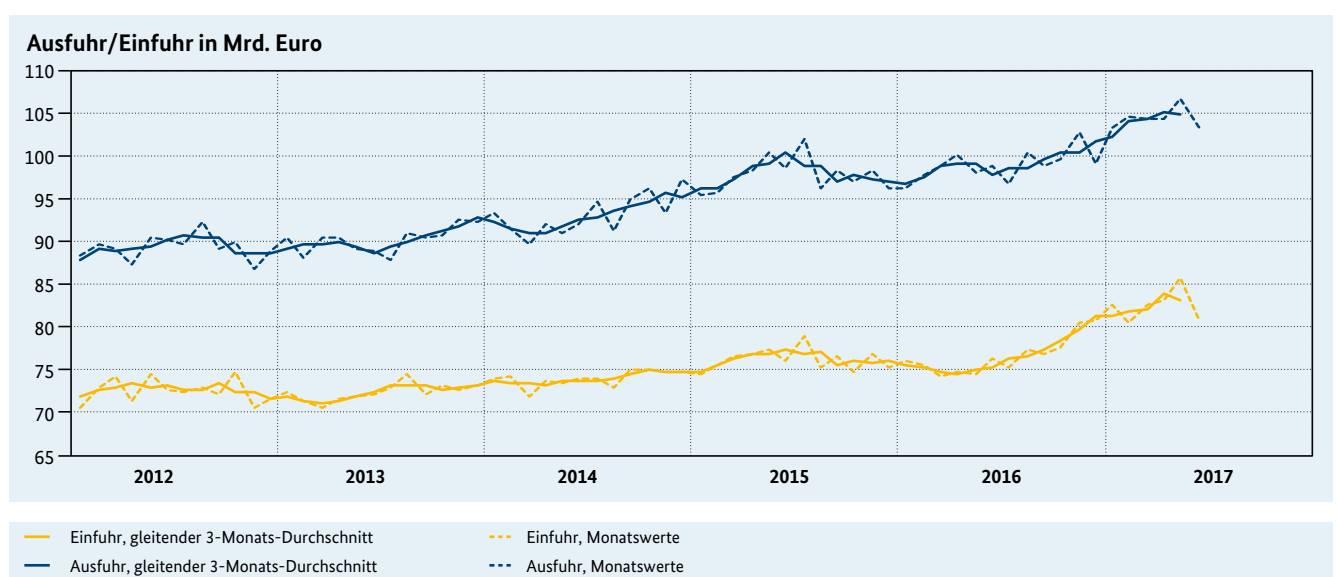
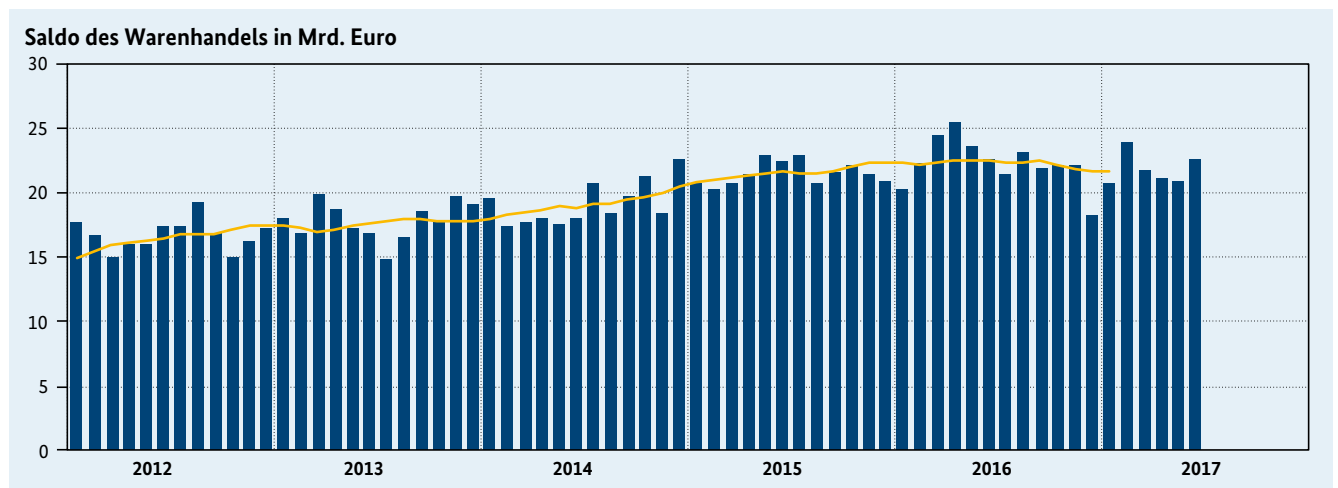
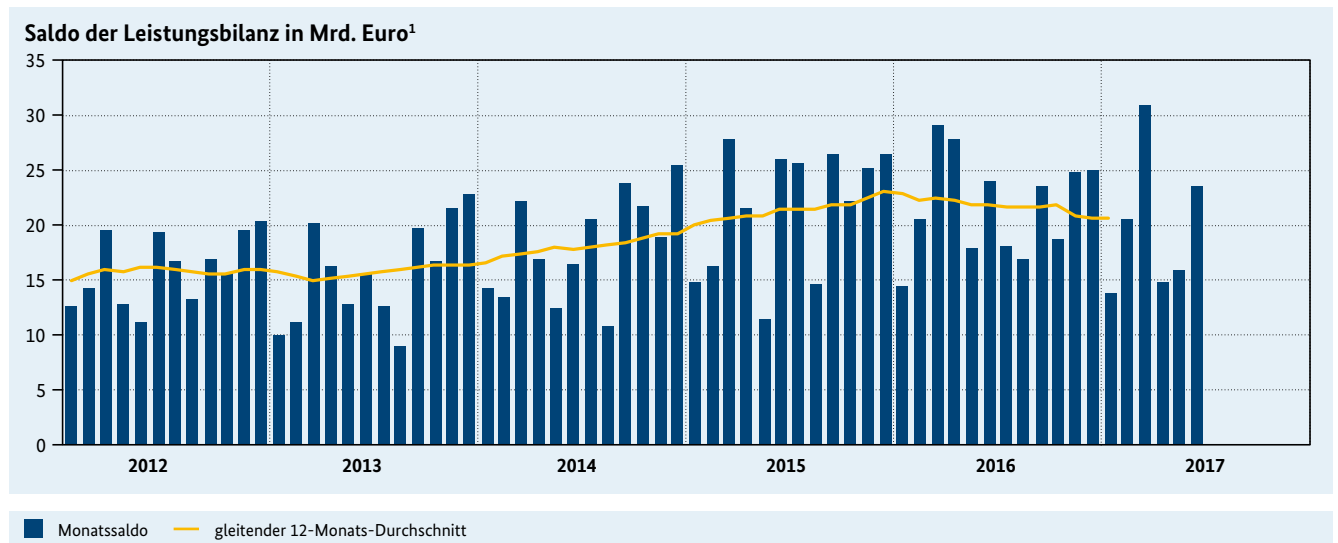
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1124	1194	1207	298	307	319	319	98,8	102,4	118,3	101,0	110,7	107,2
	gg. Vj. in %	3,3	6,2	1,1	-0,6	2,2	8,5	3,7	11,6	3,2	10,9	-2,9	14,1	0,7
EU-Länder	in Mrd. €	649	693	708	173	177	188	189	58,7	61,3	68,0	60,9	64,2	63,9
	gg. Vj. in %	4,8	6,8	2,2	1,0	1,4	6,5	4,4	7,9	3,0	8,7	-0,5	11,9	2,4
Eurozone ¹	in Mrd. €	411	434	442	107	112	118	119	37,0	38,2	42,4	38,3	40,8	39,8
	gg. Vj. in %	2,0	5,6	1,8	1,1	2,3	7,0	5,2	8,2	3,6	9,3	0,0	13,4	2,7
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	238	259	266	66	66	70	70	21,7	23,1	25,6	22,5	23,5	24,1
	gg. Vj. in %	10,1	8,9	2,8	0,9	-0,1	5,7	3,1	7,3	2,1	7,7	-1,3	9,2	1,8
Drittländer	in Mrd. €	475	501	499	125	130	132	130	40,0	41,1	50,4	40,2	46,4	43,3
	gg. Vj. in %	1,2	5,4	-0,4	-2,7	3,3	11,5	2,8	17,6	3,4	14,1	-6,2	17,5	-1,7
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	910	949	955	235	247	259	256	84,0	82,4	93,0	82,9	88,7	84,9
	gg. Vj. in %	2,2	4,3	0,6	-1,2	3,1	10,1	8,3	11,7	3,7	14,9	5,4	16,3	3,6
EU-Länder	in Mrd. €	595	622	633	155	163	170	169	53,8	54,7	61,2	55,0	57,8	56,1
	gg. Vj. in %	3,4	4,5	1,8	-0,3	3,2	9,0	6,1	10,9	2,5	13,7	3,8	13,2	1,6
Eurozone	in Mrd. €	411	426	429	105	110	115	114	36,3	37,0	41,4	37,1	39,1	38,0
	gg. Vj. in %	2,3	3,7	0,7	-1,3	2,3	8,0	5,3	8,9	2,4	12,8	4,0	12,6	-0,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	184	196	204	50	53	55	55	17,5	17,7	19,8	17,9	18,7	18,2
	gg. Vj. in %	6,0	6,2	4,2	2,1	5,3	11,1	7,8	15,3	2,8	15,7	3,6	14,6	5,5
Drittländer	in Mrd. €	315	328	322	80	84	90	88	30,3	27,7	31,8	27,9	30,8	28,8
	gg. Vj. in %	0,0	3,9	-1,6	-2,9	2,7	12,3	12,7	12,9	6,2	17,4	8,6	22,4	7,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungenbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

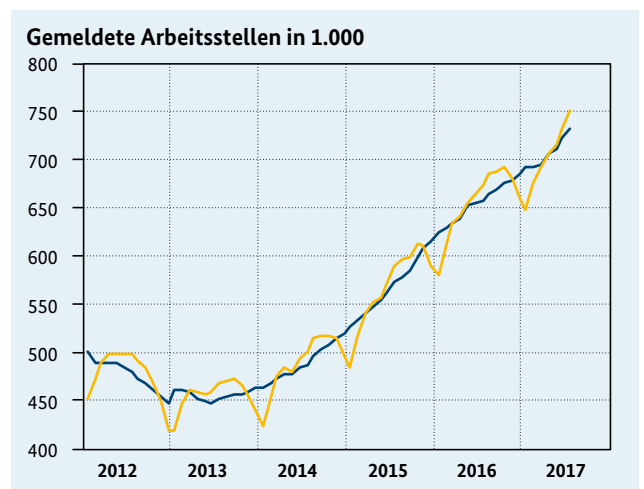
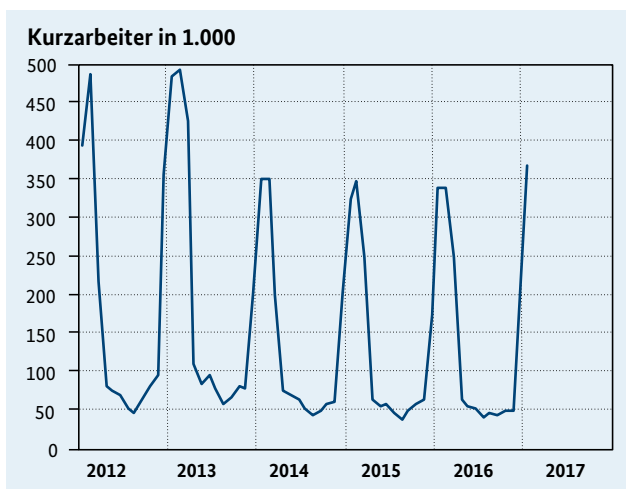
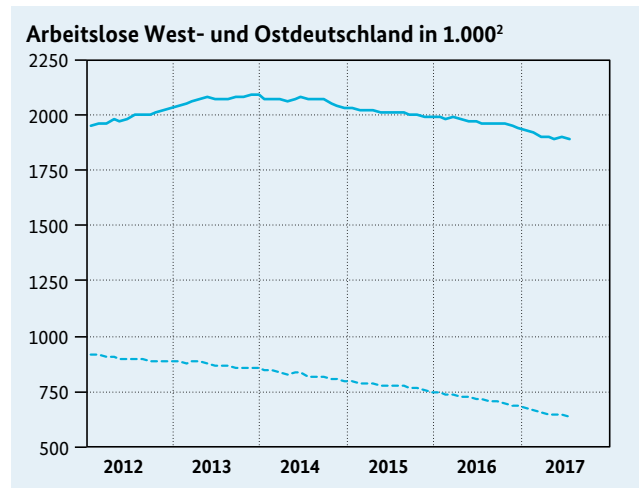
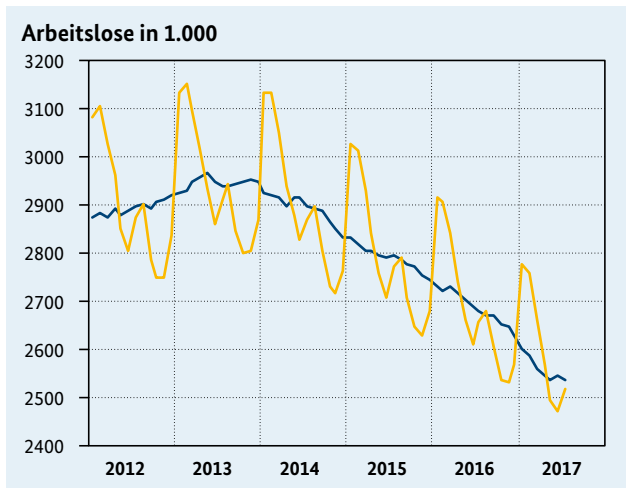
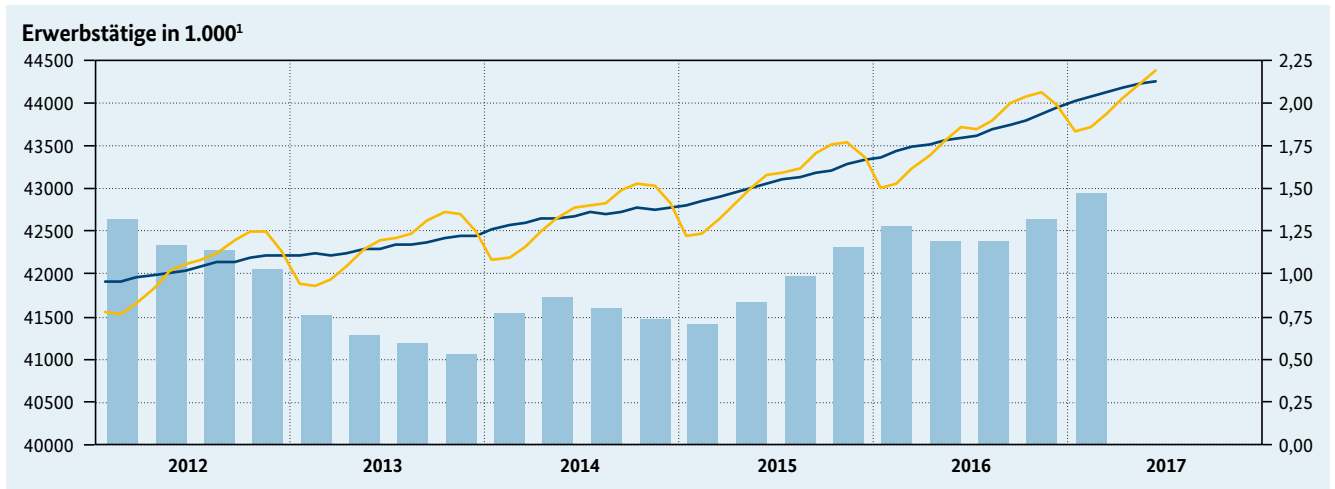
		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42672	43069	43638	43832	44066	43746	44221	43707	43868	44047	44239	44377	-
	gg. Vj. in Tsd.	+353	+398	+569	+546	+591	+650	+664	+648	+644	+659	+662	+670	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30218	30853	31514	31642	31988	31803	-	31777	31924	32021	32139	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+490	+635	+662	+622	+691	+731	-	+722	+729	+723	+744	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2090	1950	1774	1732	1630	1761	1636	1861	1689	1776	1568	1564	-
	gg. Vj. in Tsd.	-92	-140	-176	-114	-268	-179	-157	-146	-254	-17	-219	-236	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,1	4,0	3,8	4,1	3,8	4,3	4,0	4,2	3,7	3,6	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2898	2795	2691	2651	2547	2734	2513	2762	2662	2569	2498	2473	2518
	gg. Vj. in Tsd.	-52	-104	-104	-108	-108	-158	-161	-149	-183	-175	-166	-142	-143
SGB II	in Tsd.	1965	1936	1869	1843	1781	1747	1690	1748	1727	1707	1688	1677	1675
	gg. Vj. in Tsd.	-16	-29	-67	-89	-99	-213	-202	-216	-229	-220	-203	-184	-180
SGB III	in Tsd.	933	859	822	808	766	987	822	1014	935	861	810	796	842
	gg. Vj. in Tsd.	-36	-75	-37	-19	-9	+54	+41	+67	+47	+45	+36	+42	+37
Westdeutschland	in Tsd.	2075	2021	1979	1970	1888	2020	1882	2039	1974	1917	1871	1857	1897
	gg. Vj. in Tsd.	-6	-54	-42	-43	-42	-74	-81	-68	-91	-88	-84	-71	-74
Ostdeutschland	in Tsd.	824	774	712	681	659	713	631	723	688	652	627	616	621
	gg. Vj. in Tsd.	-46	-50	-62	-65	-66	-84	-80	-81	-92	-88	-83	-71	-70
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,0	5,8	6,2	5,6	6,3	6,0	5,8	5,6	5,5	5,6
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,6	5,5	5,3	5,6	5,2	5,7	5,5	5,4	5,2	5,1	5,2
Ostdeutschland	in %	9,8	9,2	8,5	8,1	7,8	8,5	7,5	8,6	8,2	7,7	7,4	7,3	7,4
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	637	626	642	653	645	683	592	711	627	637	609	531	650
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	647	633	651	655	658	652	656	727	727	730	680	556	605
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	49	44	42	35	36	43	-	42	44	30	26	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-27	-5	-2	+1	-10	-7	-	-8	-9	-24	-19	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3803	3631	3577	3550	3515	3711	3532	3746	3673	3589	3521	3485	3508
	gg. Vj. in Tsd.	-99	-171	-54	-6	+30	+23	-24	+34	+3	-6	-29	-37	-53
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	490	569	655	682	677	671	717	675	692	706	714	731	750
	gg. Vj. in Tsd.	+33	+78	+87	+87	+72	+61	+64	+61	+57	+66	+60	+66	+76
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+353	+397	+568	+128	+183	+213	+138	+52	+48	+42	+47	+46	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+490	+634	+661	+149	+251	+202	-	+55	+46	+38	+75	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-79	-160	-153	-42	-70	-26	-26	-3	-3	-8	-13	-19	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,2	4,1	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-53	-103	-104	-28	-32	-60	-41	-15	-28	-14	-8	+6	-9
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-16	-28	-69	-33	-28	-108	-34	-19	-19	-13	-3	0	-4
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-37	-75	-35	+5	-4	+49	-7	+4	-9	-1	-5	+6	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-6	-54	-42	-11	-13	-34	-22	-8	-16	-7	-5	+5	-5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-46	-49	-62	-18	-19	-25	-19	-7	-12	-7	-3	+1	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,1	6,0	5,9	5,7	5,9	5,8	5,8	5,7	5,7	5,7
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,5	5,5	5,5	5,4	5,3	5,4	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3
Ostdeutschland	in %	9,7	9,2	8,4	8,3	8,1	7,8	7,6	7,8	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-100	-171	-52	+27	+3	-37	-7	-6	-13	+7	-9	+7	-21
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+33	+78	+87	+15	+16	+14	+19	0	+3	+10	+6	+9	+11
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,8	108,4	109,2	109,0	111,1	110,3	111,1	110,7	109,4	111,4	110,8	111,0	112,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	102,7	103,1	103,3	103,5	103,8	104,2	104,3	104,2	104,3	104,4	104,4	104,1	103,9
BA-X Stellenindex	Index	168,7	192,2	216,5	218,3	223,7	227,3	232,7	227,0	228,0	231,0	232,0	235,0	238,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

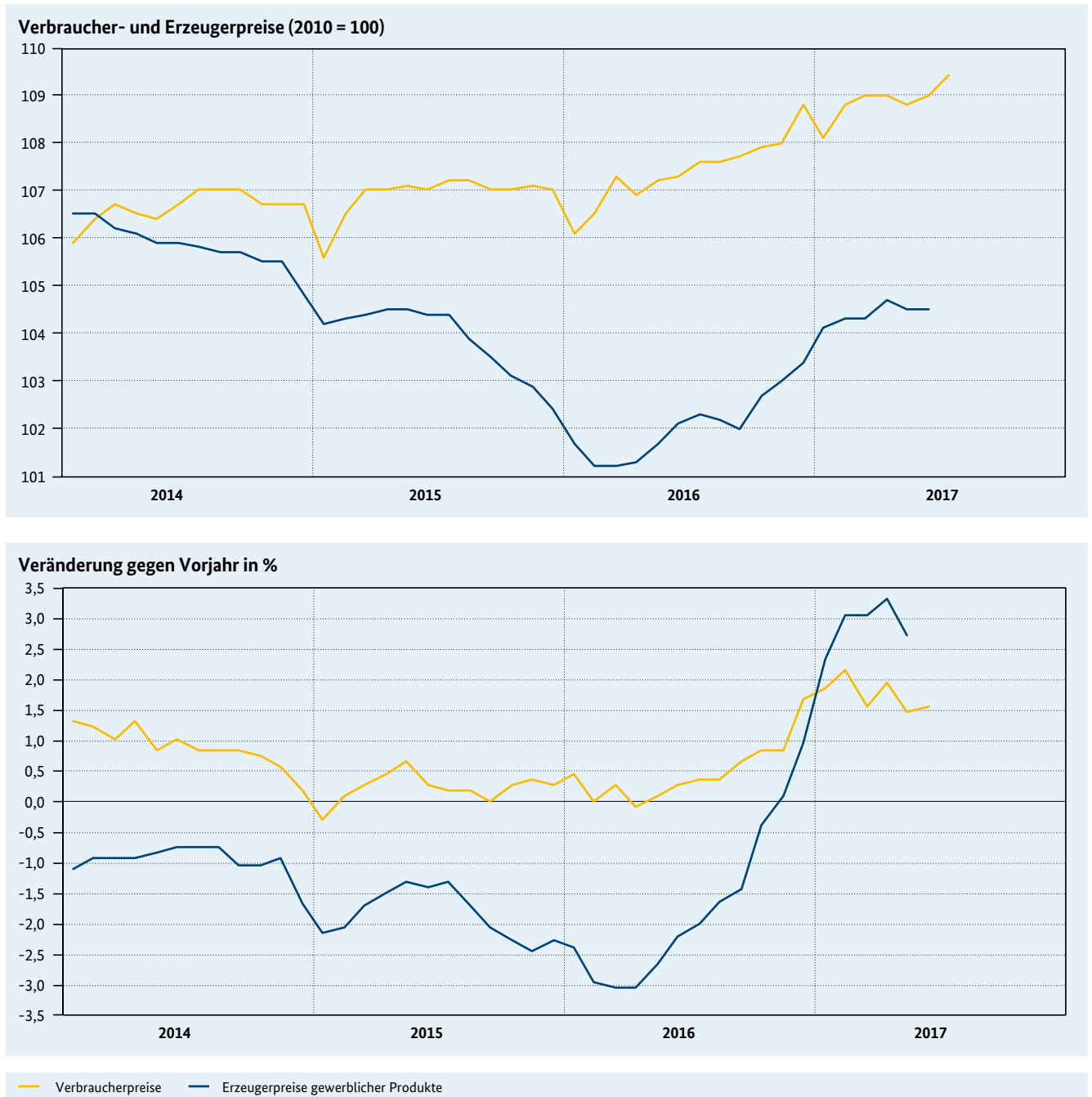
Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,6	106,9	107,4	107,6	108,2	108,6	108,9	108,8	109,0	109,0	108,8	109,0	109,4
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,5	+1,1	+1,9	+1,7	+2,2	+1,6	+2,0	+1,5	+1,6	+1,7
Waren	Index	107,9	107,0	106,6	106,4	107,7	108,5	108,7	108,6	108,8	109,1	108,8	108,3	108,0
	gg. Vj. in %	+0,2	-0,8	-0,4	-0,5	+0,8	+2,8	+1,8	+3,2	+2,5	+2,2	+1,8	+1,5	+1,7
Verbrauchsgüter	Index	111,7	110,0	108,8	108,8	109,9	111,5	111,2	112,1	111,2	111,6	111,2	110,9	111,0
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,5	-1,1	-1,1	+0,8	+3,5	+2,1	+4,3	+3,0	+2,9	+2,0	+1,5	+1,8
darunter:	Index	111,5	112,4	113,3	112,7	114,0	116,8	115,9	118,2	116,3	115,9	115,9	115,8	116,1
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,8	+0,8	+1,2	+3,3	+2,4	+4,4	+2,3	+1,8	+2,4	+2,8	+2,7
darunter:	Index	119,5	112,8	107,8	107,5	108,7	109,8	109,2	110,0	109,5	109,9	109,1	108,5	108,6
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-0,9	-5,6	-4,4	-4,2	-1,5	+2,7	+1,1	+3,3	+2,0	+2,4	+0,8	-0,1	+0,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,8	105,5	106,3	105,2	108,3	106,2	108,5	105,0	109,0	109,3	109,0	107,1	105,4
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,7	+0,8	+0,4	+1,1	+1,3	+1,6	+1,1	+2,1	+1,2	+1,8	+1,6	+1,5
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	96,9	97,3	98,4	98,4	98,7	99,0	99,4	99,1	99,2	99,3	99,4	99,4	99,5
	gg. Vj. in %	-0,5	+0,4	+1,1	+1,1	+0,9	+0,8	+1,0	+0,9	+0,9	+0,9	+1,0	+1,0	+1,2
Dienstleistungen	Index	105,5	106,8	108,2	108,8	108,7	108,8	109,1	109,0	109,1	108,8	108,9	109,7	110,7
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,2	+1,3	+1,4	+1,3	+1,1	+1,5	+1,3	+0,7	+1,7	+1,2	+1,7	+1,7
darunter:	Index	105,4	106,7	108,0	108,1	108,6	109,1	109,6	109,1	109,2	109,4	109,6	109,7	109,8
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,5	+1,2	+1,2	+1,2	+1,4	+1,6	+1,8	+1,6	+1,6	+1,7	+1,8	+1,8	+1,8
Insgesamt ohne Energie	Index	105,6	106,8	108,1	108,3	108,8	109,1	109,5	109,2	109,5	109,4	109,4	109,7	110,1
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,1	+1,2	+1,2	+1,3	+1,5	+1,6	+1,7	+1,2	+1,7	+1,4	+1,8	+1,7
Energie	Index	115,5	107,4	101,6	101,7	103,4	105,3	104,3	105,7	104,7	105,6	104,1	103,3	103,0
	gg. Vj. in %	-2,1	-7,0	-5,4	-5,6	-0,6	+6,1	+2,3	+7,2	+5,1	+5,1	+2,0	0,0	+0,9
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	106,6	106,9	107,4	107,6	108,2	108,8	109,0	108,9	108,7	108,9	109,0	109,0	109,3
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,6	+1,1	+2,1	+1,6	+2,3	+1,8	+1,7	+1,6	+1,4	+1,7
HVPI⁴	Index	99,9	100,0	100,4	100,6	101,1	101,5	101,7	101,7	101,8	101,8	101,6	101,8	102,2
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,1	+0,4	+0,4	+1,0	+1,9	+1,6	+2,2	+1,5	+2,0	+1,4	+1,5	+1,5
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	105,8	103,9	102,1	102,2	103,0	104,2	104,6	104,3	104,3	104,7	104,5	104,5	-
	gg. Vj. in %	-1,0	-1,8	-1,7	-1,6	+0,2	+2,8	+2,9	+3,1	+3,1	+3,4	+2,8	+2,4	-
Vorleistungsgüter	Index	103,5	102,3	100,8	101,0	101,4	103,4	104,3	103,4	104,0	104,4	104,3	104,1	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,2	-1,5	-1,6	+0,2	+3,2	+3,8	+3,3	+3,9	+4,3	+3,7	+3,2	-
Investitionsgüter	Index	103,5	104,2	104,8	104,9	105,0	105,5	105,8	105,5	105,6	105,7	105,8	105,8	-
	gg. Vj. in %	+0,5	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,9	+1,1	+0,9	+1,0	+1,0	+1,1	+1,0	-
Konsumgüter	Index	109,0	108,1	108,8	108,9	109,8	110,7	111,7	110,6	110,8	111,3	111,6	112,1	-
	gg. Vj. in %	+0,6	-0,8	+0,6	+0,6	+1,5	+2,3	+3,3	+2,2	+2,5	+3,1	+3,2	+3,6	-
Gebrauchsgüter	Index	105,7	107,1	108,4	108,6	108,6	109,3	109,6	109,3	109,5	109,5	109,6	109,6	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,0	-
Verbrauchsgüter	Index	109,5	108,3	108,8	109,0	110,0	110,9	111,9	110,8	111,0	111,5	111,9	112,4	-
	gg. Vj. in %	+0,5	-1,1	+0,5	+0,6	+1,6	+2,4	+3,5	+2,3	+2,7	+3,2	+3,5	+3,9	-
Energie	Index	108,5	102,6	96,6	96,6	98,5	99,7	99,0	99,8	99,2	99,6	98,7	98,7	-
	gg. Vj. in %	-3,1	-5,4	-5,8	-5,6	-1,2	+4,6	+3,0	+5,4	+4,5	+4,6	+2,9	+1,6	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	109,4	111,1	113,4	113,7	114,1	115,4	116,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,6	+2,1	+2,1	+2,2	+2,6	+2,8	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	110,3	111,4	112,4	112,7	113,1	114,6	116,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,0	+0,9	+1,2	+1,3	+2,6	+3,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	172,4	100,1	87,4	90,7	100,9	106,7	98,7	109,2	102,3	103,5	99,4	93,3	96,6
	gg. Vj. in %	-7,1	-41,9	-12,7	-6,7	+18,9	+52,4	+12,3	+62,3	+34,8	+27,5	+12,2	-0,7	+7,2
Nahrungs- und Genussmittel	Index	121,6	100,0	102,1	105,0	104,4	104,7	97,9	105,9	101,9	98,4	98,5	96,7	100,2
	gg. Vj. in %	-1,5	-17,7	+2,1	+6,8	+8,5	+11,9	-7,0	+14,7	+6,1	-0,9	-6,5	-13,0	-6,1
Industrie-Rohstoffe	Index	135,2	100,1	97,3	97,5	108,8	123,1	110,4	125,8	124,1	115,3	109,6	106,3	113,3
	gg. Vj. in %	-13,4	-26,0	-2,8	+1,0	+23,9	+40,4	+16,0	+45,1	+32,4	+18,0	+15,6	+14,3	+16,6
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	179,2	100,1	85,5	89,2	99,8	105,3	97,7	107,8	100,3	102,7	98,5	91,9	94,8
	gg. Vj. in %	-6,8	-44,1	-14,6	-8,3	+19,2	+57,6	+13,5	+69,0	+37,6	+31,0	+13,3	-1,2	+7,2
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	103,6	100,9	97,8	97,8	99,8	102,5	101,3	102,9	102,4	102,3	101,3	100,2	-
	gg. Vj. in %	-2,2	-2,6	-3,1	-2,8	+1,0	+6,5	+4,2	+7,4	+6,1	+6,1	+4,1	+2,5	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,9	112,7	112,4	112,4	114,9	117,6	115,2	118,5	116,6	116,3	115,0	114,2	-
	gg. Vj. in %	-0,6	+0,7	-0,3	+0,7	+2,8	+6,1	+3,5	+7,0	+5,0	+5,2	+3,1	+2,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	102,8	99,7	96,3	96,3	98,3	101,0	99,8	101,3	101,0	100,9	99,9	98,7	-
	gg. Vj. in %	-2,4	-3,0	-3,4	-3,2	+0,9	+6,5	+4,3	+7,4	+6,2	+6,2	+4,3	+2,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	109,0	88,3	77,1	77,7	84,5	92,2	87,6	93,5	91,5	90,8	87,8	84,1	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-19,0	-12,7	-10,1	+6,1	+30,9	+15,7	+36,3	+26,4	+24,2	+15,4	+8,0	-
Fertigwaren	Index	100,9	103,3	102,2	102,1	102,6	103,7	103,7	103,8	103,9	104,1	103,7	103,3	-
	gg. Vj. in %	-0,4	+2,4	-1,1	-1,4	-0,4	+1,3	+1,7	+1,6	+1,8	+2,3	+1,7	+1,2	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,0	104,9	104,0	104,0	104,8	105,9	106,0	106,0	106,0	106,2	106,0	105,8	-
	gg. Vj. in %	-0,3	+0,9	-0,9	-0,9	+0,4	+2,2	+2,2	+2,5	+2,3	+2,6	+2,2	+1,8	-
Terms of Trade	Verhältnis	100,4	103,9	106,4	106,3	105,0	103,3	104,7	103,0	103,5	103,8	104,6	105,6	-
	gg. Vj. in %	+1,9	+3,5	+2,4	+1,9	-0,6	-4,1	-1,9	-4,5	-3,6	-3,4	-1,9	-0,6	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,11	1,11	1,12	1,08	1,06	1,10	1,06	1,07	1,07	1,11	1,12	1,15
	gg. Vj. in %	+0,1	-16,5	-0,3	+0,4	-1,5	-3,4	-2,6	-4,1	-3,7	-5,4	-2,2	0,0	+4,0
in Yen	Kurs	140,4	134,3	120,3	114,3	117,9	121,0	122,3	120,2	120,7	118,3	124,1	124,6	129,5
	gg. Vj. in %	+8,3	-4,3	-10,4	-15,9	-11,3	-4,7	+0,3	-5,6	-3,8	-4,8	+0,7	+5,2	+12,3
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,73	0,82	0,85	0,87	0,86	0,86	0,85	0,87	0,85	0,86	0,88	0,89
	gg. Vj. in %	-5,0	-10,0	+12,8	+18,4	+20,4	+11,6	+9,3	+9,9	+10,9	+7,1	+10,0	+11,0	+5,4
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,4	91,7	94,4	94,8	94,5	93,8	95,2	93,4	94,0	93,7	95,6	96,3	97,6
	gg. Vj. in %	+0,4	-9,5	+2,8	+3,0	+2,9	+0,2	+0,8	-0,8	+0,4	-0,7	+1,0	+2,0	+3,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	97,2	87,6	89,5	90,0	89,6	89,0	90,2	88,8	89,2	89,0	90,5	91,2	92,4
	gg. Vj. in %	-0,5	-9,9	+2,2	+2,5	+2,3	+0,3	+0,6	-0,5	+0,4	-0,6	+0,7	+1,7	+2,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	94,1	94,7	95,0	94,9	94,5	95,2	94,4	94,6	94,4	95,4	95,9	96,5
	gg. Vj. in %	+0,1	-4,1	+0,6	+0,9	+1,1	+0,2	+0,6	0,0	+0,1	-0,4	+0,7	+1,5	+1,8
56 Länder	Index	90,7	85,8	87,0	87,1	86,8	86,2	86,9	86,1	86,1	85,9	87,1	87,6	88,5
	gg. Vj. in %	+0,7	-5,4	+1,4	+1,0	+0,9	-0,8	-0,4	-1,2	-0,7	-1,3	-0,4	+0,5	+1,8

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

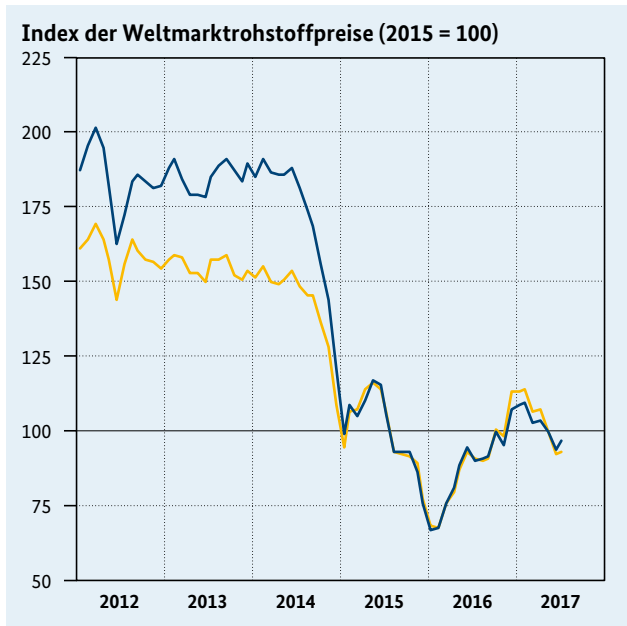
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

2 Index 2010 = 100;

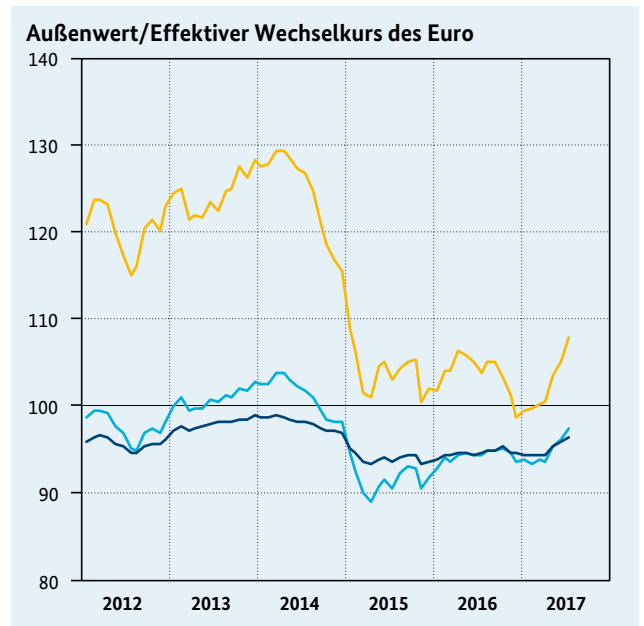
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

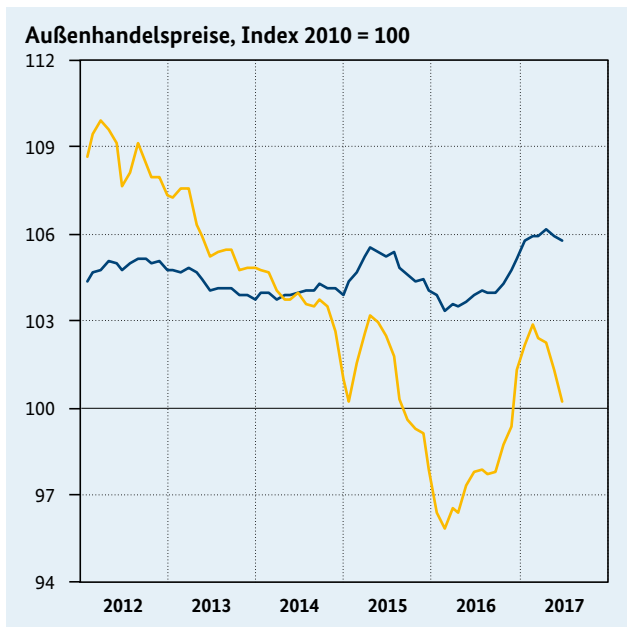
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



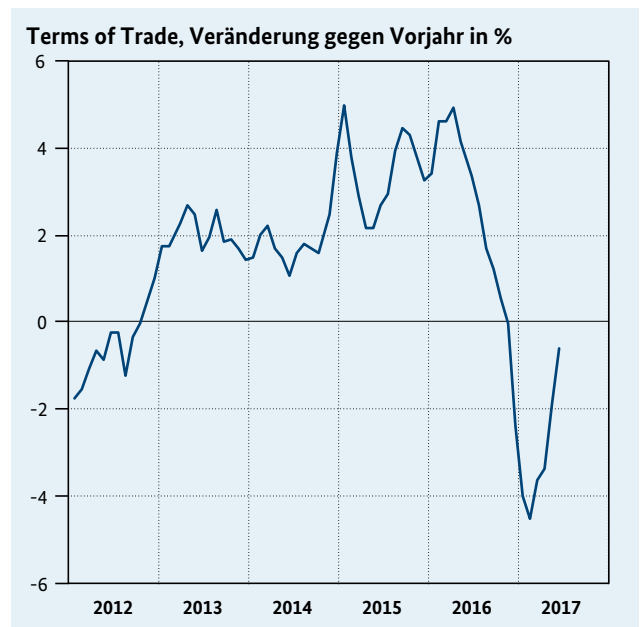
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2016		2017		2017					
		2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	-0,13	-0,37	-0,38	-0,40	-0,39	-0,41	-0,40	-0,40	-0,41	-0,42	-0,42	-0,42
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,21	-0,02	-0,26	-0,30	-0,31	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,31	0,05	-0,16	-0,19	-0,21	-0,24	-0,26	-0,24	-0,24	-0,25	-0,25	-0,27	-0,27
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,48	0,17	-0,04	-0,06	-0,07	-0,10	-0,13	-0,11	-0,11	-0,12	-0,13	-0,15	-0,15
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,09	0,11	0,11	0,08	0,09	0,06	0,08	0,07	0,07	0,08	0,09	0,09	0,09
Umlaufrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,22	-0,12	-0,51	-0,62	-0,57	-0,58	-0,55	-0,63	-0,56	-0,60	-0,51	-0,53	-0,36
Umlaufrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,64	0,13	-0,28	-0,45	-0,27	-0,20	-0,20	-0,23	-0,17	-0,26	-0,14	-0,21	0,00
Umlaufrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,16	0,50	0,09	-0,12	0,15	0,29	0,27	0,26	0,35	0,22	0,34	0,25	0,46
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	6,0	10,6	9,1	8,5	8,4	8,6	9,4	8,4	9,1	9,3	9,3	9,7	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	2,6	4,8	5,1	5,0	4,8	4,9	5,2	4,8	5,1	5,1	5,2	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	1,9	4,7	5,0	5,1	4,7	4,9	4,9	4,7	5,3	4,9	4,9	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	1,9	4,8	5,0	5,0	4,8	4,9	-	4,9	4,9	5,0	4,9	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-2,0	+0,4	+1,6	+1,6	+2,3	+2,5	+2,7	+2,3	+2,8	+2,6	+2,6	+2,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,6	+0,6	+1,4	+1,5	+1,9	+1,8	+1,9	+1,7	+2,0	+1,9	+1,9	+2,0	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+2,5	+2,8	+2,6	+3,3	+3,4	+3,4	+3,2	+3,4	+3,4	+3,2	+3,7	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,8	+2,1	+3,0	+3,2	+3,3	+3,4	+3,4	+3,3	+3,4	+3,3	+3,3	+3,6	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,2	-0,6	+2,1	+2,0	+2,4	+2,5	+3,2	+2,4	+2,5	+2,8	+3,1	+3,6	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-2,9	-0,8	+0,1	-1,3	-0,7	-3,2	-2,7	-3,0	-4,7	-4,0	-3,2	-1,0	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,1	-1,5	+2,3	+3,4	+3,6	+2,4	+2,4	+1,8	+2,8	+2,3	+2,3	+2,5	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	-0,4	+2,5	+2,4	+2,8	+3,8	+4,7	+3,7	+4,2	+4,5	+4,8	+4,9	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+2,1	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+3,1	+2,9	+3,0	+3,0	+3,1	+3,2	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+3,7	+3,7	+3,7	+3,8	+4,1	+3,8	+3,9	+3,9	+4,0	+4,2	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	9537	10969	10196	10332	10813	11804	12529	11745	12048	12220	12651	12716	12397
	gg. Vp. in %	+14,8	+15,0	-7,1	+3,7	+4,7	+9,2	+6,1	+1,1	+2,6	+1,4	+3,5	+0,5	-2,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3145	3445	3005	2975	3093	3340	3546	3293	3427	3487	3602	3548	3484
	gg. Vp. in %	+12,6	+9,5	-12,8	0,0	+4,0	+8,0	+6,2	-0,2	+4,1	+1,8	+3,3	-1,5	-1,8
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1931	2061	2093	2161	2186	2324	2396	2331	2367	2358	2396	2434	2453
	gg. Vp. in %	+17,6	+6,7	+1,5	+4,1	+1,1	+6,3	+3,1	+2,5	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+0,8
Nikkei 225 ⁵	Index	15475	19166	16924	16502	17935	19245	19491	19189	19348	18736	19690	20046	20048
	gg. Vp. in %	+14,3	+23,8	-11,7	+0,7	+8,7	+7,3	+1,3	-0,1	+0,8	-3,2	+5,1	+1,8	0,0

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;

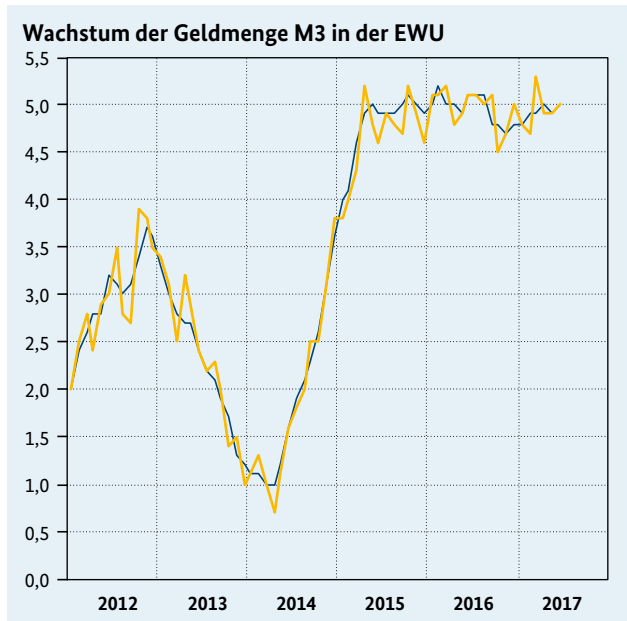
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

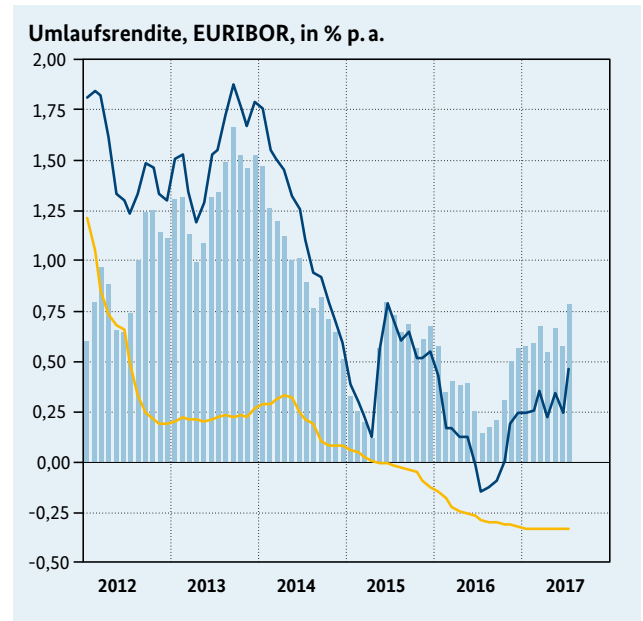
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

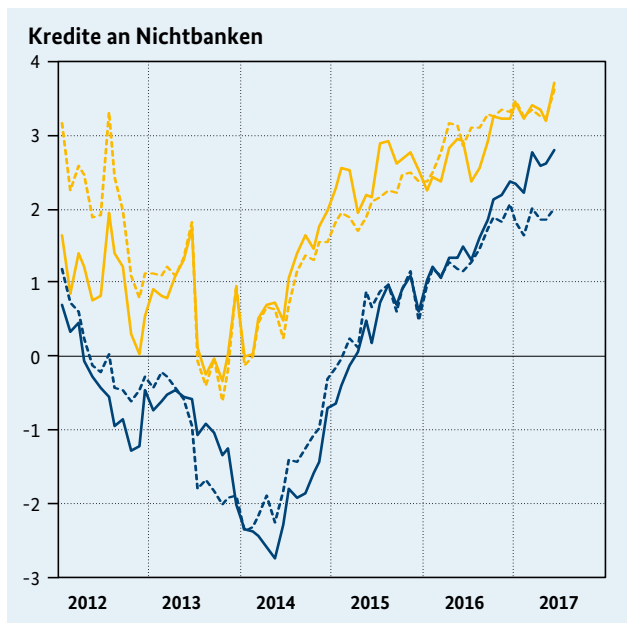
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



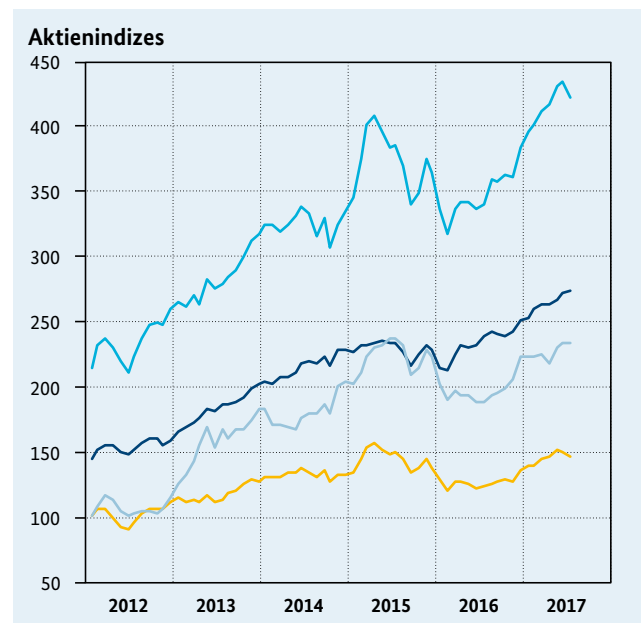
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Andreas Rüger
(Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017)

Andrea Jünemann
(Transparenz im Rohstoffsektor)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“
November 2016	Bundesregierung nimmt neu Maß Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Dezember 2016	10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize
Januar 2017	Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990 Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte
Februar 2017	Der Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa Energiewende – Fortschritte und Herausforderungen Das EEG wird europäischer
März 2017	Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO ₂ -Mindestpreis zum Ziel haben Stärkere Fokussierung beim Ökodesign
April 2017	Eine digitale Ordnungspolitik für die Plattformökonomie Wege zu einem inklusiveren Wirtschaftswachstum Energiesteuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wird bis Ende 2026 verlängert Bessere Datengrundlage für die amtliche Energiestatistik
Mai 2017	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Lichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen G20-Digitalministertreffen für eine digitale Zukunft Deutsche Wirtschaft wächst solide – trotz einiger Unwägbarkeiten Das Nationale Reformprogramm 2017 Umweltbonus: Erste Zwischenbilanz zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge Beschäftigungsmotor Gesundheitswirtschaft: Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft wächst
Juni 2017	Neue Regeln für den Wettbewerb im digitalen Zeitalter: Die 9. GWB-Novelle Neuer Schwung für weniger Bürokratie – das Bürokratieentlastungsgesetz II „Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“ Grünbuch Energieeffizienz – Ergebnisse der öffentlichen Konsultation für eine mittel- bis langfristige Effizienzpolitik 40 Jahre Energieforschungsprogramm der Bundesregierung „Der Mittelstand muss die Schwelle ins 4.0-Zeitalter überschreiten“ Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2017	Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung? Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen
August 2017	Das neue Wettbewerbsregister Mieter an der Energiewende beteiligen – das Mieterstromgesetz SMARD: die neue Strommarkt-Plattform für mehr Transparenz ist online Kann die EU allein Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abschließen?



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html
